

PROTOKOLL

Begrüßung

Körper

Die Behandlung des heutigen Themas ist nicht ganz einfach, da eine zukunftsorientierte Verständigung über die amerikanisch-deutschen - ich sollte vielleicht besser sagen: über die europäisch-amerikanischen - Beziehungen zum jetzigen Zeitpunkt besonders schwierig ist. Unsere beiden Länder stehen vor Wahlen und dementsprechend die Staatsmänner vor Wahlkämpfen, in denen ihre außenpolitischen Handlungen und Worte auf eine innenpolitische Waagschale geworfen werden. Das erschwert natürlich auch unser Gespräch. Trotzdem wollte ich mit dieser Einladung nicht länger warten.

Eigentlich hatten wir schon im vergangenen Jahr die Absicht, zur Vertiefung des Verständnisses zwischen den Ländern diesseits und jenseits des Atlantiks in Washington einen Gesprächskreis durchzuführen, zumal wir bereits mehrere Bergedorfer Tagungen in der Sowjetunion, in Leningrad und Moskau, sowie auch in einigen westeuropäischen Ländern durchgeführt haben. Dieser USA-Plan hat sich leider nicht verwirklichen lassen. Inzwischen haben wir wohl alle - Europäer wie Amerikaner und besonders wir Deutsche - das Gefühl, daß es hohe Zeit für einen gründlichen und intensiven Meinungsaustausch geworden ist. Denn nicht nur der Schwierigkeitsgrad der politischen Probleme ist größer geworden. Wir haben auch Grund zur Sorge, daß unsere gegenseitige Information zu wünschen übrigläßt.

Sicher werden Sie alle mit mir übereinstimmen, daß wir in Europa nicht nur die militärische Schutzgarantie der USA brauchen, sondern auch ihre politische Präsenz. Was können wir vorschlagen, um zu einer besseren Kooperation zu kommen? Das ist nicht nur eine diplomatische Geschäftsfrage, sondern ebenso eine gesellschaftspolitische Aufgabe.

Aber schließlich möchten wir das ganze Spektrum der amerikanischen Weltpolitik ins Auge fassen. Dazu gehört ja auch die historische Entwicklung unserer Beziehungen, insbesondere in den letzten 20 Jahren.

Wir haben uns also sehr viel vorgenommen, vielleicht zu viel. Deshalb würde ich empfehlen, nicht allzu lange bei der Kritik unserer Schwächen und Fehler zu verweilen. Auf beiden Seiten des Atlantiks haben wir jedenfalls Grund, besorgt zu sein, daß unser Bündnis nicht in die "roten Zahlen" kommt: Eine saubere Bilanz ist fällig, und Erneuerungsinvestitionen scheinen mir unerlässlich.

Ich bin als Unternehmer in den USA engagiert. Im Oktober dieses Jahres begeht mein dortiges Unternehmen, das ich 1955 - ich glaube als erster Bürger aus der Bundesrepublik - in den Vereinigten Staaten gegründet habe, sein 25jähriges Jubiläum. Ich bin deshalb an Ihren Aussagen zur europäisch-amerikanischen Verständigung als in den USA engagierter deutscher Bürger und Europäer besonders interessiert. Dieses Interesse wird wohl von allen Menschen diesseits und jenseits des Atlantiks wahrgenommen werden. In diesem Sinne wünsche ich unserem heutigen Gesprächskreis einen großen Informationsgehalt.

Unser Gespräch wird eingeleitet durch Referate von Christoph Bertram und William Smyser; beiden Herren möchte ich für ihre Bereitschaft herzlich danken. Theo Sommer, in alter Jugendfrische bereits ein "Oldtimer" im Bergedorfer Kreis, wird der Gesprächsdirigent sein; er ist zugleich dessen bin ich sicher - ein energischer Parteigänger für die Verbesserung unserer gegenseitigen Politik.

Smyser

Ich will in meinem Referat nicht die Fülle der Details darstellen - das sollte der Diskussion vorbehalten sein;- , sondern versuchen, einige breite Linien zu skizzieren, natürlich vom amerikanischen Standpunkt aus, wobei ich mehr als politischer Wissenschaftler und Historiker sprechen werde, um eine etwas andere Perspektive zu entwickeln, als man sie gewöhnlich liest und hört.

Ich brauche die Einzelheiten, die das europäisch-amerikanische Verhältnis in den letzten Monaten berührt haben, nicht auszuführen: Afghanistan, Iran, Naher Osten, Wirtschaftsfragen, Energiefragen und so weiter - Sie kennen das alles und haben es in einigen Fällen ja auch zu spüren bekommen. Wenn ich hier über die Probleme der Allianz heute und in der nächsten Dekade sprechen soll, so kann ich vorweg nur sagen: Wenn die nächsten 10 Jahre so sein werden, wie das letzte Jahr gewesen ist, dann haben wir sehr viele Diskussionen vor uns.

Krise der westlichen Allianz

Was am meisten Anlaß zur Besorgnis gibt ist, daß man in der öffentlichen und politischen Meinung auf beiden Seiten der Allianz eine wachsende Enttäuschung übereinander empfindet. Während in Europa der Eindruck wächst, daß Amerika nicht mehr in der Lage ist, die Allianz durch die vor uns liegende schwere Zeit zu führen, spricht man in Amerika mehr und mehr von einer Neutralisierung oder sogar Finnlandisierung Europas. Es gibt Gerede über eine mögliche Verringerung amerikanischer Truppen in Deutschland und damit in Europa. Die Europäer nennen uns unverantwortlich, inkonsequent und unberechenbar.

Die Krise der Allianz enthüllt und verdeckt zugleich grundsätzliche Probleme. Vieles spiegelt objektive Unterschiede der europäischen und der amerikanischen Lage wider. Anderes wird von den öffentlichen Meinungen übertrieben, was aber immer das Risiko in sich trägt, zu self-fulfilling prophecies zu werden. Ich bin mitunter besorgt, daß in den Diskussionen über europäisch-amerikanische Schwierigkeiten die Grundlage der Allianz zu wenig berücksichtigt wird.

Historische Entwicklung

Auf diese Grundlage möchte ich zunächst zurückkommen, und dazu muß ich ein wenig weiter ausholen. Der Kalte Krieg und die Détente haben die Karte Europas wieder auf den Stand von Mitte des 19. Jahrhunderts zurückgebracht, bevor Bismarck und Preußen Deutschland vereinigt hatten. Bis dahin war Zentraleuropa ständig geteilt gewesen, trotz des Heiligen Römischen Reiches. Über seine Teile wurde in dem großen Spiel der europäischen Kabinette verhandelt.

Bismarck hatte erkannt, daß die Schaffung eines vereinten Deutschlands im Zentrum Europas ein neuer Faktor in der Geschichte, in der Geographie, in der Politik, im Machtverhältnis war. Er hat deshalb ständig versucht, die Befürchtungen anderer Länder, besonders der Russen und der Engländer, zu zerstreuen; bei den Franzosen war dies aussichtslos. Er wollte ihnen deutlich machen, daß sie die Folgen dieser neuen europäischen Ordnung nicht zu fürchten brauchten. Seine Nachfolger haben sich in dieser Hinsicht nicht bemüht, weder gegenüber den Russen noch gegenüber den atlantischen Mächten. So brach der Erste Weltkrieg aus.

Der Erste und der Zweite Weltkrieg waren ein Krieg, der große Bürgerkrieg der europäischen Zivilisation. Am Ende dieser Kriege war Deutschland wieder geteilt, Preußen zerstört, lag Europa in Trümmern; Amerika und die Sowjetunion standen sich im Zentrum Europas gegenüber. Das alte europäische Weltsystem war zerschlagen.

Dann kam der Kalte Krieg. Da ein für beide Seiten annehmbarer Friedensvertrag fehlte, versuchten die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, eine möglichst gute Position auf dem europäischen Terrain zu gewinnen. Darum ging es im Kalten Krieg, obwohl gleichzeitig viele Aktionen in anderen Teilen der Welt unternommen wurden. Die Teilung Europas nach dem Krieg ließ erneut die deutsche Frage entstehen. Die Bundesrepublik hat darauf mit dem Bündnis zum Westen geantwortet. Damit hat sie die Teilung Deutschlands akzeptiert. Die Russen waren unter diesen Umständen nicht bereit, wieder die Karte Europas von 1871 anzuerkennen, sondern sie insistierten auf der Karte von 1850.

Détente

Damit kommen wir zur Détente. In geschichtlicher Perspektive sollte man die Détente sozusagen als Ersatz für ein Friedensabkommen sehen, das Europa gewisse Vorteile gebracht hat, obwohl es von keinem der beteiligten Länder formell als endgültig betrachtet werden kann. Mir gefällt das Wort Détente nicht als Name für eine Politik oder für einen längeren Zeitraum. Das hat seinen Grund nicht

darin, weil es, wie 1976 in Amerika gesagt wurde, ein französisches Wort ist. Ich halte es einfach für ein Sammelwort der Losungen und Tugenden der alten Diplomatie: Anpassung, Aussöhnung, Entgegenkommen. Ich sehe in der Détente nur einen kleinen Zeitabschnitt in der Entwicklung zu einer neuen Welt, eine Lösung für den Kalten Krieg.

Obwohl alle europäischen und mehrere nicht-europäische Staaten eine wichtige Rolle in der Détente gespielt haben, gab es drei Hauptpartner. Einmal die Bundesrepublik Deutschland. Mit der Détente haben die Deutschen die Grundlinien der Teilung Europas und damit vorläufig auch die Teilung ihres eigenen Landes anerkannt. Die Deutschen sind an dem territorialen Abkommen mit der Sowjetunion und den Ländern Osteuropas in sehr viel stärkerem Maße beteiligt als die anderen Länder. Die deutsche Akzeptanz der Teilung ihres Landes im Rahmen der Détente hat für Europa eine viel stabilere Grundlage geschaffen als der Versailler Vertrag von 1919, obwohl die Teilung auch Spannungen mit sich bringt.

Der zweite Hauptpartner waren die Vereinigten Staaten. Sie verhandelten zwar nicht über die Einzelheiten des europäischen Abkommens, außer über Berlin, haben sie aber im allgemeinen gebilligt, obwohl sie gewisse Fragen, sogar Zweifel hatten, zum Beispiel was die Verhandlungsmethoden der deutschen Regierung anging. Die Amerikaner haben aber durch ihre eigene Detente-Politik mitgeholfen, der neuen europäischen Ordnung Stabilität, Legitimität und Sicherheit zu geben. Das Schwergewicht der amerikanischen Verhandlungen in der Detente-Periode lag jedoch nicht auf Europa, sondern auf der Rüstungskontrolle und einer gemeinsamen Erklärung der Prinzipien mit der Sowjetunion.

Diese unterschiedlichen Schwerpunkte Amerikas und Europas - insbesondere Amerikas und Deutschlands hinsichtlich der Verhandlungsthemen in der Détente-Phase sind die Ursache für viele Schwierigkeiten und Mißverständnisse, die zwischen uns und den Europäern, besonders den Deutschen, bestehen.

Der dritte Partner war die Sowjetunion. Sie hat ein europäisches Abkommen mit allen Staaten der KSZE ausgehandelt, also nicht nur mit europäischen, sondern auch mit denjenigen nicht-europäischen Staaten, die in Europa Truppen stationiert haben. Mit Amerika haben sie wie gesagt über andere Fragen verhandelt als mit den Europäern. Weil die Sowjetunion die Detente-Politik gleichzeitig mit den Amerikanern und mit den Europäern, besonders mit den Deutschen, betrieben hat, half Moskau der westlichen Allianz, ihre Politik zu koordinieren. Auf diese Weise hat Moskau ein stabiles Abkommen und eine erfolgreiche Detente-Politik für alle Partner in der Détente ermöglicht.

Man muß nun ehrlicherweise feststellen, daß die drei Hauptpartner unterschiedliche Beweggründe hatten und daß, was schlimmer ist, keiner die Beweggründe der anderen völlig verstanden hat. Das ist teilweise eine Belastung für die europäisch-amerikanischen Beziehungen, entscheidender vielleicht noch für die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen. Dies trägt zu den heutigen Spannungen mit bei.

Post- Détente-Ära

Mit dem Abkommen in Zentraleuropa trat die Welt etwa Mitte der 70er Jahre in die Post-Détente-Ära ein. Die 80er Jahre sind die erste volle Dekade der Nach-Détente-Zeit.

Wodurch ist diese Nach-Détente-Welt gekennzeichnet? Sie ähnelt mehr der traditionellen Welt als die Zeit des Kalten Krieges oder der Détente. Post-Détente läßt Europa geteilt; sie hat formell die europäische Weltherrschaft beendet. Die Fragen der 80er Jahre werden nicht die der 40er oder der 50er Jahre oder die des Kalten Krieges sein, sondern eher die Fragen der traditionellen Welt, die natürlich Elemente des Kalten Krieges und der Détente mit umfaßt.

Da wir meist nur ein kurzes Gedächtnis haben, sind wir der Meinung, wir würden eine neue Zeit erleben, und sehen nicht, daß die Post-Détente-Ära wie die traditionale Welt ein Zeitalter der intensiven Rivalitäten zwischen verschiedenen Staaten und Nationen ist. Diese Rivalitäten spielen sich auf der Ebene der Länder, der Loyalitäten, der Ressourcen ab. Wie in der Vergangenheit setzen die Staaten alle ihnen zur Verfügung stehenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Mittel ein, um diese Rivalitäten auszutragen. Dazu gehört auch die Diplomatie.

Dieses Konzept weist sowohl Ähnlichkeiten mit der Vergangenheit auf als auch Unterschiede. Der größte Unterschied liegt wohl darin, daß dem modernen Staat, insbesondere dem nuklearen Staat, auf militärischem Gebiet Mittel zur Verfügung stehen, die viel größer sind als die der Vergangenheit. Das erleichtert einerseits - seltsamerweise - den Einsatz der Diplomatie, während es ihn andererseits auch wieder schwieriger macht. Im allgemeinen wird dadurch der Rahmen der Diplomatie erweitert, aber man muß klar erkennen, wo dies nicht der Fall ist.

Die heutige Welt ist also alt und neu zugleich. Die europäische Weltordnung ist nach 500 Jahren zu Ende, jetzt stehen neue Akteure auf der Weltbühne. Es gibt neue Gefahren und auch neue Möglichkeiten. Die großen Entscheidungen werden nicht mehr wie im 19. Jahrhundert in den Kabinetten Europas gefällt. Die Spannungen und Probleme, die das europäische Weltsystem eingebunden und in einigen Fällen sogar verschlimmert hatte, zeigen sich nunmehr offen und manchmal in wirrer Form.

Für diejenigen, die glauben, alles sei neu, möchte ich nur darauf hinweisen, daß eine Entwicklung wie zum Beispiel der Terrorismus keineswegs neuen Datums ist. Der europäische Bürgerkrieg, der das Gesicht der ganzen Welt verändert hat, der mehr als 100 Millionen Opfer forderte und die gleiche Zahl von Menschen heimatlos machte und in bittere Not brachte, wurde 1914 durch einen Akt des Terrors ausgelöst. Deswegen darf man die Geschichte nicht vergessen, auch wenn wir in eine neue Phase der internationalen Beziehungen eintreten. Vieles ähnelt noch der Vergangenheit.

Rolle Westeuropas

Wie steht es um den europäischen Faktor in dieser Nach-Détente-Zeit? Nach zwei Generationen Krieg, Kriegsdrohung und Umwälzung hat Europa endlich Frieden. Das ist eine Realität, die alle Europäer in Ost und West erkennen und zutiefst schätzen. Europa hat für seinen Bürgerkrieg teuer bezahlt, aber auch für den Frieden, der ihm gefolgt ist. In früheren Zeiten konnten die Europäer ihre gegenseitige Konkurrenz über die ganze Welt ausdehnen. Heute ist Europa eines der Gefechtsfelder für die neuen Großmächte, die gegeneinander konkurrieren.

Es ist immer mißlich zu generalisieren, besonders über einen Kontinent wie Europa. Ich werde deshalb hauptsächlich von Westeuropa sprechen; denn die Sorgen und Nöte Westeuropas lassen sich mit denen Südwesteuropas oder Südosteuropas nur schwer vergleichen.

Trotz des Friedens stellen sich für die Stabilität in Europa viele Probleme. Das ernsteste Problem ist gewiß die Teilung Europas, im Kern die Teilung Deutschlands. Diese Teilung war die Grundlage für eine gewisse Anpassung, aber sie bleibt ein Element möglicher Spannungen.

Ein anderes Spannungselement ist die Anwesenheit und die Dominanz der beiden Großmächte in Europa. Das ist in der gegenwärtigen Lage unumgänglich. Solange die Sowjetunion eine Globalmacht ist und damit weit stärker als alle Länder Westeuropas, ist die Anwesenheit Amerikas notwendig, um die Balance zu halten. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß Amerika und die Sowjetunion globale Interessen haben, die sie mitunter in Europa ausspielen. Die Europäer sind heute auch sehr viel abhängiger von den Ressourcen anderer Länder, als das früher der Fall war. Sie müssen in ganz anderer Weise versuchen, sich diese Ressourcen zugänglich zu machen.

Trotz aller dieser Probleme - ich habe nur die wichtigsten erwähnt - ist Westeuropa ein wichtiger Faktor in der Welt und in der Weltpolitik. Es hat eine gemeinsame oder doch zumindest koordinierte Politik in vielen Bereichen entwickelt. Es hat gewissen Einfluß und sogar Macht erlangt. Um die Stabilität des Kontinents und den Frieden zu erhalten, setzen die Europäer die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel ein. Diese Mittel sind vornehmlich politischer, wirtschaftlicher und diplomatischer Art.

Sommer

Wenn Sie sich als Optimisten bezeichnen, dann erinnert mich das an die Geschichte von dem alten Rabbi, der auf die Frage: "Sind Sie ein Optimist oder ein Pessimist?" antwortete: "Ein Optimist." Gegenfrage: "Aber wenn Sie ein Optimist sind, warum machen Sie dann so ein sorgenzerfurchtes Gesicht?" Darauf der Rabbi: "Naja, ganz trau' ich meinem Urteil nicht."

Bertram

In vielem, was Dick Smyser gesagt hat, stimmen wir überein. Wenn wir die Probleme der 80er Jahre für die westliche Welt katalogisieren wollten, dann würde ich auch damit anfangen, daß wir zumindest am Ende der uns vertrauten Entspannung stehen, am Beginn einer neuen Zeit, die dadurch charakterisiert ist, daß die beiden Großen, selbst wenn sie miteinander reden würden, einander nicht so sehr viel zu sagen hätten. Das Problem, das sich für die Europäer stellt, hat Dick Smyser deutlich aufgezeigt: Sollen wir die teilbare Entspannung zwischen Amerika und Europa anstreben? Das ist sicherlich ein Ziel der Sowjetunion. Ein weiteres zentrales Problem für den Westen in den 80er Jahren ist die wachsende Abhängigkeit von der Dritten Welt. Dabei gehört nach meiner Definition jedes Land zur Dritten Welt, von dem man nicht weiß, von wem es morgen regiert sein wird.

Erhaltung des Atlantischen Clubs

Das europäisch-amerikanische Verhältnis ist für mich die Voraussetzung dafür, daß wir den Problemen unserer Sicherheit begegnen können. Ich halte es daher für die entscheidende Frage der europäischen Sicherheit und der westlichen Welt in den 80er Jahren, ob der Atlantische Club überleben kann. Und ich bin nicht so optimistisch. Den zahlreichen Gefährdungen unserer Sicherheit läßt sich meiner Ansicht nach nur dann mit einiger Aussicht auf Erfolg begegnen, wenn die Interessen-, Gefühls- und Erfahrungsverknüpfung zwischen Westeuropa und den Vereinigten Staaten erhalten bleibt. Ohne sie würde Entspannung mit dem Osten zur Konzession des Schwächeren gegenüber dem Stärkeren; das ist aber keine Entspannung. Ohne sie würde die Sicherheit der Energie- und Rohstoffversorgung zu einer einzigen "Rette-sich-werkann-Unsicherheit"; das ist keine Energie- oder Nord-Süd-Politik.

Ohne den Atlantischen Club würde auch der andere Eckstein der westeuropäischen Sicherheit, nämlich die Europäische Gemeinschaft, als politischer Rahmen des Zusammenhalts verfallen. Ein Dahinsiechen der atlantischen Verknüpfung würde in den verschiedenen Ländern Westeuropas Kräfte auslösen - ich nenne die Stichworte: Neutralisierung, Finnlandisierung oder gar deutsche Atomrüstung;-; die selbst nicht in einer politisch fester gefügten Europäischen Gemeinschaft aufgefangen werden könnten. Der europäische Club ist kein Ersatz für den Atlantischen Club, sondern er setzt ihn voraus.

Ich sage bewußt nicht Atlantische Allianz, sondern Atlantischer Club; denn es handelt sich um sehr viel mehr als nur um eine temporäre Interessenkoalition für militärische Sicherheit und Zusammenarbeit. In diesem Zusammenhang hat auch die Bemerkung von Dick Smyser besondere Relevanz, wir müßten jetzt an Dauer denken. Die Allianz ist nur eine, sicher nicht die unwichtigste Manifestation des Clubs; aber es sind auch andere Elemente notwendig. Dazu gehören Instinkt und Erfahrung der Interessenvereinbarkeit; wirtschaftliche Verknüpfung; Vertrauen; Vertrautheit, die Mißverständnisse vermeiden hilft; Fehlen von Angst - niemand bei uns hat die Besorgnis, daß die "marines" demnächst ein westeuropäisches Land überfallen könnten -; und nicht zuletzt menschliche Freundschaften. Das ist zugleich die Stärke und die Schwäche dieses Atlantischen Clubs - die Stärke, weil er eben mehr ist als nur ein limitiertes Zweckbündnis; die Schwäche, weil Irritationen in einem Bereich die Beziehungen in den anderen Sektoren ebenfalls berühren und auf sie durchschlagen.

Diese Irritationen werden in den 80er Jahren zunehmen. Sie hat es zwar auch in der Vergangenheit gegeben, aber unter günstigeren Bedingungen. Zumindest unter einer entscheidenden Bedingung, daß Amerikas Führungsfähigkeit und Führungswille nicht zur Debatte standen, sondern einen festen Rahmen boten, in dem Kompromisse ausgehandelt und Irritationen einigermaßen beherrscht werden konnten. Damit ist es nun vorbei, und zwar endgültig. Das Amerika der 80er Jahre wird wieder zu einem Land wie andere auch, zwar mächtiger, aber nicht weniger nationalistisch; nicht isolationistisch, aber auch nicht mehr bereit, das Selbstvertrauen, die Rücksicht und die Großzügigkeit aufzubringen, die den Atlantischen Club in der Vergangenheit möglich gemacht haben.

Wir dürfen uns von der neuen amerikanischen Rhetorik der Stärke nicht täuschen lassen. Dies ist keine Rückkehr zum Amerika der 50er Jahre. Das Amerika der 80er Jahre ist anders, objektiv wie subjektiv. Objektiv ist dieses Land zum ersten Mal in den letzten 50 Jahren interdependent geworden. Es ist abhängig von anderen in seiner Wirtschaft; es ist abhängig von der Unterstützung seiner Verbündeten, selbst wenn es nur um Sanktionen gegen Iran geht. Subjektiv: Zweifel an der Weisheit der eigenen Führung in Amerika verbinden sich mit innenpolitischen Prioritäten mit all der Vitalität, auf die Dick Smyser hingewiesen hat. Die Unlust, auf komplizierte Verbündete Rücksicht zu nehmen, verbindet sich mit der Abneigung, die Kosten der Führung zu tragen; schwindendes Interesse an der Außenwelt verbindet sich mit wachsendem Mißtrauen gegenüber dem Geschäft geduldiger Diplomatie, und die Verfassungsentwicklung Amerikas der letzten Jahre, die der Zerstückelung der Staatsmacht ständig Vorschub geleistet hat, läßt die Vielfalt der Interessen direkt auf die tägliche Politik durchschlagen. Auch ein besseres Verhältnis zwischen Administration und Kongreß, von dem manche eine Veränderung der amerikanischen Politik erwarten, wird diese Grundtendenzen nicht abschaffen.

Club ohne Klammer

Wer auf die Wiedergeburt der amerikanischen Führung wartet, wird enttäuscht werden. Auch Ronald Reagan wird sie nicht bieten können. Er und seine Berater scheinen überzeugt, Führungsautorität ließe sich schon dadurch wiederherstellen, daß man den Anspruch auf Führung erhebt. Klare Anweisungen aus Washington würden die Malaise der Allianz beheben. Aber das müssen wir wohl mit erheblicher Vorsicht genießen. Wenn die Europäer diesen Vorstellungen nicht folgen, "dann", so hört man aus dem Reagan-Lager, "könnt ihr nicht damit rechnen, daß wir unsere Truppen in Europa lassen, daß wir eure Energieinteressen in der Dritten Welt wahrnehmen, daß wir euch den Zugang zu

unseren Märkten unbeschränkt erhalten". Das ist Führung mit Ultimatum. Da mag manches an Wahlkampfretorik mit im Spiel sein. Aber der Trend dürfte sehr viel ernster zu nehmen sein.

Mit dem neuerwachten Wunsch nach einem starken, auf Selbstbehauptung ausgerichteten Amerika - Schlagwort: We are sick and tired of being pushed around - verbindet sich nicht nur die Sehnsucht nach einer einfacheren, klareren Welt, die Rückkehr zum 19. Jahrhundert gewissermaßen, sondern auch die Ungeduld mit den Verbündeten, nicht Isolationismus, wohl aber Unilateralismus. Und das ist allenfalls im Grad der Intensität vom Ausgang der Novemberwahlen abhängig, nicht aber im Trend selbst.

Zum ersten Mal in seiner Geschichte steht der Atlantische Club ohne die einst selbstverständliche Klammer amerikanischer Führung da. Diesen Punkt halte ich für die entscheidende Veränderung und nicht, wie gelegentlich argumentiert wird - das findet sich auch in den Äußerungen von Dick Smyser;- , daß es Interessenverschiedenheiten zwischen Europa und den Vereinigten Staaten gibt. Diese Interessenunterschiede sind nicht neu; sie sind auch ganz normal, und sie gehen im Grunde genommen weniger tief, als es gelegentlich den Anschein hat.

Gewiß, Amerika kann leichter ohne Entspannung mit dem Osten auskommen als wir in Europa; das heißt aber nicht, daß man in Westeuropa weniger besorgt ist über die sowjetische Machtmehrung als in Amerika. Wir mögen in Europa - ich meine zu Unrecht - eine andere Nahost-Politik befürworten als die Vereinigten Staaten, aber im Grunde gelten die Meinungsunterschiede auch hier eher diplomatischer Taktik als dem erwünschten Ausgang. Ebenso gibt es zum Grundinteresse des Atlantischen Clubs, nämlich der gemeinsamen Sicherheit, nicht wirklich zwei Meinungen: Amerikas Sicherheit bleibt Bedingung europäischer Sicherheit; Europas Sicherheit Bedingung amerikanischer Sicherheit. Ich halte die Überlegung von Breschnew, die ja auch in der innenpolitischen Diskussion der Bundesrepublik eine gewisse Rolle spielt - denken Sie an die Aufregung über die SS-20;- , daß Amerika im Ernstfall nicht mehr zu seinen Verbündeten steht, für unbeweisbar und für unwahrscheinlich.

Das alles sind für mich nicht eigentlich Interessengegensätze, die das europäisch-amerikanische Verhältnis belasten. Mit Meinungsverschiedenheiten mußte der Club auch in der Vergangenheit fertig werden. Aber er konnte es, weil der Rahmen klar abgesteckt war. Heute und mehr noch in den nächsten Jahren drohen die zweitrangigen Meinungsunterschiede zum Anstoß einer tiefgreifenden Entfremdung zu werden, weil dieser Rahmen nicht mehr klar ist.

Kann Europa führen?

Es wäre natürlich schön, wenn Europa mit der eigenen politischen Zusammenarbeit und Integration weit genug wäre, um das Defizit an amerikanischer Führung auszugleichen. Wenn der "Geschäftsführer" des Clubs etwas schwächlich wird, kann man ihn eventuell abstützen Europa nicht als Gegengewicht, sondern sozusagen als Mitverantwortlicher für das gemeinsame Ganze. Aber zu lange haben westeuropäische Regierungen - und das gilt nicht nur für die kleineren, sondern auch für die größeren Länder - mit der unbestrittenen Führung Amerikas gelebt, um sich jetzt rasch umstellen zu können.

Wir sind nach wie vor im wesentlichen darauf eingestellt, amerikanische Initiativen kritisch zu erörtern und unsere nationalen Interessen in die Allianzpolitik einzubringen. In der Vergangenheit war das kein Problem, weil wir annehmen konnten, daß die Vereinigten Staaten das gemeinsame Interesse mit wahrnehmen würden. Was wir nicht gelernt haben ist, selbst konstruktive Initiativen auszuarbeiten und für die gemeinsamen Interessen, die über die nationalen Interessen hinausgehen, mit Verantwortung zu tragen. Die Hilflosigkeit der westeuropäischen, auch der deutschen Politik - das gilt für Regierung und Opposition gleichermaßen - in der Doppelkrise von Iran und Afghanistan, ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen. Da wurde ein Gesamtkonzept gefordert - wir Deutschen sind ja immer gut im Fordern von Konzepten;- , ohne daß jemand in der Lage war, ein solches Konzept anzubieten. Da wurde mehr Konsultation verlangt, ohne daß die Westeuropäer mehr als nur Reaktionen auf amerikanische Maßnahmen zu bieten gehabt hätten, nicht aber durchdachte Alternativen einer gemeinsamen Politik. Hinter dem so verbreiteten Ruf nach mehr Konsultation als Antwort auf die transatlantische Malaise verbirgt sich im Grunde genommen die Unfähigkeit der Europäer, für das gemeinsame Ganze zu denken und zu handeln. Hätten sie etwas zu bieten, dann brauchten sie sich über einen Mangel an Konsultation wohl nicht zu beklagen.

Im übrigen wird ja heute unendlich viel mehr konsultiert als je zuvor, wenn man als Maßstab die Häufigkeit der Zusammenkünfte und die Anzahl der zurückgelegten Flugkilometer anlegt. Dennoch scheint es mit der Kommunikation nicht zu klappen. Prozeduren sind eben kein Ersatz für fehlende Substanz.

Die wirksamste Antwort auf das Problem, das sich uns stellt, wäre in der Tat, wenn Europa das Defizit an amerikanischer Führung innerhalb des Atlantischen Clubs ausgleichen könnte. Das würde aber koordinierte europäische Inputs in die gemeinsame Politik voraussetzen, bevor diese vereinbart ist. Wir alle wissen, wie es damit steht. Westeuropa ist nach Mentalität, Struktur, Interessenvielfalt noch nicht in der Lage, diese Aufgabe zu erfüllen. Es wird eines langen Prozesses bedürfen, der auch ein Umdenken in Washington erfordert - wenn es überhaupt gelingt. Aber wenn meine Grundthese stimmt, daß die Vereinigten Staaten nicht zu der alten Führungsrolle zurückkehren werden und können, dann gibt es keine andere Alternative als die eines verstärkten europäischen Engagements in der Allianzpolitik, soll der Atlantische Club seine Vitalität und Relevanz wiedergewinnen.

Kritik an den Vereinigten Staaten oder Warten auf die Rückkehr zu den schönen 50er Jahren reicht daher nicht mehr aus. Wir Europäer sind jetzt in der Tat herausgefordert mehr zu tun, als wir in der Vergangenheit getan haben. Wenn wir nicht den Allianzrahmen selbst gefährden wollen, dann müssen wir der allzu leichten Versuchung widerstehen, Amerika ständig zu kritisieren. Nicht alle unsere Politiker haben diese Gefahr bisher voll erkannt, und ich frage mich, ob die Opposition, wenn sie immer wieder an der Bündnistreue der Bundesregierung Zweifel weckt, sich darüber im klaren ist, daß das in der öffentlichen Meinung auch antiamerikanische Gefühle hervorbringen kann.

Die Mode des Antiamerikanismus, die wir alle spüren, nagt am Allianzrahmen selbst, und die Hoffnung, daß man Europa gegen die Allianz schaffen könnte, dürfte eher zum Scheitern beider führen. Wir befinden uns daher in einer kritischen Übergangszeit. Die Vereinigten Staaten spielen nicht mehr die Rolle, die der Club von ihr erwartet. Europa ist offensichtlich noch nicht in der Lage, der Partner für die Anpassung an die neuen Umstände zu sein. Daher stellt sich die Frage: Wie kommen wir durch diese Übergangszeit hindurch, und zwar so, daß am Ende der Atlantische Club wieder der funktionierende Rahmen unserer Sicherheit ist in dem weiteren Sinne, wie ich ihn anfangs skizziert habe.

Ich habe dafür auch keine großen Entwürfe zu bieten. Aber ich will doch einige Ansätze aufzeigen, die mir wichtig zu sein scheinen.

Koordination statt Konsultation

Einmal müssen wir in der Gemeinschaft und in der Allianz die Versuche gemeinsamer Politikformulierung verstärken - Konsultation reicht nicht aus; Koordination muß an ihre Stelle treten. Dafür gibt es Ansätze, und in dieser Hinsicht sollten wir auch institutionell flexibel sein. Ich halte es nicht für so wichtig, ob das nun in der EG oder auf dem Gipfel von Venedig oder in der Allianz geschieht. Entscheidend ist die Substanz. Ich sehe in der Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich ein wichtiges Beispiel für diese Flexibilität.

Auch in der NATO dürfte einiges im argen liegen, was die politische Koordination anbelangt. Die NATO-Bürokratie ist seit Jahren eine eingefahrene, aber einfallslose Bürokratie. Und wenn die Allianz angesichts der Probleme, die sie hat, glaubt, es sich leisten zu können, nur deshalb einen Generalsekretär zu behalten, weil niemand weiß, wer an seine Stelle treten soll, dann sagt das einiges über den Verfall der Vitalität der gemeinsamen Institutionen.

Es wäre zum Beispiel wichtig, daß wir in der Politikformulierung der Allianz mit einem gewissen Grad von contingency planning für Drittwelt-Konflikte anfangen. Das heißt nicht, daß die Allianz über ihren vertraglichen geographischen Rahmen hinaus ausgeweitet werden müßte - das würde ich für völlig falsch halten. Worauf es aber ankommt ist, daß wir Krisen nicht nur im nachhinein erörtern, sondern uns die Frage vorlegen: Wo wird es möglicherweise demnächst brennen, und wie bereiten wir uns darauf vor? Das kann Marokko, das kann Südostasien sein; das mag zwischen China und der Sowjetunion sein. Entwicklungen außerhalb des vertraglichen geographischen Bereiches der NATO werden unsere Sicherheit nun einmal zunehmend beeinflussen.

Hierzu gibt es in der westlichen Welt einige nützliche Ansätze, die man weiterentwickeln kann. Denken Sie an die Namibia-ad-hoc-Gruppe oder an die Zaire-Konferenz und ähnliche Modelle. Ich meine, wir müssen wegkommen von einer Gipfel-Diplomatie, die zu sehr auf Entscheidungen ausgerichtet ist und zu wenig Beratung enthält. Die ursprüngliche Vorstellung von Rambouillet war, daß sich die führenden Politiker der wichtigsten Länder des Westens zu einer zwanglosen Runde zusammentun, um über Probleme der Welt zu beraten. Was ist daraus geworden? Ein bürokratisch regierter Gipfel, sorgfältig vorbereitet mit zahlreichen Aktendeckeln, wo die verantwortlichen Politiker von einem Tagungsordnungspunkt zum anderen hasten. Vielleicht sollten wir der Afghanistankrise dankbar sein, daß sie den Gipfel von Venedig wieder ein wenig in die alte Richtung gelenkt hat.

Wir Europäer müssen anfangen, politische Vorstellungen zu erarbeiten, bevor die Allianzpolitik festgelegt ist. Wahrscheinlich ist das der einzige Weg, um die amerikanische Politik in den 80er

Jahren wirksam zu beeinflussen. Mit Konsultationen, vor allem Ex-post-Konsultationen, ist das nicht zu machen. Und selbst da haben wir nicht so sehr viel vorzuweisen. Der deutsch-französische Gipfel zu Afghanistan fand sechs Wochen nach dem sowjetischen Einmarsch statt; der europäische Gipfel sechs Monate später. Wenn man so lange wartet, ist der Zug natürlich längst abgefahren bei dem Druck, unter dem ein amerikanischer Präsident steht, der noch durch den allgemeinen Trend zum Unilateralismus verstärkt wird. Wenn dieser Input seitens der Europäer nicht erfolgt, wird die Formel von der Arbeitsteilung allzu leicht zum Feigenblatt für so Weitermachen wie bisher.

Ein Marshall-Plan des Austausches

Aber es geht nicht nur um den Überbau des Atlantischen Clubs, sondern vor allem auch um sein Unterfutter. Hier käme es darauf an, gewissermaßen ein neues "old-boy-network" zwischen Amerika und Westeuropa zu schaffen. Nur wenn die Vertrautheit erhalten bleibt, werden die unvermeidbaren Meinungsverschiedenheiten, die auch durch die beste Konsultation und Koordination nicht vermieden werden, nicht ein entfremdendes Mißtrauen, wie wir es heute erleben, zur Folge haben. Wenn wir heute darüber besorgt sind, gerade wir Deutsche, daß es im Weißen Haus zu wenige Leute gibt, die sich mit der Bundesrepublik auskennen - das nächste Weiße Haus wird noch viel weniger haben.

Aber wie schafft man ein "old-boy-network"? Was wir brauchen, ist ein "Marshallplan" des Austausches zwischen Europa und Amerika. Ich denke dabei nicht so sehr an Wissenschaftler, die ja solchen Austausch bereits kräftig pflegen, sondern in erster Linie an jüngere Beamte, Journalisten und Wirtschaftler. Helmut Schmidt hat seinerzeit als Verteidigungsminister gesagt: Kein Bundeswehrgeneral bekommt eine führende Position in der Bundeswehr, wenn er nicht vorher eine Zeitlang bei der NATO gewesen ist.

Sommer

Eingehalten hat er es nicht.

Bertram

Mag sein. Aber diese Art des gegenseitigen Sichkennenlernens brauchen wir im europäisch-amerikanischen Verhältnis, wenn wir das Unterfutter des Atlantischen Clubs wiederherstellen wollen. Das scheint mir weniger eine Frage staatlicher Initiative zu sein, als vielmehr eine Aufgabe von Stiftungen und von der Industrie auf beiden Seiten des Atlantiks.

Aber entscheidend ist für mich die Frage des Mentalitätswandels. Europäer und Amerikaner haben sich zu lange an die amerikanische Führungsrolle gewöhnt, um nun schnell umlernen zu können. Darauf kommt es aber an, und Lösungsversuche sollten hier ansetzen. Wie kann man das Umlernen erleichtern, ohne daß sich Irritationen zu Vertrauenskrisen auswachsen? Die Pax Americana ist vorbei, und Europa ist nicht selbständig handlungsfähig. Wenn wir es dabei belassen, wird der Atlantische Club verfallen, und damit verfielen auch der Rahmen, der Europas Sicherheit garantiert.

Unüberbrückbare Interessenunterschiede?

Dieser Rahmen kann natürlich auch verfallen, wenn sich herausstellen sollte, daß die Interessenunterschiede auf beiden Seiten des Atlantiks entgegen meiner Annahme unüberbrückbar sind. Das wäre etwa dann der Fall, wenn ein neuer amerikanischer Präsident Israel Priorität vor allen anderen westlichen Interessen im Nahen Osten einräumt. Oder wenn die USA versuchen sollten, die westliche Allianz auf ungehemmtes, weltweites militärisches Containment der Sowjetunion zu trimmen und europäisches Zögern nur als Beweis einer allgemeinen Finnlandisierung auslegen würden. Dann wären der Interessenausgleich und die Interessenvereinbarkeit im Atlantischen Club in der Tat gefährdet. Die Konsequenzen betreffen Europas Sicherheit insgesamt, vor allem aber uns Deutsche. Denn - und das müssen wir uns immer vergegenwärtigen - wenn der Atlantische Club zerfielen, dann würde die deutsche Frage wieder zum Hauptproblem der Sicherheit in Europa.

Sommer

Das enge europäisch-amerikanische Verhältnis war während der ganzen Nachkriegszeit ein beherrschendes, wenn nicht das beherrschende Element der Weltpolitik. Heute wird diese Beziehung häufig mit den Ausdrücken "Misere" oder "Malaise" charakterisiert. Natürlich weiß jeder von uns, daß dieses Verhältnis auch in der Vergangenheit nie so reibungsfrei war, wie es sich in der Rückerinnerung ausnimmt. Dennoch ist zuzugeben, daß es heute schwieriger ist als seit langem. Einmal spielen sicher persönliche Unvereinbarkeiten zwischen den Führungsfiguren auf beiden Seiten eine Rolle. Es gibt aber auch sachliche Differenzen, die gerade im letzten halben Jahr deutlich geworden sind, teils an den unterschiedlichen Reaktionen auf die weltpolitischen Krisen, teils an den

verschiedenen Akzentsetzungen in den Wahlkämpfen, die jetzt auf beiden Seiten des Atlantiks angelaufen sind.

Mein Vorschlag wäre, in der Diskussion drei Fragenkreise zu behandeln.

Erstens. Zunächst sollten wir die Ursachen jener Malaise analysieren, die uns die beiden Referenten beschrieben haben.

Zweitens käme es darauf an, die aktuellen Konfliktpunkte anzusprechen, also Nahost, Afghanistan und so weiter. Dabei geht es etwa um das Konzept der Arbeitsteilung, aber auch um die Frage: Ist Entspannung teilbar oder nicht? Das greift hinüber zur Frage der Rüstungskontrolle: SALT, TNF, MBFR.

In einem dritten Teil könnten wir uns schließlich den Lösungsmöglichkeiten zuwenden. Einiges ist dazu bereits angedeutet worden: Entweder wir versuchen es mit selektiver Abkoppelung - das ist das, was die Amerikaner den Europäern im Augenblick unterstellen; oder wir globalisieren die Allianz, eine andere Idee, die immer wieder in die Diskussion geworfen wird. Christoph Bertram sagt: Globalisieren nicht durch Erweiterung des Vertragsgebietes, sondern durch Erweiterung der Vorausplanung für Krisenfälle. Als weitere Möglichkeit wäre vielleicht die alte Zweipfeiler-Theorie wiederzubeleben.

Meine Bitte ist, die Diskussion nicht von der Militärstrategie überwuchern zu lassen und weiter daran zu denken, daß dieses Gespräch nicht das deutsch-amerikanische, sondern das europäisch-amerikanische Verhältnis zum Inhalt hat.

Mertes

Ich möchte zunächst die Bemerkung aufgreifen, die Vereinigten Staaten und Europa hätten sich etwas auseinandergeliebt, weil sie keine gemeinsame Einschätzung der sowjetischen Politik mehr haben oder doch nur noch in einem geringeren Maße. Ich sehe diese Feststellung im Zusammenhange der Forderung, daß wir jetzt eine Politik auf Dauer brauchen, die also längerfristig ausgerichtet ist, als der Kalte Krieg und die Détente es waren. Voraussetzung für eine solche Politik auf Dauer ist die Beantwortung der Frage, wie wir in Amerika und in Europa wieder zu einer gemeinsamen Einschätzung der sowjetischen Politik kommen.

Die NATO hat bis Mitte der 60er Jahre zwischen "capabilities", "intentions" und "long range objectives" der Sowjetunion unterschieden - seit etwa 10,15 Jahren wird von den "objectives" kaum mehr gesprochen. Das ist jetzt unerlässlich angesichts der wiederkehrenden Erkenntnis nach Afghanistan, daß sich die Sowjetunion an zwei dynamischen Prinzipien orientiert, nämlich einem unersättlichen Sicherheitsbegriff und der Überzeugung, eine weltrevolutionäre Ordnung durchsetzen zu müssen. Zwischen diesen beiden Prinzipien besteht ein Zusammenhang. Daß dies auf westlicher Seite in Vergessenheit geraten war, hat dazu geführt, die Natur und die Intensität der sowjetischen Bedrohung zu mißdeuten. Dabei hat auch der Begriff "Entspannung" eine Rolle gespielt, der wie eine Art Droge wirkte.

Was gegenüber der sowjetischen Politik wieder stärker benötigt wird, als dies in den letzten 10 bis 12 Jahren der Fall war, ist eine Koordination der konfrontativen und der kooperativen Elemente. Das gilt sowohl für die Rüstungskontrolle wie für andere Politikbereiche.

Herr Smyser hat darauf hingewiesen, daß in den 80er Jahren seitens der Vereinigten Staaten unter Umständen wieder ein "push" in Richtung arms control erfolgen könnte, und zwar unilateral. Ich sehe in solchem Unilateralismus eine Gefahr. Natürlich befürworte auch ich arms control, aber ich sehe darin nicht ein Ziel "an sich", wie das in den letzten 10 bis 15 Jahren häufig gewesen ist, sondern es muß Teil einer koordinierten Strategie werden.

Gegenüber einer langfristig angelegten sowjetischen Politik muß es eine langfristige politische Strategie des Westens geben. Eine solche Strategie, die ich für absolut notwendig halte, darf nicht willkürlich sein, sondern muß sich an objektiven Kriterien orientieren. Ich frage mich, ob und wieweit diese Strategie angesichts des pragmatischen Denkens der Vereinigten Staaten möglich ist.

Ich teile und unterstreiche die Aussagen von Herrn Bertram zu den Themen "Vertrautheit" und "Koordination". Es wird zwar sehr viel konsultiert; aber das Führungsgespräch über die Substanz der Probleme findet meines Erachtens kaum mehr statt. Das erscheint um so bedenklicher, als das politisch-psychologische Bewußtsein der Amerikaner sich von dem der Europäer gegenüber der Sowjetunion unterscheidet, deren politische Ziele und politische Macht doch die Notwendigkeit unseres Bündnisses bestimmen.

Die Amerikaner haben nukleare "Muskeln". Das verschafft ihnen ein größeres psychologisches Selbstbewußtsein gegenüber der Sowjetunion. Zudem sind sie geographisch von den Sowjets getrennt und besitzen größere Flexibilität, die für uns Europäer zum Problem werden kann. Sie haben überdies keine historischen Hypotheken zu tragen wie wir in Deutschland aufgrund des Zweiten Weltkrieges und der Teilung. Bei den Europäern liegen die Dinge anders, vor allem bei uns Deutschen. Wir sind im nuklearen Bereich völlig von den Vereinigten Staaten abhängig. Wir haben die Russen mitten in Deutschland; sie sind unsere unmittelbare Bedrohung. Wenn es von der Perzeption der Interessen her so verschiedene Ausgangspunkte gibt, halte ich Konsultation und Koordination auf oberster Ebene für vital.

Schmid

Liegt nicht eine der Ursachen für die Situation, vor der wir heute stehen, in einem etwas diffusen, wenn nicht übersteigerten Anpassungs- und Erwartungshorizont der sogenannten Détente, was immer man darunter verstehen mag, und zwar auf beiden Seiten? Anders gefragt: War die Détente überhaupt ein fruchtbares Interaktionsmodell, ein Verhaltensmuster zwischen den beiden Systemen in Ost und West? Ich habe in dieser Hinsicht meine großen Zweifel.

Es gab und gibt nämlich mit Sicherheit keine Übereinstimmung über das mit Hilfe der Entspannung anzustrebende Ziel, trotz der möglichen Interessenparallelitt, was den Abbau von akuter Konfrontation angeht.

Hinzu kommt, daß sich beide Systeme politisch, ideologisch und sozio-ökonomisch grundsätzlich antithetisch verhalten. Vielleicht waren von daher Ansprüche und Erwartungen an die Entspannungspolitik zu groß. Hier tut sich ein strukturelles Problem auf, über das man nicht hinweggehen kann. Immerhin haben 10 Jahre Entspannung eine bestimmte Prägekraft gehabt, nicht nur auf die innerstaatlichen, sondern auch auf die zwischenstaatlichen Strukturen.

Senghaas

Was die Zustandsschilderung der westlichen Allianz in beiden Referaten betrifft, so bin ich mir nicht so sicher, ob die in der Tendenz pessimistische Analyse korrekt ist. Handelt es sich wirklich um mehr als nur um Konsultationsmngel und Irritationen? Geht es denn in Wahrheit wirklich um tiefgreifende strukturelle Bezüge?

Ich erinnere mich an sehr intensive Diskussionen vor 20 Jahren, die bei uns in der Bundesrepublik eine Spaltung zwischen den sogenannten "Atlantikern" und den sogenannten "Gaullisten" provoziert haben. Ein Teil der Atlantiker saß in der CDU-Fraktion, ein Teil der Gaullisten in der CSU-Fraktion, während in der SPD die meisten Atlantiker waren. Damals fand eine große Debatte über die militrstrategische, militärpolitische Grundorientierung der Bundesrepublik und Westeuropas statt. Sie bezog sich auf die politische Arbeitsteilung zwischen den USA und Europa, auf die Frage des "nuclear sharing" und auf viele andere Dinge mehr. Gestritten wurde unter anderem über ein Instrument wie die MLF.

1961 veroffentlichte Henry Kissinger ein Buch mit dem Titel "Die Entscheidung drängt". Darin behandelte er genau die angedeutete Problematik, die sich damals dadurch zugespitzt hatte, daß es nicht nur zwei unterschiedliche Einschätzungen in der Bundesrepublik gab, sondern hinter der einen tatsächlich oder vermeintlich das gaullistische Lager Frankreichs stand. Dieser politische Konflikt bestand von 1958 bis ungefähr 1962/63 und wurde endgültig aufgrund des NATO-Beschlusses 1967 durch die Inthronisation der "flexible response"-Doktrin zur offiziellen Direktive beendet.

Zu jener Zeit standen also weit mehr strukturelle Grundprobleme zur Debatte, zum Beispiel über die Grundorientierung der gemeinsamen Sicherheitspolitik, als in der gegenwärtigen Diskussion. Dabei ging es um mehr als nur um Fragen der Irritation oder des zu wenigen Konsultierens. Mein Eindruck ist jedenfalls, daß das, was heute zur Debatte steht, keineswegs so dramatisch ist, wie das die beiden Referenten zum Ausdruck gebracht haben. Deshalb scheinen mir in dieser Hinsicht auch die Zukunftsperspektiven nicht so dramatisch.

Sommer

Sie bestreiten aber nicht, daß es zwischen Europa und Amerika Irritationen gibt?

Senghaas

Nein.

Sommer

Sei meinen jedoch, dies rührt nicht an die Wurzel?

Senghaas

Dies rührt meiner Ansicht nach überhaupt nicht an die Wurzel.

Das führt mich zu einer weiteren Beobachtung und Frage: Welches westeuropäische Land ist eigentlich an einer Abkoppelung Westeuropas vom Bündnis mit den Vereinigten Staaten - sei sie nun selektiv oder weitergehender wirklich interessiert? In der Presse, in der "New York Times" zum Beispiel, und in vielen Diskussionen wird das immer wieder angesprochen. Wenn ich mir jedoch die Bundesrepublik, Italien, Frankreich, Großbritannien und so fort ansehe, so frage ich mich, wo sind denn die maßgebenden politischen Kräfte, von denen man annehmen könnte, daß sie in der Lage sind, in den nächsten fünf bis zehn Jahren eine grundlegende Veränderung der sicherheits und geopolitischen Perspektiven zu bewirken. Ich sehe diese Kräfte nirgendwo - nicht einmal bei den Eurokommunisten Südeuropas, bestimmt nicht in Italien, und ich bezweifele auch, ob sie sich bei den französischen Sozialisten und Kommunisten finden ließen, wenn diese Partelen Regierungsverantwortung zu übernehmen hätten.

Sommer

Christoph Bertram hat von "Anti Amerikanismus" gesprochen. Existiert dieses Phänomen nach Ihrer Meinung nur in den Köpfen einiger weniger, oder wie ist es einzuschätzen, Herr Senghaas?

Senghaas

Natürlich gibt es unterschiedliche Einschätzungen, was die Instrumente und Modalitäten politischen Handelns angeht, um in einem Nahost-Konflikt oder in einer Afghanistan-Krise eine vernünftige Politik zu betreiben, die nicht in einer gefährlichen Eskalation mündet. Das ist aber keine Frage von Anti Amerikanismus, sondern es handelt sich da um eine konkrete Auseinandersetzung darüber, was rational, was machiavellistisch sinnvoll ist, um einen Konfliktherd, so wie er nun einmal existiert, so zu lösen, daß am Ende nicht der Einsatz militärischer Gewalt steht.

Bertram

Ich habe nicht behauptet, Herr Senghaas, es habe nicht auch früher schon Schwierigkeiten gegeben, die ernst zu nehmen waren. Meine These war, daß sich im Vergleich zu früher grundsätzlich etwas geändert hat, weil der politische Rahmen der amerikanischen Führung, auf dem die Allianz sich ausgeruht hat und ausruhen konnte, weggefallen ist. Als Folge davon können die Irritationen sehr viel stärker durchschlagen.

Senghaas

Meine dritte Beobachtung: Angesichts vieler Probleme, die in den nächsten 10, 20, 30 Jahren vor allem in der Dritten Welt entstehen werden und die nicht kontrollierbar, nicht steuerbar sind - weder vom Westen noch von der Sowjetunion;- bin ich mir nicht sicher, ob die von Herrn Bertram erhobene Forderung, so etwas wie eine "stromlinienförmige" Koordination einzuführen, sehr aussichtsreich ist.

Bertram

"Stromlinienförmig" ist Ihr Ausdruck.

Senghaas

Ja. Im Hinblick auf Konfliktlösungen in Lateinamerika, vor allem aber in Afrika und Asien fragt es sich auch, ob dies wirklich wünschenswert ist. Ist nicht eine unterschiedliche Rollenverteilung in verschiedenen Bereichen, was die Entdramatisierung von Konfliktkonstellationen angeht, eine sinnvollere und vernünftige Perspektive als der Versuch einer Koordination, die im Endeffekt auch gar nicht zustande kommt?

Gehen wir einmal davon aus, eine solche Koordination käme zustande, so würde jedweder Konflikt in der Dritten Welt zu einer Auseinandersetzung zwischen Amerika plus Westeuropa einerseits und der Sowjetunion andererseits, das heißt zu einem Teil des Ost-West-Konflikts. Das halte ich langfristig für gefährlich.

Meine Gegenthese ist, daß eine gewisse Rollenaufteilung der beiden westlichen Gruppierungen vor allem im Hinblick auf Konflikte in der Dritten Welt wünschenswert ist, weil dadurch mehr diplomatischer Spielraum entsteht, um sich mit unkalkulierbaren und unsteuerbaren Konfliktherden in diesem Teil der Welt besser auseinandersetzen zu können.

Pauls

Bei Herrn Bertrams Bemerkung über die Bürokratie fiel mir die Antwort eines amerikanischen Secretary of Defense ein, als er gefragt wurde: "Mr. Secretary, how many people are working in your Pentagon?" "I hope half of them."

Ich habe den Eindruck, vor allem aus dem Referat von Herrn Smyser, daß eine Klärung des Begriffs Détente wichtig ist, um die Situation zwischen West und Ost zu begreifen. Dabei muß man sich vor allem immer wieder klarmachen, was die Sowjets darunter verstehen. Détente-Politik ist für sie letztlich die Fortführung jenes Gedankens der Koexistenz, den Lenin als den Versuch zur Durchsetzung des Sozialismus mit allen Mitteln unter Vermeidung des offenen Konfliktes interpretiert hat. Daraus haben die Sowjets ja nie einen Hehl gemacht. Sie haben nie versucht, uns gegenüber den Eindruck zu vermitteln, als handele es sich bei der Detente-Politik um das Bemühen, die Konfliktlage zu beenden.

Ich erinnere nur an Breschnews Antwort auf eine Dinnerrede von Giscard d'Estaing anlässlich seines letzten Besuches in Moskau vor anderthalb oder zwei Jahren, wo er betonte, die ideologische Auseinandersetzung werde selbstverständlich weitergehen. Ideologie ist für Kommunisten nicht Poesie oder irgendeine Denkschule, sondern das Rezept zum praktischen Politikmachen. Hier besteht ein gewisser Unterschied gegenüber dem Ideologieverständnis im Westen.

Angesichts des praktischen sowjetischen Verhaltens wird es immer eine Forderung unsererseits bleiben müssen, daß Détente unteilbar ist. Die Sowjetunion als kommunistische Führungsmacht kann gar nicht darauf verzichten, stets zu versuchen, dort Positionsgewinne zu erzielen, wo das möglich ist, das heißt, wo die Fronten nicht fixiert sind. Wenn wir uns darauf einrichten, können wir damit leben.

Solange wir zwischen Nordkap und Mittelmeer, an der eigentlichen NATO-Front sozusagen, stark genug sind, daß ein Angriff auf uns tödliches Risiko für den Angreifer selbst bleibt, wird es dort keinen Angriff geben. Die eigentlichen Gefahren drohen von außerhalb, aus den labileren Situationen in Übersee, in der Dritten Welt. Das Golfgebiet steht zur Zeit im Vordergrund; das Können im Laufe der 80er Jahre andere Bereiche sein. Deshalb brauchen wir zweifellos contingency planning; das ist auch im Gange.

Worauf es ankommt ist, die Koordinierung zu verstärken. Auf keinen Fall darf an dem Bündnisvertrag etwas geändert werden - ihn aufzukündigen würde einer Katastrophe gleichkommen; wir bekommen das Bündel dann nicht wieder zu. Außerdem würde die Beistandsverpflichtung bei einer Ausdehnung des NATO-Gebietes leicht zum Problem werden. Die zentrale Aufgabe für die westlichen Verbündeten in den 80er Jahren ist die Koordinierung ihrer Politik; denn nur so kann den drohenden Gefahren begegnet werden.

Ein weiterer zentraler Punkt scheint mir der Antiamerikanismus zu sein, der zu einer Schwächung des Verteidigungswillens in den öffentlichen Meinungen der europäischen Länder führt. Wenn sich das fortsetzt, wird es das wechselseitige Vertrauen in der westlichen Allianz in gefährlicher Weise untergraben. Und gegenüber dem Osten wird es den Respekt, den wir dem potentiellen Gegner durch die Geschlossenheit unseres Auftretens abfordern, in Frage stellen.

Das Ziel der Allianz ist, durch Abschreckung zu wirken. Aber Abschreckung ist nicht nur ein militärisches Problem. Ein unverzichtbares Element der Abschreckung ist die Kalkulierbarkeit der politischen Solidarität der Verbündeten. Wenn aufgrund eines verminderten Verteidigungs- und Widerstandswillens die Solidarität des politischen Verhaltens in den Augen eines potentiellen Gegners nicht mehr garantiert wäre, wächst die Gefahr für die gemeinsame Sicherheit.

Noch ein Wort zu dem, was Herr Senghaas sagte. Dramatisch oder nicht: Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten Phasen im deutsch-amerikanischen Verhältnis und innerhalb des Bündnisses erlebt, die von den Differenzen her gesehen sicher viel dramatischer waren, als dies jetzt der Fall ist. Natürlich gibt es Probleme und Differenzen. Es würde sogar eher für geistige Trägheit sprechen, wenn wir sie nicht hätten. Wir sind jedoch immer wieder zu einem vernünftigen Kompromiß gekommen. Dafür halte ich uns auch in der Zukunft für fähig, weil die grundlegende Identität der Interessen fortbesteht.

Interessendifferenzen treten an der Nord-Süd-Frage leichter in Erscheinung, als wenn es sich um direkte, im NATO-Vertrag verankerte Ost-West-Probleme handelt. Wir müssen in diesem Punkt noch einiges lernen, und dem muß die Koordinierung unserer Politik dienen. Wenn uns eine solche Koordinierung nicht gelingen sollte, würde ich in der Tat schwarzsehen.

Sommer

Uns geht es hier nicht um Entspannung an sich, sondern wir wollen untersuchen, ob in den verschiedenen Definitionen dieses Begriffs und in der unterschiedlichen Praktizierung der Détente-Politik eine Ursache für amerikanisch-europäische Mißverständnisse liegt.

Altmann

Entspannung ist auch der Begriff für ein Mindestmaß an Kooperation zwischen den beiden Weltmächten. Entspannung darf nicht zu einem polemischen Wort gegen die Politik der USA werden, sonst wird sie zu einer Waffe der Sowjets gegenüber den USA.

Pawelczyk

Ich muß offen bekennen, daß ich ein wenig erschrocken bin über die beiden Referate, was die Beschreibung des Zustandes der Allianz betrifft. Ich habe den Eindruck, daß wir zu schnell urteilen. Es scheint überhaupt modern geworden zu sein, die Führungsschwäche des derzeitigen amerikanischen Präsidenten als Grundlagenkrise zu interpretieren. Ich halte diese sogenannte Führungsschwäche eher für eine Randerscheinung, die mit den Grundlagen unserer gegenseitigen Beziehungen, mit den Strukturen der Allianz, wenig zu tun hat. Wenn wir allerdings eine Randerscheinung ständig in der Weise bewerten, wie das jetzt immer wieder der Fall ist, kann daraus tatsächlich ein schwerwiegendes Problem entstehen.

Wenn man häufiger in den Vereinigten Staaten mit Vertretern der Administration und Politikern diskutiert, wird deutlich, daß die Fähigkeit zur Analyse und zur Weiterentwicklung der Grundlagen einer gemeinsamen Politik ungeschmälert vorhanden ist. Ich kann auch keine ernstzunehmende Kräftegruppierung in Westeuropa oder in der Bundesrepublik erkennen, die eine Alternative zur Allianz sieht.

Natürlich wird in einer Gesellschaft mit einer breiten geistigen Schicht auch kontrovers diskutiert. Bei den notwendigen aktuellen Entscheidungen hat die Bundesrepublik sich nicht versagt: TNF, Olympia-Boycott und so weiter. Daraus sind keine innenpolitischen Probleme entstanden. Das ist für mich ein Kriterium für die Frage: Wie steht es um die Stabilität der Allianz?

Ich stimme Herrn Bertram zu: Der geistige Austausch zwischen Europa und Amerika muß intensiviert werden. Es gibt zu wenig Wissen über den anderen. Dabei habe ich den Eindruck, daß viele Meinungsträger in den Vereinigten Staaten weniger über uns wissen als wir über sie. Das trägt zur Irritation bei.

Zu übersehen ist auch nicht, daß sich Mißtrauen bildet. Während in den Vereinigten Staaten offenbar der Eindruck entsteht, daß Westeuropa versucht, sich in Zukunft unbeeinflusst von den Vereinigten Staaten zu entwickeln, besteht bei uns das Mißtrauen, die Vereinigten Staaten könnten durch Veränderung der politischen Rahmenbedingungen versuchen, den Spielraum, den die westeuropäische Außenpolitik, speziell die Außenpolitik der Bundesrepublik, in den letzten Jahren gewonnen hat, wieder einzugrenzen, weil auf diese Weise Führungsfunktionen leichter auszuüben sind. Zu untersuchen wäre, inwieweit dieses gegenseitige Mißtrauen aufgrund der aktuellen politischen Handlungen, Forderungen und konzeptionellen Entwicklungen gerechtfertigt ist.

Die Vereinigten Staaten haben der Sowjetunion Anfang der 60er Jahre Parität zugestanden. Dieses bezog sich allein auf strategische Nuklearwaffen. Die Sowjetunion hat dieses Angebot interpretiert als Bereitschaft zur generellen Parität, zur Gleichrangigkeit der Sowjetunion in einer bipolaren Welt. Das ist der Dissens, den die beiden Großmächte seit Anfang der 60er Jahre mit sich herumschleppen mit allen Folgewirkungen. Parität ist formal zugestanden, aber intellektuell nie richtig aufgearbeitet und nie daraufhin überprüft worden, welche Konsequenzen das für die Gesamtpolitik zwischen West und Ost hat.

Ich persönlich behaupte: Seit Beginn der Entspannungspolitik fehlte eher den Vereinigten Staaten als uns eine realistische Einstellung. Wenn man einmal genau überprüft, wer seit Beginn der Entspannungsphase in den konkreten verteidigungspolitischen Leistungen nachgelassen hat und wer nicht, dann kommt man zu ganz interessanten Ergebnissen. Es war in unserer Allianz nicht die Bundesrepublik Deutschland! Unter den Folgen dieses Nachlassens bei unserer eigenen

Führungsmacht haben wir jetzt zu leiden. Sie erschweren die Kooperation, an der wir festhalten müssen. Die 80er Jahre werden schwierig, weil die Mängel der Vergangenheit nur schwer ausgeglichen werden können.

Bindschedler

Ich möchte vier Bemerkungen zu den Referaten machen.

Erstens: Ob die Détente mißlungen ist oder nicht, das zu beantworten ist meines Erachtens viel zu früh. Es war von Anfang an klar, daß die Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki ein langfristiger Prozeß ist. Ebenso war von vornherein bekannt, daß unter Entspannung von beiden Seiten etwas grundlegend Verschiedenes verstanden wird. Die Sowjetunion hat aus ihrer Auslegung, wie Herr Pauls richtig sagte, nie ein Geheimnis gemacht.

Die Dramatisierung, die wir zur Zeit erleben, geht meines Erachtens auf eine Fehleinschätzung des Problems Afghanistan zurück. Lassen wir uns nicht blenden durch die gegenwärtige Hektik. Seit 25 Jahren oder länger ist Afghanistan mehr und mehr in den sowjetischen Einflußbereich abgerutscht. Wenn man von einem entscheidenden Ereignis sprechen will, so waren es nicht die militärischen Operationen des letzten Jahres und zu Beginn des Jahres 1980, sondern der Regierungswechsel vor zwei Jahren, als ein kommunistisches Regime die Macht ergriff. Kein Mensch im Westen hat damals auch nur ein Wort über die Entwicklung in Afghanistan verloren. Niemand hat sich für dieses Land eingesetzt. Was jetzt geschehen ist, ist nur noch die letzte Konsequenz. Wir müssen uns selbst an die Nase fassen. Die Aufregung, die jetzt gespielt wird, kommt zu spät.

Zweitens: Hier wurde gefragt, ob die Sowjetunion in Zukunft eine Politik der Einschüchterung oder der Zusammenarbeit verfolgen werde. Das scheint mir keine Alternative zu sein. Sie wird beides tun. Sie hat immer beides getan. Die Einschüchterung liegt schon darin, daß die große militärische Macht des Ostens ganz Europa überschattet und damit über der Zusammenarbeit liegt.

Drittens: Man kann die Sowjetpolitik nicht als abenteuerlich bezeichnen, Herr Smyser. Sie ist sehr rational. Sie handelt nach dem Prinzip "Gelegenheit schafft Diebe". Wo sich eine Gelegenheit eröffnet, da greift sie zu. Sie stößt in jedes Vakuum vor; sie fördert jede Uneinigkeit ihrer Gegner und versucht, sie aufzuspalten - mit nicht geringem Erfolg. Denken Sie an die Episode mit der Neutronenbombe zurück. Es hätte auch nicht viel gefehlt, daß der NATO-Beschluß vom 12. Dezember 1979 nicht zustande gekommen wäre.

Meine vierte Bemerkung betrifft eine sehr grundsätzliche Ansicht. Ich bin überzeugt, daß die territoriale Begrenzung der NATO, wie sie schon im NATO-Vertrag enthalten ist, ein Grundfehler war. Denn der Ost-West-Gegensatz ist ein globaler Gegensatz. Es können aber Bundesgenossen nicht auf einem Kriegsschauplatz gemeinsam auftreten und auf einem anderen diametral entgegengesetzte Politiken führen. Wir haben das in Vietnam erlebt. Die amerikanische Politik mag dumm oder gescheit gewesen sein - das ist eine andere Frage;- , aber sie hat zu Uneinigkeit geführt. Das gleiche erleben wir jetzt wieder im Mittleren Osten.

Gestatten Sie mir schließlich noch ein Wort zur Verteidigung der Bürokratie. Ich halte die Mode der Gipfelkonferenzen, die Reiserei der Spitzenpolitiker in den letzten Jahren für nicht ungefährlich. Auf einmal spielen persönliche Antipathien und Sympathien eine Rolle in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Zum anderen stehen diese hohen Herren alle unter Erfolgszwang. Sie wollen irgend etwas mit nach Hause bringen. Da sie das meistens nicht können, werden die eigentlichen Probleme und Gegensätze mit schönen Formeln und hohlen Phrasen überkleistert. Damit wird die Erkenntnis der eigentlich zur Behandlung anstehenden Fragen übertüncht. Niemand weiß mehr, um was es wirklich geht. Das ist eine höchst gefährliche Entwicklung. Ich würde dafür plädieren, daß man die Außenpolitik wieder sehr viel mehr den Beamten, den Diplomaten überläßt, die diese Aufgabe in einem unpersönlichen Stile durchführen können und müssen.

Pauls

Was Sie über die großen Chefs und die Diplomaten sagen, Herr Bindschedler, höre ich natürlich mit großer Sympathie.

Ich stimme auch weitgehend mit Ihnen überein, was die Entwicklung des sowjetischen Einflusses in Afghanistan angeht. Nicht überein stimme ich, wie Sie die Heftigkeit unserer jetzigen Reaktion beurteilen. Ich bezweifle zwar, ob wir damit die Russen aus Afghanistan herausbekommen werden, aber ich halte unsere Reaktion insofern für wichtig, als sie nämlich eine deutliche Warnung an die sowjetische Adresse darstellt, derartige Aktionen zu wiederholen beziehungsweise über Afghanistan hinauszugehen. Damit würde dann nämlich eine tödlich-gefährliche Situation entstehen.

Zur NATO-Begrenzung: Als der NATO-Vertrag abgeschlossen wurde - ich muß die Väter des Vertrages etwas in Schutz nehmen;- , war das Ost-West-Verhältnis kein globales Problem für die Amerikaner. Die Sowjets waren damals eine europäische Macht ohne strategische Luft und Seestreitkräfte und ohne Transportmöglichkeiten. Die Dritte Welt befand sich seinerzeit noch in einem halbkolonialen Zustand, war politisch amorph und ohne die Möglichkeit, einen eigenen politischen Willen auszudrücken. Mit ihr brauchte nicht gerechnet zu werden. Insofern war der Spannungsbogen von Moskau unter Einschluß Westeuropas nach Washington gerichtet. Das Problem ist uns zugewachsen. Wir müssen damit fertig werden, ohne daß wir den Vertrag ändern können.

Kuntner

Zu Afghanistan nur soviel: Es stimmt schon, auf einmal ist man durch eine Aktivität der Sowjetunion sehr beunruhigt, die dazu noch außerhalb ihres bisherigen Einflußbereiches vorgeht. Das bedeutet eine Ausweitung dessen, was man publizistisch die Breschnew-Doktrin nennt. Vor 30, 40 Jahren war es ähnlich: Über den Einmarsch Hitlers in Österreich war niemand beunruhigt; ebensowenig über die Besetzung des Sudetenlandes, und plötzlich kam dann die Tschechoslowakei. Auch da hat Chamberlain noch gesagt: "Es ist ein kleines Land, weit weg, von dem wir wenig wissen." Aber mit Polen war dann die Grenze überschritten.

Man sollte Afghanistan in dieser Richtung sehen. Ich halte die Reaktion des Westens ebenfalls für richtig. Sie ist eine deutliche Warnung an die Sowjetunion. Ansonsten ist Afghanistan ein Erfolg für die Sowjetunion trotz der Probleme, die sie dort haben mag. Die ganze Abkoppelungsdebatte, die Dilemmata innerhalb der westlichen Allianz haben erst als eine Folgeerscheinung dieses Ereignisses begonnen.

Wer redet von dem Dilemma, das es im West-West-Verhältnis gibt? Ist das nur eine Erfindung der Journalisten?

Herr Körber sagte zu Beginn, die außenpolitischen Handlungen würden auf die innenpolitische Waagschale gelegt werden. Ich meine, es ist umgekehrt: Innenpolitische Zwänge drängen die westlichen Staaten zu außenpolitischen Handlungen oder Nichthandlungen. Daher scheint mir, daß Stimmungsumschwünge in der amerikanischen Bevölkerung und zum Teil auch in den europäischen Staaten die kooperativen Verhaltensweisen, die bislang in der Allianz vorhanden waren, einschränken.

Ein weiteres Dilemma wurde angedeutet. Ich möchte es provokant noch schärfer sagen: Im West-Ost-Verhältnis haben wir es mit zwei Großmächten zu tun. Dabei ist die eine - die Sowjetunion - eine unvollkommene Großmacht; denn sie ist es nur militärisch, auf keinem anderen Gebiet sonst; aber sie ist eine fast vollkommene Weltmacht. Die Amerikaner hingegen sind eine fast vollkommene Großmacht und eine sehr unvollkommene Weltmacht; sie wollten es auch nie sein, von ganz kurzen Phasen abgesehen. Die Amerikaner wollten wohl immer die stärkste Macht sein, sie haben aber bei allen Entscheidungen, mit denen sie in Europa eingegriffen haben, lange Entscheidungsprozesse zugelassen.

Wir sollten nicht von einem Ende der Détente sprechen. Wir befinden uns gegenwärtig zweifellos in einer Eiszeit. Die Dauer dieser Eiszeit wird weitgehend davon abhängen, ob das Verhältnis von der nächsten Führungsgeneration in der Sowjetunion und in den USA wieder aufgetaut werden kann. Die Sowjetunion hat in der Tat nie Zweifel daran gelassen, was sie unter Entspannung versteht; sie hatte und hat ein klares Ziel der Entspannung. Der Westen hat immer nur eine Hoffnung, aber nie ein klares Ziel vor sich gehabt. Auch Nixons Formel "shift from confrontation to negotiation" war letztlich nur eine Worthülse.

Es wird wesentlich davon abhängen, ob sich in der Sowjetunion in der nächsten Führungsgeneration die Technokraten durchsetzen, die wissen, daß sie einen produktionsstarken Westen brauchen, um überhaupt aufholen zu können, oder ob sich die Ideologen durchsetzen, die ihre Vision vom Zusammenbruch des Kapitalismus um der Ideologie willen erfüllt sehen wollen und dabei die Gedanken an ihre eigene Zukunft verdrängen.

Ich bin überzeugt, daß die Sowjetunion nach den Olympischen Spielen eine noch deutlichere Sprache sprechen wird, als sie es heute schon tut. Man braucht nur einmal die Erklärungen, von TASS angefangen bis zu Breschnew, genau zu analysieren und sie mit denen vor zehn Jahren zu vergleichen, um zu sehen, wie sich die Haltung der Sowjetunion gegenüber dem Westen verändert hat. Denken Sie nur an die TASS-Erklärung an die Adresse Englands, in der es nicht heißt: "Wenn Nachrüstung, dann fühlen wir uns bedroht", sondern: "Wenn Nachrüstung, dann wird das in letzter Konsequenz viele englische Opfer kosten." Hier ist schon heute eine sehr viel dynamischere,

offensivere sowjetische Außenpolitik spürbar. Sie wird mit Zuckerbrot und Peitsche versuchen, das, wovon sie sich etwas erhofft, auch zu erreichen.

Sommer

Der Bulganin-Brief im Jahre 1956 war auch nicht von Pappe.

Schmid

Sie sprechen von innenpolitischen Zwängen, die die Vertrauenskrise offenbar verursacht haben. Stimmungsumbrüche fallen bekanntlich nicht vom Himmel; sie spielen sich auch nicht in einem Vakuum ab. Welches sind denn diese inneren Zwänge, die in den Vereinigten Staaten und in Europa diese Vertrauenskrise gleichsam herbeigeredet haben?

Kuntner

Vor allem in Wahlzeiten wird die Politik nicht nur von Parteiprogrammen oder politischen Zielvorstellungen bestimmt, sondern zum Teil sogar von täglichen Meinungsumfragen. Wie schnell das wechselt, haben wir an einigen Äußerungen von Präsident Carter spüren können, bis hin zu seiner bedauerlicherweise mißglückten Aktion in Teheran. Das ist für unsere Gesellschaft ein immanentes Problem.

Schmid

Dann wäre also dieses Schielen von Carter und Co. auf die demoskopischen "Lustwerte" so ein innerer Zwang.

Kuntner

Ja, das glaube ich schon.

Schmid

Das ist aber eine sehr monokausale Erklärung.

Sommer

Richtig ist, daß es sich in der Bundesrepublik politisch auszahlt, das zu bewahren, was an Entspannung tatsächlich geschaffen worden ist, und deswegen mit den Russen zu reden. Dagegen gilt in Amerika zur Zeit die Parole, möglichst nicht zu verhandeln, sondern zunächst einmal hart zu bleiben.

Mertes

Wir haben in Deutschland einen viel breiteren sicherheits und außenpolitischen Konsens, als dies öffentlich deutlich wird. Ich halte es für unglücklich, daß wir unter Zwängen stehen, die Unterschiede so stark zu akzentuieren. Wir Politiker müßten viel stärker der Versuchung widerstehen, die Unterschiede in der sicherheits- und außenpolitischen Betrachtungsweise zu überdrehen, wenn wir in Zukunft eine gemeinsame Position zwischen Amerika und Europa erarbeiten wollen. Sonst hat nur die Sowjetunion davon Vorteile.

Ich komme noch einmal auf die Forderung von Herrn Smyser zurück, wir brauchten jetzt eine Politik auf Dauer. So ist es beispielsweise schwierig, den Begriff "Interesse" eindeutig zu interpretieren. Niemand weiß genau, welches die sogenannten objektiven Interessen sind. So wie etwa Frankreich im Jahre 1938 in München gegenüber Hitler seine Interessen wahrgenommen hat, wurde dies zehn Jahre später im Rückblick als falsch angesehen. In der praktischen Politik gaben aber 1938 die "perceived interests" den Ausschlag, auch wenn die Perzeption objektiv falsch war.

Deshalb sollten wir über diese Interessengemeinsamkeiten und -unterschiede ausführlicher sprechen. Wir brauchen im Bündnis zwischen Amerikanern und Europäern eine viel intensivere politische Diskussion über die Substanz unserer Interessen, ohne daß es möglich sein wird, diese Interessen nun mit letzter Genauigkeit zu bestimmen. (Wir sollten es da mit dem "Ritus" im alten britischen Parlament halten, wo jeder Redner auch nach der brillantesten und überzeugendsten Rede zum Schluß sagen mußte: "But, honorable gentlemen, I may be wrong.")

Natürlich ist "Détente" ein belasteter Begriff; jede Seite versteht etwas anderes darunter, so daß wir nur mehr die Frage stellen können, ob "unser" Detente-Konzept richtig war. Weit belasteter noch ist der Begriff der "Sicherheit", der von der Sowjetunion viel politischer interpretiert wird, als wir es tun. Für uns Europäer stellt sich die Frage - ich weiß nicht, ob das in Amerika klar genug gesehen wird -: Was will die Sowjetunion in Europa? McCloy hat einmal in einem kleinen Kreise erzählt, Chruschtschow habe ihm 1961 in einem persönlichen Gespräch gesagt: "Wir Russen fühlen uns infolge unserer Geschichte durch die westeuropäischen Völker, angefangen von den Litauern und Polen bis hin zu den Deutschen und Franzosen, ständig bedroht. Wir sind in unserem Sicherheitsgefühl erst befriedigt, wenn wir eine gewisse Kontrolle über ganz Westeuropa haben und die Amerikaner draußen sind." Das versucht die Sowjetunion nicht durch eine konfrontative, direkte Strategie, sondern durch eine langsam wirkende, langfristige angelegte Einflußstrategie zu erreichen.

Im Juni 1976 waren wir mit einer kleinen Gruppe von Bundestagsabgeordneten im außenpolitischen Ausschuß des Obersten Sowjets. Dort hat uns Samjatin, ein wichtiger Formulierer sowjetischer Politik, gesagt: Die Sowjetunion wolle nicht die Neutralisierung der Bundesrepublik Deutschland. Sie rechne ganz realistisch damit, daß die Bundesrepublik an der Seite Amerikas im Bündnis bleiben werde. Was sie aber erwarte, sei eine deutsche Verstärkung des Bilateralismus, der 1970 im Moskauer Vertrag zwischen Bonn und Moskau angelegt sei. Das heißt konkret: Die Sowjets möchten, daß wir die defensiven Motive ihrer Politik in unserem Bündnis stärker erläutern, daß wir zum Beispiel bei arms-control-Verhandlungen die "positive Funktion der bilateralen deutsch-sowjetischen Beziehungen" wahrnehmen. Die Sowjets möchten, daß wir eine Art Advokatenfunktion für sie übernehmen - in der NATO bleibend. Hier sehe ich die eigentliche Gefahr.

Herr Smyser sagte - ich ging darauf vorhin schon kurz ein;- , daß die Amerikaner in den 80er Jahren wieder ganz plötzlich, sagen wir aufgrund einer neuen Lagebeurteilung in Washington, mit arms-control-Initiativen kommen könnten. Ich würde solche ständigen Wechselbäder für verheerend halten. Das ist auch Gift für die deutsche Innenpolitik, wo einmal die CDU, ein andermal die Koalition behaupten kann, ihre Position werde von Washington geteilt.

Für die langfristige Stabilität der europäisch-amerikanischen Beziehungen sehe ich es, wie gesagt, als notwendig an, daß wir die konfrontativen und die kooperativen^ Elemente synchronisieren, nicht nur koordinieren. Andernfalls spekuliert die Sowjetunion auf diese verschiedenen Phasen, in denen wir gerade nicht übereinstimmen.

Die sowjetische Politik, darin stimme ich nachdrücklich Herrn Bindschedler zu, ist rational und diszipliniert in ihrer Methode; sie ist nicht abenteuerlich. Darin unterscheidet sie sich von der Politik Hitlers. Aber die zwei bewegenden Elemente der sowjetischen Politik, ihr historisch gewachsener unstillbarer Sicherheitsbegriff und das Dogma, sie müsse ein revolutionäres geschichtliches Gesetz vollstrecken, sind im Kern irrational.

Zinner

In den letzten zehn Jahren ist Amerika als Führungsmacht auf militärischem und auch auf anderen Gebieten schwächer geworden. Das geht auf Vietnam und Watergate zurück. Die Sowjetunion dagegen ist stärker geworden. So einfach ist das. Aus diesen Trends entstehen dann schwerwiegende Probleme. In der guten alten Zeit, als wir die Übermacht hatten, lagen die Dinge anders als heute. Wir wissen nicht, wie Amerika unter diesen Umständen seiner Führungsrolle gerecht werden kann.

Ich habe den Eindruck, daß die Entspannungspolitik die Amerikaner und ihre europäischen Verbündeten auseinandergbracht hat. Wenn wir das erst heute bemerken, dann deshalb, weil wir uns in einer Krise befinden, die dies deutlicher werden läßt. Europa hat im großen und ganzen Vorteile aus der Entspannung gezogen, vor allem die Bundesrepublik; das gilt für den Spielraum ihrer Außenpolitik, für die deutsch-deutschen Beziehungen und anderes mehr. In ganz Europa hat sich das Sicherheitsgefühl in dieser Periode verstärkt. Wir in Amerika hatten nicht den Eindruck, insbesondere nicht nach 1975, daß wir etwas aus der Entspannung gewonnen haben. Diese unterschiedliche Einschätzung führt schon zu einer gewissen Entfremdung.

Pawelczyk

Wenn Europa etwas gewonnen hat, hat dann Amerika nicht auch etwas gewonnen? Wir müssen doch Bewertungen im Allianzrahmen vornehmen.

Zinner

Das könnte man objektiv so sagen. Aber leider sehen wir Amerikaner und sieht das unsere Regierung nicht in diesem Lichte.

Wettig

Ich sehe die jetzigen Beziehungen zwischen den USA und Westeuropa stark von der Person des derzeitigen amerikanischen Präsidenten bestimmt. Vor allem sein Verhalten nach Afghanistan ist da wichtig geworden. Eine Politik der Bestrafung, wie sie Carter expressis verbis eingeleitet hat und zwar zum Teil mit Akten, die sogar den überwiegenden amerikanischen Interessen nicht entsprechen-, wirkte sich kontraproduktiv aus, wenn dabei dem europäischen Verbündeten ein Handeln gegen die eigenen Interessen zugemutet wurde, ohne daß ein erreichbares positives Ziel für die westliche Gesamtgemeinschaft erkennbar geworden wäre. So etwas muß notwendig und vorhersehbar Widerstand hervorrufen, zumal wenn es über diese Maßnahmen vorher keinerlei Konsultationen gegeben hat. Die Carter-Administration hat, was ihr in aller Eile gut schien, einfach dekretiert und anschließend Solidarität gefordert. Nach aller politischen Erfahrung braucht sich unter derartigen Umständen niemand zu wundern, wenn es dann Schwierigkeiten und Probleme gibt. Eine Allianzpolitik, die nicht von einem schlüssigen Konzept ausgeht und auch die Interessen der Bundesgenossen unbeachtet läßt, führt logischerweise zu Spaltungseffekten, die der östlichen Gegenseite das Spiel erleichtern.

Zinner

Ich sehe das anders, Herr Wettig. Die Entwicklung in Europa hat in den letzten Jahren dahin geführt, daß Westeuropa und Osteuropa einschließlich der Sowjetunion einige gemeinsame Interessen haben, die sie im Rahmen der KSZE oder in bilateralen Beziehungen fördern wollen. Diese Interessen haben die USA nicht. Das allein hätte schon zu einer Lockerung der Allianz geführt, auch ohne die Doppelkrise um Iran und Afghanistan.

Es handelt sich dabei um eine Art von Entkoppelung der regionalen von den globalen Problemen. Ich erinnere mich noch gut an Gespräche, die ich im vorigen Jahr in der Bundesrepublik geführt habe, als viele meiner Gesprächspartner mir sagten, sie seien unglücklich, daß Europa von den Amerikanern nur als ein regionales Sicherheitsgebiet angesehen werde. Die Entspannungsperiode hat jedoch die Differenzierung zwischen den regionalen, also beispielsweise europäischen, und den globalen Problemen gefördert. Es sind Gegensätze deutlich geworden. Wir Amerikaner haben immer mehr das Gefühl, daß wir globale Verantwortung tragen müssen, während Europa seine Außenpolitik immer stärker regional verankert.

Brinkhorst

Das stimmt nicht.

Zinner

Mag sein. Ich gebe nur meinen Eindruck wieder, der aber in Amerika dominiert.

Das bedeutet nun keineswegs, die Entspannung in Europa nicht weiterzuführen. Die Frage ist nur, wie das geschehen soll. Das sieht unsere Regierung nicht recht. Hier sind die Konzeptionen zwischen Europäern und Amerikanern offenbar nicht vereinbar. Die große Frage ist, in welchen Zusammenhang jeweils die regionalen und die globalen Probleme eingeordnet werden. Sollen die europäischen oder die globalen Probleme Priorität haben? Die Europäer nennen natürlich die europäischen Probleme; wir sagen: die globalen.

Herr Wettig sprach die Politik der Bestrafung nach Afghanistan an. In unserer Ohnmacht haben wir nach Sanktionsmöglichkeiten gesucht. Wir hatten nichts Passendes zur Hand. Wir waren aber der Ansicht, daß diese Verbrecher zu bestrafen seien. Nun, das ist sicher nicht rational. Wir sind durch die Ereignisse empfindlich geworden und haben das berechtigte Gefühl, wir könnten von unseren europäischen Bündnispartnern Solidarität erwarten. Da heißt es dann: Bitte stellen Sie jetzt keine Fragen, wir brauchen Ihre Unterstützung - fragen können Sie später. Die Europäer lehnen diese Aufforderung ab; sie seien keine kleinen Kinder. Amerika habe die dominierende Rolle verloren, befehle aber noch immer, und Europa solle gehorchen. Da würde man nicht mitmachen. Daraus entstehen Widersprüche und Mißtrauen.

Die Bundesrepublik ist von uns in eine schlechte Lage gebracht worden; aber die Russen leisten dem Vorschub. Die Bundesrepublik spielt die Rolle eines Mittelsmannes nicht gern; trotzdem findet sie sich jetzt in dieser Rolle. Der Bundeskanzler hat sich nicht danach gedrängt.

Wir dürfen jedoch nicht verkennen, daß viele Amerikaner, aber auch Franzosen und andere, immer noch Mißtrauen gegenüber der Bundesrepublik hegen, weil sie befürchten, die deutsch-deutschen Beziehungen könnten zur Wiedervereinigung führen. Ich selbst bin davon überzeugt, daß es so nicht ist. Aber ich bin vielleicht der einzige Amerikaner, der das nicht glaubt. Sie in der Bundesrepublik sollten endlich der ganzen Welt klar sagen, wie es um die Wiedervereinigung steht. Sie sollten darüber eine große öffentliche Debatte führen.

Sommer

Lieber nicht.

Zinner

Dann wird das Mißtrauen bleiben.

Pauls

Strafe, Herr Zinner, ist das Ende von Politik. Strafe ist ein strafrechtlicher Begriff; und im Strafrecht sollte er bleiben. Der Wille zu bestrafen setzt voraus, daß die Strafe durchsetzbar ist. Wenn das nicht der Fall ist, bleibt das Ganze ein Windei.

Zinner

Sie mögen ja Recht haben, Herr Pauls. Aber es ist auch eine Realität, daß unser Präsident, sei es nun rational oder irrational, der Meinung war, wir müßten diese Verbrecher bestrafen. Mit dieser Realität müssen wir fertig werden, gleichgültig ob wir das für schlecht oder gut, rational oder irrational halten. Das Problem ist nun einmal auf den Tisch gelegt worden.

Wettig

Was ich kritisiere ist, daß der Politik der Sanktionen, für die Carter nach Afghanistan Solidarität gefordert hat, kein zusammenhängendes, kein irgendwie überzeugendes Konzept zugrunde lag. Die von der Carter-Administration eingeleiteten Maßnahmen tangierten nicht allein die westeuropäischen Interessen in negativer Weise. Zugleich war überhaupt nicht zu sehen, daß ein rationales Ziel - etwas, das sich mit den geforderten Mühen und Opfern denkbarerweise erreichen lassen würde - gesetzt war. Sie haben meines Erachtens nur allzu recht, Herr Zinner, wenn Sie von der Ohnmacht und der Emotion sprechen, welche die amerikanische Reaktion auf Afghanistan kennzeichneten. Das aber betrachte ich als ein unpolitisches Verhalten, und da liegt meiner Ansicht nach der eigentliche Grund für den europäischen Widerstand gegen Carter.

Auf diese Weise hat Carter der Sowjetunion einen höchstwillkommenen Bonus verschafft, nämlich eine Uneinigkeit im westlichen Bündnis. Die Geschlossenheit der NATO und die zunächst vorhandene Übereinstimmung mit den Staaten der Dritten Welt sind durch die unüberlegten amerikanischen Sanktionen und die dadurch hervorgerufenen Auseinandersetzungen weitgehend zunichte gemacht worden. Damit ist gerade das abgeschwächt worden, was die UdSSR als größtenteils unerwartete Folge von Afghanistan am stärksten beeindruckt hatte.

Ritter

Beide Referenten haben ihre Lagebeurteilung im Resultat mit den Kriterien Optimismus oder Pessimismus verbunden. Obwohl ich dies nicht für analyserelevante Begriffe halte, möchte ich hierzu eine Definition dieser Begriffe von Edward Teller anbieten. Danach "ist der Pessimist jemand, der immer recht behält, daran aber keine Freude hat, während der Optimist glaubt, daß die Entwicklungen offen sind, und darin eine sinnvolle Verantwortung sieht". In diesem Sinne halte ich mich auf Seiten des Optimismus.

Zunächst: Ich stimme Herrn Senghaas generell zu, wenn er sagt, daß - gemessen an der großen Debatte Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre - wir heute keine tiefer an die Wurzeln gehende Krise haben. Wir sollten die derzeitige Krise nicht untunlich dramatisieren. Gleichwohl können wir die damals anstehenden Probleme nicht zum Maßstab für das Gewicht und das Ausmaß der gegenwärtigen Krise machen. Seinerzeit ging es im wesentlichen um ordnungspolitische Kontroversen, das heißt um die Frage, wie sich das westliche "System" im Visavis zum östlichen intern formierte.

Der sogenannte Kalte Krieg war indessen nicht nur eine Zuspitzung des System-Antagonismus, der von übertriebenen Feindbildern beherrscht wurde. Er stellte auch eine Methode der Stabilisierung dar in einer Zeit, in der es übrigens beiden Seiten - primär um inner-systemare Konsolidierung und nicht um intersystemare Bewegungen ging. So war die Junktim-Politik Adenauers unter anderem ein Instrument, um die Kontrolle über die politischen Prioritäten zu behalten. Konsolidierung der Integration im Westen europäisch und atlantisch - hatte Vorrang vor Ost-West-Ausgleich oder "Koexistenz". Mit Bezug auf die innerdeutschen Beziehungen hatte auch bei Adenauer die Erleichterung der menschlichen Verhältnisse und Beziehungen Vorrang vor der Wiedervereinigungsfrage. Insoweit gibt es jedenfalls keinen prinzipiellen Unterschied zur sogenannten "neuen Ostpolitik".

Die gegenwärtige Krise des westlichen Bündnisses im Verhältnis zum Osten ist meiner Ansicht nach vor allem konzeptioneller Natur. Dabei geht es um die Frage prioritärer Interessen, wie und wo sie gemeinsam zu wahren sind, wo Arbeitsteilung möglich und nicht kontraproduktiv ist.

Herr Smyser hat zu Recht darauf hingewiesen, daß es diesen konzeptionellen Konflikt zu Beginn der sogenannten "Politik der Bewegung" - zu denken ist etwa an den Zeitpunkt der Friedensnote von 1966 - noch nicht gegeben hat. Die neue Ostpolitik bahnte sich erst langsam an in Korrespondenz zu Bemühungen der Supermächte um Rüstungskontrolle. Das Entspannungskonzept kommt erst Ende der 60er Jahre zum Durchbruch und führt seitens der USA Anfang der 70er Jahre unter Nixon/Kissinger zu einem gewissen Erfolg. Das war damals indessen ein breit angelegtes Konzept, in dem die Bemühung um Stabilisierung der strategischen Relation einherging mit einem breiten Kooperationsansatz im wirtschaftlichen Bereich.

Ein mehr oder weniger versteckter Dissens war aber in der Parallelität der Detente-Politik der Supermächte einerseits und der europäischen Nationen, insbesondere der Bundesrepublik, andererseits schon vorhanden, als die Normalisierungs- oder Entspannungspolitik der deutschen Seite das Junktim Adenauers nicht nur auflöste, sondern - und das ist das eigentlich Neue dieser Ostpolitik - umkehrte: Vorher war Bedingung, daß die Deutschlandfrage nicht überfahren werden dürfe, wenn allgemeine Ost-West-Verständigung zum Zuge komme. Diese Koppelung diente als Regulativ für gemeinsames Vorgehen der westlichen Ostpolitik. Die neue Ostpolitik kehrte diesen Zusammenhang praktisch um: Ost-West-Verständigung einschließlich Rüstungskontrollpolitik wird zur Rahmenbedingung oder auch zum Vehikel für eine Politik der Normalisierung innerdeutscher Beziehungen, die sich mehr auf die Auflockerung der Systemgrenze denn auf die Frage der Staatsgrenze, das heißt auf die Wiedervereinigungsfrage konzentriert.

Der Architektur der Detente-Politik des Westens unterlagen so unterschiedliche Zielsetzungen: bei uns Dynamisierung im Sinne einer Status-quo-plus-Politik, auf Seiten der Amerikaner, für die die Stabilisierung der strategischen Balance zentral war, die Konsolidierung des Status quo, das heißt die Reduzierung der deutschen Frage auf eine Normalisierung der innerdeutschen Beziehungen - dies zugleich mit der Erwartung eines positiven spin-off-Effekts im Gesamtverhältnis von Ost und West. Dieser Dissens bestand mehr oder weniger sichtbar von Anfang an. Er wird nun zunehmend prekär - nicht erst, aber vor allem in der Folge der Doppelkrise Iran/Afghanistan und auch anderer Hypothesen, die inzwischen auf der Entspannungspolitik lasten.

Mertes

Wobei die Amerikaner die Bonner Politik selbst gestützt haben.

Ritter

Ja. Das zunächst breit angelegte Detente-Konzept der Amerikaner ist dann weggebrochen in der Phase nach Watergate, als der Senat dem Weißen Haus permanent die Zustimmung versagte. Schließlich blieb arms control ein Restposten, entblößt von allen anderen Kooperationselementen. Hier liegt ein Verschulden der Amerikaner gegenüber dem Detente-Versuch - wenn das Wort Schuld in solchem Zusammenhang überhaupt angebracht ist. Der breite Detente-Ansatz, den Nixon/Kissinger zunächst verfolgt haben, ist deshalb in seiner Wirksamkeit bis heute weder widerlegt noch bewiesen. Wir werden indessen die Frage erörtern müssen, ob man einen solchen Ansatz nicht noch einmal aufgreifen und neu konzipieren müßte. Wenn man auf Rüstungskontrolle isoliert setzt, wird man wahrscheinlich elend steckenbleiben. Allerdings gibt es für einen breiteren Ansatz derzeit wohl kaum eine "Konjunktur" dies sowohl im Hinblick auf den augenblicklichen Zustand im Kreml wie mit Blick auf die Irritationen in den USA, die einen entsprechend nationalen tragfähigen Konsens kaum zulassen.

Die Amerikaner, Herr Mertes, haben seinerzeit gutgeheißen, daß wir diese durchaus ambivalent gemeinte Politik betrieben. Es galt, daß die neue Ostpolitik den deutschen Realismus beweise und die

Bereitschaft zeige, auf dem Status quo in pragmatischer Weise aufzubauen. Andererseits wurde ja nicht verschwiegen, daß dies die beste Deutschlandpolitik auch im Sinne der Verfassung sei, weil sie die Immobilität überwinde und in kleinen empirischen Schritten wenigstens zu einer Normalisierung beitrage, deren Ziel oder Perspektive auch im Grundlagenvertrag bewußt offenblieb.

Nun kommen die Amerikaner und erwarten von uns, daß wir den Weg bis zu einem gewissen Grade zurückgehen und das, was sich in dem Rumtopf der Normalisierung so langsam angesammelt hat - wenn da auch noch nicht so sehr viel drin ist;- , taktisch zur Sicherung einer anderen Priorität ausgeben. Gewiß gibt es hier auch gemeinsames Interesse: Die Amerikaner sind ja auch daran interessiert, daß sich die deutsche Teilung normalisiert (nur meinen sie das etwas anders), und wir sind daran interessiert, daß den Sowjets klargemacht wird, daß sie in Afghanistan den Rubikon zu beachtender Verhaltensregeln überschritten haben. Das darf ja nicht nur verbal deutlich werden, wenn unsere Instrumente auch nicht ausreichen, um diesen sowjetischen Schritt rückgängig zu machen. Was wir uns fragen müssen, ist jedoch: Was können wir mit welchen Mitteln gemeinsam oder in Arbeitsteilung tun, welches gemeinsame Konzept soll für unser Krisenmanagement gelten, und was sind dann hier die Prioritäten.

Sommer

Ich halte fest, Herr Ritter, daß beide Supermächte während der 70er Jahre Entspannung gewollt und praktiziert haben. Der amerikanische Nachdruck lag auf Rüstungskontrolle, der deutsche auf Normalisierung der Teilung.

Wichtig erscheint mir, daß der Entspannungsprozeß in Europa für uns handfeste und positive Folgen gehabt hat. Dies sollten wir bewahren und nicht als Spielchip auf einem ganz anderen Roulette-Tisch, nämlich dem der globalen Herausforderung, einsetzen.

Dabei steht im Hintergrund die Frage: Dürfen die Amerikaner die europäischen Détente-Früchte jetzt wieder zur Disposition stellen? Müßten die Europäer nicht andererseits wünschen, daß die Rüstungskontrolle weitergeht, selbst dann, wenn die Amerikaner kein Interesse mehr daran haben?

Bender

Sie sagten, Herr Schmid, die Systeme seien grundsätzlich antithetisch. Das traf in den 50er Jahren zweifellos zu. Aber sehen Sie sich doch heute einmal an, was in Osteuropa die Sowjetunion lasse ich einmal außen vor - vom System, von der Ideologie bestimmt wird und was von Pragmatismus und Zynismus.

Schmid

Im Vergleich Washington und Moskau würde ich die systembedingte ideologische und sozio-ökonomische Grundstruktur sehr wohl als antithetisch bezeichnen.

Bender

In den 50er Jahren waren in der Tat alle der Überzeugung, es gehe um eine globale Auseinandersetzung zwischen Freiheit und Diktatur, zwischen Sozialismus und Kapitalismus, zwischen Gut und Böse, wie immer man das genannt hat. Man hatte die Vorstellung, hier gehe es um einen Kampf, der entschieden werden müsse; der eine oder der andere werde gewinnen; das eine oder das andere System werde die Welt beherrschen. Diese Zeit hatte wirklich etwas von einem Glaubenskrieg an sich. Das galt wohl auf beiden Seiten. Damals war überhaupt keine Frage, ob wir uns in einer Krise den Amerikanern anschließen. Da gab es höchstens taktische Probleme.

Was wir angesichts der gegenwärtigen Krise sehen müssen - und insofern haben wir es mit einer neuen Situation zu tun -: Es ist der erste Ost-West-Konflikt, der die Bündnisse nicht eint, sondern auseinandertreibt. Obwohl die Amerikaner nicht mehr genauso wie in den 50er Jahren denken, neigen sie doch noch sehr viel stärker als die Europäer dazu, die Ost-West-Auseinandersetzung für einen globalen Kampf zweier Prinzipien zu halten. Und wenn die Europäer dabei nicht mitmachen, halten die Amerikaner das natürlich für politische Wehrdienstverweigerung.

Aus europäischer Sicht sehen die Dinge ganz anders aus. Wir sagen, es geht nicht mehr darum, daß die eine oder die andere Seite die Welt beherrscht. Nach unserer Einschätzung stehen sich hier zwei Großmächte als Rivalen gegenüber, wie das in der Geschichte zu allen Zeiten der Fall gewesen ist; das ist ein normaler Konflikt, der heute natürlich ideologisch verkleistert wird.

Aber auch auf der östlichen Seite wird der Sowjetunion zum ersten Mal mehr oder minder die Gefolgschaft verweigert. Als man in Prag einmarschierte, waren daran wenigstens noch die Staatsführungen interessiert. An Afghanistan ist in Osteuropa niemand außerhalb der Sowjetunion interessiert.

Hier ist etwas Realität geworden, was wir immer angestrebt haben: Es gibt Europa wieder als eine politische Größe. Hinter der globalen Ost-West-Struktur, die die Großmächte bilden, scheint jetzt eine zweite, wenn auch schwächere Struktur auf, die von den Europäern im engeren Sinne repräsentiert wird. Das ist etwas ganz Neues. Wir haben das ja im deutsch-deutschen Verhältnis erlebt, wo es normalerweise am meisten aufeinanderkrachte.

Das Verhältnis Moskau-Washington ist so schlecht wie seit 18 Jahren nicht. Das Verhältnis Bonn-Ostberlin ist so gut wie nie zuvor. Diese Überlegung kann man auch für die übrigen Europäer anstellen.

Bertram

Warum ist das so?

Bender

Das liegt zunächst am Prozeß der sogenannten "Entideologisierung". Das Hauptproblem der osteuropäischen Länder, die ganz normale Staaten sind, liegt in der Überwindung ihrer sozialökonomischen Rückständigkeit. Dafür brauchen sie die Zusammenarbeit mit Westeuropa. Dies verbindet Führungen wie Völker in Osteuropa in einem Maße, daß sie jetzt weit stärker nach Westeuropa drängen, als wir das für möglich gehalten haben.

Sommer

Wollen Sie damit sagen, daß die Westeuropäer auch deshalb ein Interesse am Fortgang der Entspannung haben, um den Osteuropäern diesen Spielraum zu erhalten?

Bender

Diese Überlegung spielt bei uns leider eine sehr viel geringere Rolle, als sie es tun sollte.

Herr Zinner sagte, die Amerikaner hätten von der Entspannung wenig gehabt, außer der Ruhe in Zentraleuropa - wir dagegen hätten sehr viel davon gehabt. Ich fand es bezeichnend, Herr Smyser, daß Sie sagten: Etwa Mitte der 70er Jahre habe die Post-Detente-Zeit angefangen. Ja, wieso? Für Sie! Aber nicht für uns. Für uns in Europa beginnt die Detente-Zeit jetzt überhaupt erst richtig, um dieses Europa, das wir einigermaßen mühsam im KSZE-Rahmen zusammengebracht haben, nicht wieder auseinanderfallen zu lassen. Wir müssen im Hinblick auf die Entspannung doppelt soviel tun, um uns gegen die Unberechenbarkeit beider Großmächte abzuschirmen - gegen beide wohlgemerkt.

Bondy

Man hat hier ironisch lächelnd den Begriff "Strafen" zurückgewiesen. Da möchte ich doch die Frage stellen: Wie war es denn, als damals Südkorea angegriffen wurde? Ob man das nun Strafe oder sonstwie nannte, es gab immerhin einen weltweiten Konsens, jene Aggression um jeden Preis zurückzuweisen. Bei Afghanistan gibt es diesen Konsens nicht. Sind die Ereignisse dort moralisch so verschieden zu bewerten? Und wenn nicht, warum verhält man sich dann anders?

Im Ersten Weltkrieg rief man: „Hang the Kaiser“, und die Demokratie kam ohne eine gewisse Emotionalisierung und ein gewisses Pathos noch weniger aus als andere Regime. Der Zweite Weltkrieg endete mit einem strafrechtlichen Prozeß. Es ist also nicht ganz so absurd, Politik mit Strafe zusammenzubringen - abgesehen davon bedeutet das Englische to strafe einfach bombardieren.

Die Entspannung, Peter Bender, begann kurz nach der Besetzung der Tschechoslowakei. Das Land ist heute noch besetzt; es ist in seiner Kultur und Politik expropriert. Wenn man von den osteuropäischen Regierungen redet, als hätten sie nur wirtschaftliche, soziale und gemeinsame europäische Interessen, so übergeht man damit das Problem der unpopulären Regierungen, die von außen an der Macht gehalten werden und die nur daran interessiert sind, an dieser Macht zu bleiben - ohne den Konsens ihrer Völker. Es handelt sich dabei um ein Sonderproblem, das man nicht länger in einer allgemeinen europäischen Harmonisierung unter den Tisch kehren darf, wie man es mit Prag überhaupt tut.

Schließlich: Es gibt ja nicht nur die NATO. John Foster Dulles hat recht unglücklich an vielen Pakten gebastelt und nicht nur die NATO, sondern auch den SEATO-Pakt und andere Bündnisse zustande gebracht. Warum hat die NATO funktioniert, Herr Bindschedler? Ausnahmsweise stimme ich in dem Punkt nicht mit Ihnen überein. Von innen her, ohne Zutun der Russen, sind bestimmte Interessensphären explodiert: in Iran, in Nicaragua. Pakte haben allein mit Militärlieferungen diese Gebiete nicht nur nicht stabilisiert, sondern eher destabilisiert.

Wie anders Westeuropa! Die drei Diktaturen in unserem Bereich - Griechenland, Spanien, Portugal - sind gestürzt. Alle Demokratien haben sich mehr oder weniger gut gehalten. Wir haben zwischen Amerika und Westeuropa eine demokratische Gemeinschaft, die recht stabil ist. In anderen Teilen der Welt ist das nicht so. Die Gründe, warum diese Teile der Welt explodieren, liegen nicht nur im sowjetischen Machtstreben oder in der kommunistischen Ideologie. Wir wissen dies für Fälle wie Iran und andere.

Brinkhorst

Sie fragen, Herr Bondy, warum Südkorea und Afghanistan so unterschiedliche Reaktionen hervorgerufen haben. Die Antwort ist: Weil sich die Welt in den letzten 30 Jahren sehr verändert hat und komplizierter geworden ist. Damals gab es zum Beispiel die Konfrontation zwischen Amerika und China. Heute besteht zwar kein politisches oder juristisches, aber doch so etwas wie ein faktisches Bündnis zwischen China und den Vereinigten Staaten.

Deshalb ist für mich die Analyse von Christoph Bertram durchaus akzeptabel. Die Allianz ist zwar noch immer genauso wichtig wie früher, aber der Kontext hat sich wesentlich verändert. Sowohl auf amerikanischer wie auch auf europäischer Seite gibt es neue Problemstellungen, und nur wenn beide Seiten dies anerkennen, kann die Allianz weiterbestehen. Ich erwähnte die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu China. Man kann nicht auf der einen Seite die Multipolarität gutheißen und als das neue Weltmodell der Zukunft preisen und sich dann auf der anderen Seite so verhalten, als ob es noch eine Bipolarität gäbe, die alle Beziehungen bestimmt.

Nicht nur in Afghanistan und in Iran haben sich die Vereinigten Staaten machtlos gefühlt. Viel wesentlicher ist zum Beispiel die Machtlosigkeit der Amerikaner gegenüber dem Dollarverfall. Vor einigen Monaten stieg die Inflationsrate auf 20 Prozent, verbunden mit einem starken Kursverfall des Dollars. Das sind wichtige Strukturelemente in den Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa, die Konsequenzen haben müssen.

Was die Frage "global" oder "regional" angeht, Herr Zinner, so hat Kissinger 1973 die Ansicht vertreten, die Amerikaner hätten globale, die Europäer jedoch nur regionale Interessen. Das ist schlichtweg falsch. Auch wir Europäer haben sehr wichtige globale Interessen, die allerdings auf andere Weise vertreten werden. So haben wir ein Globalabkommen mit 58 AKP-Ländern in Lomé abgeschlossen. Da geht es um wirtschaftliche Interessen. Es gibt die ASEAN-Beziehung. Warum reagieren wir in der Mittel-Ost-Frage anders? Weil es dort für uns wesentliche Interessen nicht-regionaler Art gibt. Das heißt: Solange man alle Beziehungen in der Welt auf die eine Ost-West-Linie zurückschrauben will, wird es in der Allianz auch in Zukunft gravierende Spannungen geben.

Was hier zum Nord-Süd-Problem gesagt wurde, habe ich nicht recht verstanden. Geht es dabei um die Frage, ob wir als Norden eine gewisse Verantwortung haben, um die Kluft zwischen Nord und Süd zu überbrücken? Diese Frage würde ich bejahen. Doch zugleich stelle ich fest, daß die Rüstung in den letzten zehn Jahren sowohl auf östlicher wie auf westlicher Seite gesteigert wurde - auf östlicher Seite weit mehr als auf westlicher;-, die Strukturhilfe in der Nord-Süd-Relation dagegen, die für die Weltpolitik wirklich stabilisierend sein könnte, ist erheblich zurückgegangen. Das gilt auch für den Beitrag der Vereinigten Staaten.

Summa summarum: Wenn man von globaler und regionaler Politik spricht, kann man dies natürlich auch mit einer gewissen Arbeitsteilung zwischen den Vereinigten Staaten und Europa verbinden, vor allem wenn man bedenkt, daß wir keine militärische Position außerhalb Europas haben. Andererseits ist jedoch der Beitrag, der einer Stabilisierung in der Dritten Welt dient, genauso wichtig für die Stabilität in den 80er Jahren wie ein militärisches Eingreifen am Persischen Golf oder in Iran. Vielleicht ist es sogar noch wichtiger.

von zur Gathen

Herr Mertes sagte, während wir uns früher auf "intentions and capabilities" geeinigt haben, fehle es uns heute an langfristigen Bedrohungsanalysen. Nun, die NATO-Intelligence-Community erstellt jedes Jahr ein Papier, in dem nicht nur die "intentions and capabilities", sondern auch die "soviet objectives"

angeführt sind. Diese Analyse wird an die Auswärtigen Ämter der NATO-Staaten geliefert und gemeinsam verabschiedet. Die Frage ist nur, was man damit anschließend in den nationalen Hauptquartieren anfängt.

In dem Zusammenhang noch ein Wort zur NATO-Bürokratie. Man sollte zu ihrer Rechtfertigung sagen, daß die Möglichkeit, solche Probleme anzugehen, entscheidend mit dem Wandel der politischen Einflüsse in den Hauptquartieren zu tun hat. Ich hatte 1972 in der NATO zu untersuchen, ob eine langfristige militärisch-strategische Planung möglich sei. Eine Tour d'horizon durch alle NATO-Länder ließ das Bemühen als hoffnungslos erscheinen. Die unterschiedlichen politischen Auffassungen machten eine solche langfristige strategische Analyse unmöglich. Wenn das auch heute noch der Fall ist, dann fragt sich, was Bürokratien anderes tun können, als Weisungen von Regierungen auszuführen. Dann wäre es besser, Gruppen zu schaffen, die gewissermaßen freischwebend diskutieren, in der Hoffnung, daß dies später politisch abgesichert wird.

Entscheidend ist die Bedrohungsanalyse. In dieser Hinsicht ist offenkundig, daß im westlichen Bündnis reale Bedrohung und Wahrnehmung der Bedrohung auseinanderfallen. Das zeigt sich sowohl innerhalb Westeuropas als auch zwischen Europa und Amerika.

So wurde in einer Studie des sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr kürzlich erstaunlicherweise festgestellt, daß sich das Bedrohungsbewußtsein der bundesdeutschen Bevölkerung nach Afghanistan nicht verändert hat, während sich das der amerikanischen Bevölkerung erhöht hat. Aufgrund der geopolitischen Gegebenheiten müßte es an sich genau umgekehrt sein; denn die Amerikaner sind doch wohl nicht so bedroht wie die Europäer.

Sommer

Ich weiß nicht, ob das Institut, das Sie nannten, eine gute Adresse ist. Ich weiß nur, daß Meinungsforschungsinstitute wie Allensbach und Emnid festgestellt haben, daß die Kriegsangst in unserem Lande enorm gestiegen ist. Das hat doch wohl auch etwas mit Bedrohungsvorstellungen zu tun. Es war übrigens nicht die Angst vor einem Angriff in Europa. Da hat sich die Bevölkerung ganz rational gesagt: Was in Kabul geschehen ist, kann bei uns nicht passieren, weil wir unter dem Schutz des nuklearen Abschreckungspotentials der NATO und der Amerikaner stehen.

von zur Gathen

Ich habe nur aus dieser Studie zitiert; andere sind mir nicht bekannt.

Welche Konsequenzen ziehen wir aus diesem Bedrohungsgefühl? Da gibt es im wesentlichen zwei Strömungen. Die einen argumentieren, die Bedrohung sei so groß, daß eh nichts zu machen sei. Dieses Gefühl der Omnipotenz der anderen Seite führt dann zur Frustration. Die anderen sagen, es handele sich gar nicht um eine Bedrohung. Letztlich sei innerhalb des Warschauer Pakts ein Prozeß der Erosion eingetreten; die Bedrohung sei also nur ein Hirngespinnst bestimmter Leute. Die Konsequenzen sind in beiden Fällen gleich.

Das eigentliche Problem im westlichen Bündnis scheint mir also darin zu bestehen, wie wir eine im Ansatz übereinstimmende Analyse zustande bringen, aus der die Faktoren deutlich werden, die für das eigene Sicherheitsgefühl wichtig sind. Denn wir brauchen die Unterstützung der Bevölkerung.

Sommer

Sind dafür die Vorstellungen der Bevölkerung so wichtig? Gehen da nicht schon die Meinungen der Experten auseinander?

Bertram

Für die Europäer ist Afghanistan allzu leicht eine begrenzte Maßnahme, die für die globale Beziehung nur deswegen relevant geworden ist, weil die Amerikaner sich derart darüber aufgeregt haben. Für die Amerikaner dagegen bedeutet Afghanistan eine globale Gefährdung dessen, was sie unter Sicherheit verstehen. Hier besteht in der Tat eine Diskrepanz, ohne daß in dieser Krise versucht wurde, einen Konsens darüber zustande zu bringen.

Die Frage, die sich mir stellt, ist: Wenn es diese grundsätzlichen Unterschiede in der Beurteilung der Entspannung tatsächlich gibt, beeinträchtigt das die Fähigkeit der Allianz, gemeinsam zu operieren, so daß man hier nicht mehr von gemeinsamer Politik sprechen kann?

Bender

Wir haben es mit einer veränderten Art der Bedrohung zu tun. Die normale Bedrohung, mit der wir 30 Jahre gerechnet haben, war, daß die Russen entweder über uns herfallen oder uns stark unter Druck setzen. Die neue Gefahr besteht darin, daß sich die beiden Großmächte in der Dritten Welt wider Willen in einen Konflikt verwickeln, den sie nicht mehr unter Kontrolle halten können. Das war die Sorge in der Doppelkrise um Afghanistan und Iran. So wurde die Situation in weiten Teilen Westeuropas eingeschätzt, auch an höchster Stelle. Das scheint ebenso für Osteuropa zu gelten.

Diese neue Gefahr verlangt andere Konsequenzen, nämlich den Versuch, irgendwie auf die Großmächte einzuwirken, damit sie sich mäßigen und nicht noch mehr rüsten.

Pawelczyk

Wir hätten sehr schnell zu einem Konsens kommen können, wenn das Vorgehen in der Afghanistan-Krise auf verteidigungspolitische Maßnahmen ausgerichtet worden wäre. Was die Übereinstimmung erschwert hat, war der Katalog jener vielen möglichen und unmöglichen Maßnahmen, der in der ersten Aufregung vorschnell angekündigt wurde.

Sommer

Gleichzeitig ist bei uns die Aufstockung des Verteidigungsetats nach Afghanistan glatt über die Bühne gegangen. Die Frage ist: Hätten wir für die regionale Bedrohung in und um Afghanistan mehr tun müssen?

von zur Gathen

Entscheidend ist, ob wir eine übereinstimmende Analyse zustande bringen, die von der Bevölkerung in Westeuropa und in den USA gemeinsam getragen wird. Wenn wir in diesem Punkt keinen Minimalkonsens erreichen, wird uns auch die Therapie nicht gelingen.

Mertes

Die gesamte Sicherheitspolitik gerät durcheinander, wenn wir keine gemeinsame Bedrohungsanalyse zuwege bringen.

Haftendorn

Ich sehe im europäisch-amerikanischen Verhältnis drei Kernpunkte. Herr Ritter sprach von der Normalisierung der deutschen Frage"; ich ziehe die Formulierung "Entaktualisierung der deutschen Frage" vor.

In der ersten Hälfte der 70er Jahre bestand eine Parallelität der Interessen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa, die dazu führte, daß die Entaktualisierung der deutschen Frage ein stabilisierender Faktor in den europäisch-amerikanischen Beziehungen wurde. Zugleich lag darin aber der Keim für eine Destabilisierung, weil dies zu einer Verlagerung der politischen Prioritäten führte. Während die Europäer diesem Punkt weiterhin ein sehr großes Interesse beimessen, ist er für die USA viel weniger aktuell. Das schafft Friktionen.

Eine weitere Friktionsmöglichkeit besteht in der veränderten Rolle der Bundesrepublik, die mit der Entaktualisierung der deutschen Frage an Handlungsspielraum gegenüber der DDR, gegenüber den osteuropäischen Staaten überhaupt, gewonnen hat. Sie ist damit auch aus ihrer Rolle als Juniorpartner der USA herausgewachsen. Das hat wiederum im europäisch-amerikanischen Verhältnis Fragen aufgeworfen. Es begann mit Kissingers "year of Europe"; ähnliche Bemühungen sehen wir in der Gegenwart.

Herr Smyser ist auf die amerikanische Präsenz in Westeuropa eingegangen. Gegenwärtig sehe ich darin einen stabilisierenden Faktor für die europäisch-amerikanischen Beziehungen. Dabei ist darauf zu achten, daß durch die aktuellen Verhandlungsvorschläge keine neuen Spannungsmomente entstehen. Andere Spannungsmomente hängen mit der inneramerikanischen Diskussion zusammen, mit dem Argument der Amerikaner: "Wenn ihr nicht bereit seid, unsere Interessen da oder dort zu verteidigen, wieso sollen wir dann eure Interessen in Europa verteidigen?"

Die Präsenz der Amerikaner in Europa hängt mit der Entaktualisierung der deutschen Frage zusammen und hat sowohl stabilisierende als auch destabilisierende Wirkungen. Ich erwähne nur das NATO-Kommuniqué von Ankara. Dabei ist für mich der Hinweis bemerkenswert, daß die Vertragspolitik zu einer Verbesserung der Lage in Europa geführt habe, während gleichzeitig an die Rechte und Pflichten der vier Mächte für Deutschland erinnert wird. Schließlich werden, was vielen

Probleme bereitet, die Ziele der Bundesrepublik Deutschland erwähnt, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Da stellt sich doch die Frage, ob wir langfristig von der Entaktualisierung der deutschen Frage ausgehen können.

Ein dritter Faktor betrifft die Wirtschafts-, Währungs- und Rohstoffpolitik. Wir sollten nicht vergessen, daß hier auch einer der Friktionspunkte im europäisch-amerikanischen Verhältnis liegt. Wenn wir in eine Rezession hineingeraten, werden wir das sehr schnell merken. 1977 gab es die Krise im Nukleargeschäft, die ebenfalls Auswirkungen auf das Verhältnis der Bundesrepublik zu den USA hatte.

In einem Punkt bin ich nicht so sicher, Herr Bertram, ob nämlich die amerikanische Führungsrolle ein für allemal dahin ist. Amerika hätte durchaus die innere Dynamik, Führungsfunktionen wieder wahrzunehmen, allerdings in einer gewandelten Form. Das aus zwei Gründen. Zum einen sind die Vereinigten Staaten heute in einem höheren Maße von anderen Ländern abhängig, als sie es früher waren. Die Abhängigkeit schafft Verantwortlichkeiten, die früher in dieser Form nicht bestanden. Zum anderen ist in Europa gegenüber Anfang der 60er Jahre ein anderes Selbstbewußtsein entstanden. In den 60er Jahren konnten die Amerikaner Nassau (die Stornierung des Skybolt-Projektes) gegenüber Großbritannien durchsetzen; Frankreich konnte seinen Rückzug aus der NATO erklären. Derartige Möglichkeiten sind heute nicht mehr gegeben. Wir müssen Kompromisse finden, wie unschön sie auch sein mögen; dafür ist es notwendig, unsere Konsultationen und Abstimmungsmechanismen zu verbessern.

Sommer

Über eines sollten wir uns im klaren sein: Wir klagen heute über das Fehlen des amerikanischen Führungswillens. Wir werden genauso klagen, wenn er wieder auftaucht - vor allem, wenn er von Mister Reagan ausgeübt wird.

Däniker

Die gegenwärtige Krise gibt meiner Meinung nach einen Vorgeschmack für das, was auf das Verhältnis USA-Europa noch zukommt. Das betrifft einmal die Frage, wie sich Europa und die USA in einer Situation zurechtfinden, die von verringerter Entspannung gekennzeichnet ist. Zum anderen aber wird Europa nicht darum herumkommen, in absehbarer Zeit zu globalen, also außereuropäischen Fragen Stellung zu nehmen.

Dazu nur einige Anhaltspunkte. Erstens: Wir kennen alle die sowjetischen Möglichkeiten, global zu intervenieren, nicht nur politisch, sondern heute auch militärisch. Zweitens sehen wir in der Dritten Welt eine Unruhe, die aus einzelnen regionalen und nationalen Problemen entstanden ist, die aber für Europa relevant wird, weil Instabilitäten, die beispielsweise unsere Rohstoff- und Energieversorgung betreffen, auf uns zurückschlagen.

Dabei ist weiter zu bedenken: Der Süden ist kein machtloses Konglomerat von Staaten mehr, sondern verfügt heute über Instrumente, etwa in Form des Terrorismus, einer militanten Form der indirekten Kriegsführung, die es früher nicht gegeben hat. Erpressung und Sabotage sind in einem Maße möglich geworden, daß auch praktisch mittellose Kleinstaaten zurückschlagen können, die dazu früher nicht in der Lage waren.

Der dritte Punkt betrifft die schon beklagte Schwäche der USA; zum einen in militärischer Hinsicht. Da hieß es von seiten der Amerikaner: Wir können in der Arabischen See nicht eingreifen, weil es uns an einer geeigneten Einsatztruppe fehlt, die wir erst aufbauen müssen, was zwei Jahre dauert. Eine ähnliche Schwäche zeigt sich aber auch in den Ungeschicklichkeiten der Amerikaner gegenüber den Ländern der Dritten Welt. Die Kumulierung der Schwächen ist eine Quelle von Dissens, der in Zukunft noch weit über das hinausgehen wird, was wir in puncto Afghanistan erlebt haben.

Die Schlußfolgerung ist hier schon angeklungen: Wir müssen versuchen, ein gemeinsames contingency planning zu erarbeiten. Die Europäer sollten nicht von vornherein sagen: Das Bündnis läßt es nicht zu, außerhalb Europas einzugreifen. Vielleicht muß man neue Formen der Einflußnahme finden, die durchaus im Sinne einer Arbeitsteilung zwischen Westeuropa und Amerika konzipiert werden können. Aber man muß sich gegenseitig auf diese Problematik einstimmen und miteinander darüber diskutieren. Sonst sind die Rückwirkungen auf Europa unvermeidlich.

Sommer

Wie weit würden Sie denn bei dieser Einflußnahme Europas auf außereuropäische Vorgänge gehen?

Däniker

Ich denke etwa an die wirtschaftlichen Interessen, die die europäischen Länder in den verschiedenen Kontinenten haben, nicht zu vergessen den Nahen Osten, also die Ölversorgung. Zumindest bei gewissen Schwerpunkten müßte das eine Rolle spielen.

Pawelczyk

Bei außermilitärischen Mitteln ist die Bereitschaft doch vorhanden.

Sommer

Das ist meine Frage: Beziehen Sie militärische Mittel mit ein, oder verweisen Sie Europa auf Wirtschaft und Politik, wie wir es zum Beispiel mit ASEAN, mit dem Lomé-Abkommen und in mancher anderen Hinsicht machen?

Däniker

Auch wenn man sich, was militärische Interventionen angeht, vorsichtig ausdrücken muß: Es ist doch eine Tatsache, daß sich die Franzosen neuerdings überlegen, wie sie ihre Interventionsstreitkräfte verstärken können; die sogenannte "division pétrolaire" gibt es bereits, zumindest ist sie im Aufbau begriffen. Die Engländer haben angekündigt, sie trügen sich wieder mit dem Gedanken, stärkere Interventionsstreitkräfte für Übersee bereitzustellen. Das bedeutet doch, daß man der amerikanischen Protektion im außereuropäischen Bereich nicht recht traut und nach Möglichkeiten sucht, selbst aktiv zu werden, obwohl diese Möglichkeiten natürlich außerordentlich beschränkt sind.

Sommer

Das ist sehr die Frage, ob man den amerikanischen Fähigkeiten mißtraut oder ob man vielmehr meint, Amerika einen Obolus schuldig zu sein, um Solidarität zu beweisen.

Altmann

Seit über einem Jahrzehnt nehmen die Vereinigten Staaten am Gemeinsamen Markt der Europäer keinen Anteil; seit Kennedy zeigen sie sich daran gar nicht mehr interessiert. Es ist auf die Dauer ein unmöglicher Tatbestand, daß die USA kein Interesse mehr an einer Integration Europas haben. Auf der anderen Seite ist es unmöglich, daß die Europäer im Nahen Osten und an der Adria die Amerikaner nicht unterstützen.

Sicherheit verstehe ich nicht im Sinne der NATO, sondern als eine gemeinsame, solidarische Politik. Die Risse zeigen sich deutlich im Nahen Osten.

Daillet

Mit einer 20jährigen Verspätung, was allerdings nicht für die öffentliche Meinung gilt, hat unser Staatschef jetzt erklärt, Frankreich sei und bleibe ein treues Mitglied des westlichen Bündnisses. Gegenüber Deutschland und anderen Nachbarländern hat Giscard d'Estaing in der vorigen Woche in Paris gesagt: Frankreich sei um die Sicherheit seiner Nachbarländer besorgt und bemüht.

Das muß für Leute erstaunlich klingen, die zu lange geglaubt haben, Frankreich wolle eine neutrale Stellung in Europa einnehmen. Das war in Wirklichkeit nie der Fall. Aber - und aus diesem Grunde war ich lange Zeit in der Opposition - die offizielle französische Politik war eine Politik der Unabhängigkeit. Im Falle von Krisen, das hat man unter de Gaulle gesehen, ist Frankreich stets mit den Alliierten zusammengegangen. Denken Sie etwa an die Kuba-Krise oder an die Berlin-Krisen. Aber de Gaulle hat zweifellos lange Zeit eine seltsame Europa-Politik betrieben.

Seit sieben Jahren bin ich Mitglied des französischen Parlaments, und seit einigen Jahren gehöre ich der Generalversammlung der Allianz an. Vor zwei Jahren auf der Tagung des Atlantikrates in Lissabon wurde mir die politische und auch die technische Schwäche der Allianz so recht vor Augen geführt. Damals ging es um SALT II. Selbst die französischen Sozialisten - natürlich nicht die Kommunisten - haben dort mit uns gestimmt, um ein gewisses Mißtrauen zum Ausdruck zu bringen. Denn wir hatten kein Vertrauen in die Sowjetunion. Wir waren der Meinung, die Entspannung diene den Sowjets nur als Waffe.

Mertes

Das ist gar nicht so falsch.

Daillet

Als Frankreich damals aus der integrierten Organisation austrat - meiner Meinung nach eine bedauerliche Entscheidung;- , ist das falsch verstanden worden. Aus innenpolitischen Gründen ist derzeit ein Wiedereintritt nicht möglich. Es würde auch in der Sache kaum von großem Nutzen sein; denn alle unsere Generäle und Admirale äußern sich dahingehend, daß wir noch nie so viel mit den Alliierten kooperiert haben.

Auch die Amerikaner haben in der Vergangenheit gesehen, daß es gelegentlich durchaus von Nutzen sein konnte, wenn wir eine unabhängige Stellung einnahmen, und manches, was die Amerikaner selbst nicht tun konnten, vermochten wir zu bewerkstelligen.

Was die aktuelle Lage betrifft, so ist die französische öffentliche Meinung in den letzten 20 Jahren dem Bündnis und den europäischen Alliierten noch nie so nah gewesen wie heute. Das zeigte unter anderem die sehr ruhige und doch leidenschaftliche Debatte in den letzten sechs Monaten über die Verteidigungspolitik.

Welche Bedeutung ist dieser Tatsache beizumessen? Zunächst haben die Franzosen Kriegsangst. Alle Umfragen belegen das. Es bedeutet ferner, daß ein Tabu zerstört worden ist. Bisher hieß es stets, die französischen Atomstreitkräfte würden nur für Frankreich eingesetzt werden. Seit 1976 hat Giscard bei aller Vorsicht zunehmend deutlicher zum Ausdruck gebracht, daß die Sicherheit unseres Landes nur gemeinsam mit der Sicherheit Deutschlands zu verteidigen sei. Das hatte eine heftige Opposition eines Teils der Gaullisten zur Folge.

Neu und interessant ist indes, daß heute eine Mehrheit von ungefähr 65 bis 70 Prozent der Franzosen der These zustimmt, daß Frankreichs Unabhängigkeit und Sicherheit nur im Rahmen des Bündnisses gesichert werden kann und daß unsere Atomstreitkräfte deshalb für unsere Alliierten mit zur Verfügung stehen. Natürlich trifft der französische Staatschef nach wie vor allein die Entscheidung über den Einsatz dieser Waffen, aber dieser Entscheidung würde sehr wahrscheinlich eine Konsultation in der Allianz vorangehen.

Die Erklärung Giscard zur Neutronenbombe ist ebenfalls sehr interessant. Er hat eine mutige Stellungnahme dazu abgegeben. Dabei hätten seine Opponenten gerade in der gaullistischen Partei sich eher gegen die neue Waffe ausgesprochen, weil - wie sie sagten - der Einsatz der Neutronenbombe bedeuten würde, daß Frankreich in eine sogenannte Vorfeldschlacht mit einbezogen werden würde. Aber was bedeutet das heute? Wir alle stehen in vorderer Linie.

Ich meine, das ist eine interessante und wichtige politische Entwicklung, die sich in Frankreich abzeichnet. Die sowjetische Invasion in Afghanistan hat dabei eine große Rolle gespielt.

von Schubert

Es ist sicher nicht hinreichend, wenn wir Irritationen und Befindlichkeiten der transatlantischen Gefühlswelt als Hauptgegenstand der Debatte ansehen. Die Probleme liegen tiefer.

Die Afghanistan-Intervention der Sowjetunion und der Nachrüstungsbeschluß der NATO waren zwei Ereignisse innerhalb von vier Wochen, die vier Grundprobleme des Bündnisses deutlich gemacht haben. Die Fragen sind so alt wie der Beitritt der Bundesrepublik zur NATO.

Erstens geht es um eine Frage, die in der Debatte über den Nachrüstungsbeschluß sichtbar geworden ist: Wollen wir Sicherheit eher mit technischen oder eher mit politischen Mitteln erreichen? Ist Rüstungskontrolle, wie die Amerikaner eher sagen, ein Mittel der militärischen Sicherheit, oder, wie es die Europäer vorziehen, ein Mittel der Politik? Wenn wir zwischen Sicherheit und Politik unterscheiden, schieben wir die Sicherheitsproblematik auf das technische Gleis. Genau das ist im Nachrüstungsbeschluß als Problem aufgetaucht, und deshalb hat es in Europa die Aufregung gegeben. Die Unterscheidung ist fragwürdig, und deshalb müssen wir eine Strategiedebatte innerhalb des Bündnisses beginnen.

Zweitens: Afghanistan hat deutlich gemacht, daß wir in unserem Verhalten gegenüber der Sowjetunion unsicher sind. Das ist wiederum auch ein internes Bündnisproblem. Wir befinden uns in einem Dreieck - die beiden Großmächte und Westeuropa - und müssen alle drei Ecken des Beziehungsmusters berücksichtigen, also einmal die Beziehungen der Amerikaner zur Sowjetunion, zum anderen die der Europäer zur Sowjetunion und schließlich die zwischen Europa und Amerika.

Drittens: Die Deutschen und mit ihnen die Westeuropäer haben über die Ostpolitik erheblich an Handlungsspielraum, damit aber auch an Verantwortung und an Schwierigkeiten gewonnen. Das wirkt sich in dieser Lage plötzlich konkret aus. Die Europäer sind zunehmend in die Subjektrolle aufgerückt; der KSZE-Prozeß hat hierbei eine Rolle gespielt. Auf einmal befinden wir uns in der Situation, daß der Bundeskanzler bei seiner Reise nach Moskau versucht, die Großmächte an den Verhandlungstisch zu bringen - vor 10 Jahren unvorstellbar. Heute ist das eine Realität, die das Bündnis noch nicht verdaut hat.

Viertens haben wir es im Ost-West-Konflikt mit einer Asymmetrie zu tun, sowohl in politischer als auch vor allem in geographischer Hinsicht. Wenn Europäer und Amerikaner tatsächlich in einem Boot sitzen, dann kann nicht die eine Seite sagen, wir koppeln uns von der anderen ab. Das geht weder in der einen noch in der anderen Richtung. Dies müssen allerdings auch die Amerikaner akzeptieren. Mit anderen Worten: Wenn die Amerikaner ihre Weltmachtposition gegenüber der Sowjetunion auf ihre Seebeherrschung stützen, dann gehören die Gegenküsten dazu. Westeuropa ist für die Amerikaner demnach völlig unverzichtbar, weil anders die Balance zur Sowjetunion nicht gehalten und der Hegemoniefurcht der Europäer nicht begegnet werden kann. "Antiamerikanismus" oder "Antieuropäismus" - derartige Begriffe sind unter dem Niveau der intellektuellen Fähigkeiten in der aufgeklärten Tradition sowohl der Alten als auch der Neuen Welt.

Sommer

Es ist aber nicht immer dieses Niveau, auf dem die politischen Entscheidungen fallen.

Schmid

Würden Sie mir zustimmen, Herr von Schubert, daß die politische Funktion der NATO-Nachrüstung in dem Versuch der Vereinigten Staaten zu sehen ist, mit militärischen Mitteln den Mangel an politischer Bündnissolidarität wiederherzustellen und entsprechende Zweifel an der amerikanischen Beistandsverpflichtung zu zerstreuen?

von Schubert

Der Beschluß bezieht sich in der Tat vor allem auf das Bündnis selbst.

Hacke

Was die grundsätzliche Frage der Entspannung im Zusammenhang mit Afghanistan angeht, so bin ich der Meinung, daß die USA zu Beginn der 70er Jahre bis 1974 sehr wohl ein umfassendes strukturelles Entspannungsmodell hatten. Sie haben versucht, speziell im amerikanisch-sowjetischen Verhältnis die Großmachtrivalität durch kodifizierte Abmachungen in ein begrenztes gegenseitiges Interesse zur Kooperation zu führen. Das ist bis zu einem gewissen Grade auch gelungen. Der herausragende Punkt dieser Politik war die Berechenbarkeit der amerikanischen Position in den Grundfragen.

Bis 1973/74 waren die Vereinigten Staaten durchaus auch in der Lage, die Sowjetunion mit einer Politik der Stärke und mit einem Element der Unberechenbarkeit von Eingriffen in Krisenzonen abzuhalten. Denken wir etwa an die feste Haltung der USA anläßlich der sowjetischen Unterstützung beim Einmarsch syrischer Truppen in Jordanien im September 1970.

Es sind dies zwei zentrale Punkte, die gewährleisteten, daß die amerikanische Entspannungspolitik durchaus realistisch war; sie war zu jener Zeit keineswegs zu optimistisch, Herr Pawelczyk. Es war eine risikobereite, zugleich aber für den Gegner kalkulierbare Krisendiplomatie unter dem Primat der Interessenverknüpfung mit der Sowjetunion. Diese beiden scheinbar gegenläufigen Elemente konnten also bis 1974 in entscheidenden Fragen gekoppelt werden.

Den Grund, warum die amerikanische Außenpolitik seinerzeit in der Entspannung nicht weiterführte, sehe ich in der folgenden diskrepanten oder gar paradoxen Entwicklung: Während Nixon und Kissinger den russischen Bären streichelten, reagierten sie auf periphere kommunistische Bewegungen wie in Chile, Portugal, Italien oder Frankreich mit Pawlowschen Reflexen und stilisierten diese zur Bedrohung des politischen Gleichgewichts empor.

Ich bin der Meinung, daß man heute an die beiden Elemente - Politik der Stärke und Primat der Entspannung;- , wie sie von den USA ab 1970 entwickelt wurden, wieder anknüpfen muß. Gleichzeitig bitte ich jedoch um eine realistische Betrachtung des Gleichgewichtsbegriffs. In der Geschichte gibt es keine Phase, in der die Staatsmänner Gleichgewicht wirklich als Gleichgewicht verstanden haben. Gleichgewicht ist eine fragwürdige wissenschaftliche Kategorie - es ist politisch immer ein

Kampfbegriff gewesen. Indem man Gleichgewicht forderte, suchte man stets die eigene Überlegenheit, den eigenen Vorteil. Diese Doppelbödigkeit gilt es zu berücksichtigen, wenn man über Gleichgewicht spricht.

Zusammengefaßt: Bis 1974 gab es eine kontraktive amerikanische Außenpolitik, die aber auf Stärke beruhte und sich jederzeit wieder ausdehnen konnte. "Watergate" und andere Probleme haben aber zu einem kontinuierlichen Machtniedergang der Vereinigten Staaten in den 70er Jahren geführt. Mein Gesamturteil für diese Zeit ist, daß nach Truman Nixon der größte außenpolitische Präsident der Vereinigten Staaten in der Nachkriegszeit war. Auch Watergate wird unter diesem Aspekt vielleicht einmal eine ganz andere Bewertung erfahren. Seit 1976 sind in der amerikanischen Politik die positiven Elemente der Berechenbarkeit, Entideologisierung, Parität, klugen Diplomatie und Abschreckung, aber auch Unkalkulierbarkeit, die durchaus ihre positiven Seiten hat, verlorengegangen.

Demgegenüber zeigt sich eine europäische Entwicklung, die ich sehr viel positiver als Herr Smyser sehe. Wenn Sie sagen, Herr Smyser, die Vorherrschaft Westeuropas in der Welt sei endgültig beendet und die europäische Wertordnung nach 500 Jahren am Ende, so galt dies für 1945. Heute dagegen erleben wir eine Entwicklung, wo die Westeuropäer die amerikanische Position in kardinalen Punkten nicht schwächen, sondern stärken. Die Ostpolitik ist unter diesem Aspekt nicht nur wegen der Ergebnisse nach Osten interessant, sondern vor allem auch hinsichtlich der West-West-Komponente. Die Brillanz der Ostpolitik, über deren Substanz bezüglich der Ergebnisse man diskutieren kann, lag darin, daß sie weniger atlantisch, sondern primär westeuropäisch abgestimmt war. Das war einer der Gründe, warum die Amerikaner diesem Prozeß so sehr zurückhaltend gegenüberstanden. Sie wollten nicht akzeptieren, daß hier Europa als konstruktives Widerlager trotzdem gemeinsame Interessen verfolgte.

Sommer

Wir sollten jetzt die Ursachenforschung beenden und nach vorne blicken. Dazu möchte ich eine Reihe von Fragen formulieren.

Erstens: Wie soll die Entspannung weitergehen? Welche Bedingungen sind einzuhalten, wenn dieser Prozeß vorangehen soll?

Zweitens: Wie nimmt sich unter diesem Aspekt die wirtschaftliche Zusammenarbeit des Westens mit Osteuropa, vor allem mit der Sowjetunion aus? Ist der Nutzen dieser Zusammenarbeit auch für uns weiterhin so groß, daß wir, Afghanistan hin oder her, damit fortfahren sollten? Oder ist in dem einen oder anderen Punkt Zurückhaltung angebracht?

Drittens: Wie dämmen wir die Sowjets im Mittleren Osten ein? Wie wird der Damm um Afghanistan gebaut?

Bender

Brauchen wir einen?

Sommer

Wenn ja, wer baut ihn? Welche Rolle übernehmen die Europäer, welche die Amerikaner?

Viertens: Wie verfahren wir auf dem weiten Feld "Aufrüstung - Abrüstung"? Es hat ja den Anschein, als ob die Europäer auf die Verabschiedung von SALT II doch großen Wert legen, unter anderem deshalb, weil sie befürchten, daß sich bei einem Scheitern von SALT das Wettrüsten auf die europäische Ebene verlagert. Bei TNF führt die Doppelnatur des Doppelbeschlusses der NATO zu Schwierigkeiten. Die Amerikaner sind heute offenbar mehr der Ansicht: "Egal was bei Verhandlungen herauskommt, wir müssen diese Aufrüstungsmaßnahme durchführen", während die Europäer, zumal die Deutschen, den Grad dessen, was an Nachrüstung nötig ist, für eine Funktion des russischen Entgegenkommens halten.

Fünftens: Wie bewältigen wir all diese Probleme? Müssen wir globalisieren oder kompartimentalisieren? Sind Entspannung und Spannung unteilbar - oder müssen wir darauf achten, daß die Entspannung bei uns erhalten bleibt, gleichgültig, was außerhalb Europas passiert? Sollten wir auf eine bestimmende Beeinflussung der amerikanischen Politik hinaus? So interpretiere ich zum Beispiel Helmut Schmidts Spiegel-Interview nach seiner Moskau-Reise, wenn er sagt: "Wir müssen verhandeln. Der NATO-Rat muß bald einen Beschluß fassen. Außerdem muß er den Amerikanern die Richtlinien für die Verhandlungen mit auf den Weg geben."

Ritter

Meine Analyse lief darauf hinaus, daß uns die sehr vertrackt verbundene Doppelaufgabe von arms control und Entspannungspolitik einerseits und Bewältigung der wachsenden globalen Interdependenz andererseits, die den Gedanken an eine uns "ferne Türkei" verbietet, zunehmend zu schaffen macht.

Angesichts dieser nicht zu trennenden Doppelaufgabe haben wir derzeit eine schon weitgehend fraktionierte Wahrnehmung von Interessen im Bündnis, die ich an sich auch als gemeinsame Interessen verstehe. Afghanistan berührt durchaus auch unser Interesse, so wieder Fortgang der Normalisierung in Zentraleuropa im amerikanischen Interesse liegen muß. Wenn diese Sicht der Dinge richtig ist, dann bedeutet die konzeptionelle Einbindung dieser fraktionierten Interessenwahrnehmung ein schweres Stück Arbeit, das Ärger machen wird. Wenn wir diese Arbeit nicht leisten, werden wir nur Bündnisteilung, aber keine Arbeitsteilung im Bündnis zustande bringen.

Nun hat Herr Bender hier mit gewohnt kühner Hand in der Tat den dicksten Brocken auf den Tisch gelegt. Seine These war etwas leichthin, man solle doch die Bündnisfrage nicht dramatisieren, man müsse sehen, daß es auf der einen Seite eine Beziehung zwischen den Supermächten gebe, die mal schlechter und mal besser sei. Auf der anderen Seite gebe es ein eigenständiges Europa mit eigenen Interessen und eigenen Aufgaben der Interessenwahrnehmung. Das ist - wenn ich es recht verstanden habe - in abgekürzter Form eine klassisch gaullistische Variante.

Wenn das ohne weiteren Zusatz wirklich die europäische Perspektive angibt, dann wäre ich als Amerikaner äußerst beunruhigt. Dann müßte ich mich fragen, was die atlantische Allianz eigentlich noch wert ist. Wenn diese Version zutrifft, stehen wir wahrscheinlich am Ende des atlantischen Zeitalters. Dieser Frage dürfen wir uns jedenfalls nicht entziehen.

Ich bin gewiß nicht der Meinung, daß ein Bündnis bleiben kann, wie es war. Man kann die atlantische Gemeinschaft aus der Zeit McCloy's sicher nicht unverändert festhalten wollen. Sie bewegt und ändert sich. Wir müssen das atlantische Bündnis und seine Ziele zweifellos immer wieder neu definieren und das Konzept neu implementieren. Aber der Schritt von Herrn Bender schien mir sehr viel weiter zu gehen und einem gesamteuropäischen Konzept eindeutig Vorrang zu geben.

von Schubert

Wenn in der Krisensituation aus irgendwelchen Gründen die Führungsmacht sich nicht wie üblich artikuliert und die Europäer eine eigene Position formulieren, dann ist damit noch lange nicht das Bündnis in Frage gestellt, Herr Ritter. Wenn im letzten halben Jahr die beiden deutschen Staaten anfangen, ein eigenes innereuropäisches Sicherheitsbewußtsein zu entwickeln, dann könnte man das als den Beginn einer Bündnisaufweichung interpretieren. Man darf dabei aber nicht verkennen, daß das, was die beiden deutschen Staaten zur Zeit tun, nur einen Sinn ergibt, wenn sie es in ihrem jeweiligen Bündnis tun. Nur dann erhöht es die Stabilität und fördert die Détente.

Die Formulierung eigener europäischer Positionen muß das Bündnis nicht gefährden, im Gegenteil, sie kann es geradezu über schwierige Zeitläufe hinwegbringen. Das setzt allerdings voraus, daß die Führungsmacht USA akzeptiert, wenn die Europäer ihre eigenen Positionen formulieren, und daß man dort, wo es Diskrepanzen gibt, versucht, diese in einer halbwegs gleichberechtigten Diskussion auszuräumen. Damit befände man sich bereits in der Implementation eines neu definierten Bündnisfundaments.

Sommer

Ist die Formulierung europäischer Positionen per se ein Verrat am Bündnis, Herr Ritter?

Ritter

Natürlich nicht. Aber eine Klärung der Positionen gerade in dieser Hinsicht ist fällig, und wir müssen darüber sprechen. Ich kann mir zahlreiche Varianten vorstellen, in denen das europäische Interesse "per se" definierbar ist und so doch arbeitsteilig im Bündnis wirksam werden kann. Ich gehe aber davon aus, daß wir keine konzeptionelle Einbindung unterschiedlicher Interessenwahrnehmung im Bündnis mehr haben.

Wenn es etwa so ist, daß man auf der einen Seite den USA im Rahmen der Supermachtsbeziehung die Aufgabe der Gegenbalance zur Sowjetunion mehr oder weniger ausschließlich zuschieben möchte, während sich die Europäer inzwischen unter dem Rubrum Arbeitsteilung auf Entwicklungshilfe beschränken, wird es wohl problematisch. Ich sage nicht, daß es so ist. Aber das

feststellbare Auseinanderdriften von USA und Europa mit Bezug auf gemeinsame Interessen vis-à-vis Ost im globalen wie im europäischen Maßstab ist sehr ernst zu nehmen.

Herr Bender sollte seine Position noch einmal präzisieren. Wenn sie sich als kompatibel mit einer vernünftigen Wahrnehmung des Bündnisinteresses erweist, wäre es ja nur zu begrüßen.

Bertram

Und kann Europa in Herrn Benders Verständnis eine Insel der Entspannung sein, wenn die beiden Großen nicht miteinander auskommen?

Bender

Wir haben es doch in den letzten sechs Monaten erlebt, daß Europa sich nicht völlig von der übrigen Welt lösen kann. Wenn anderswo starke Spannungen zwischen Ost und West vorhanden sind, droht das stets nach Europa durchzuschlagen. Das ist aber keine neue Entwicklung, sondern um eben diese Gefahr zu verringern, haben die Bundesregierung und auch andere Staaten seinerzeit die KSZE nachhaltig unterstützt. Denn man war sich darüber im klaren, daß die Entspannung weltweit auf die Dauer nicht durchzuhalten war.

Die Vorstellung einer globalen Entspannung angesichts eines Zustands der Dritten Welt, von dem Herr Bertram sagte, man wisse nicht, wer morgen dort regiert, ist doch eine blasse Illusion. Wir müssen uns für die nächsten 20 Jahre darauf einstellen, daß in der Dritten Welt ständig alles mögliche passieren wird. Das heißt, die beiden Großmächte werden unaufhörlich eingeladen werden zu intervenieren, zu helfen. Das gilt sowohl für die eine wie für die andere Seite.

Wenn die Dinge aber so liegen, dann stellt sich für uns Europäer in der Tat die Frage, ob wir das mitmachen wollen, indem wir die Spannungen in der übrigen Welt noch einmal hier reflektieren.

Mertes

Wen meinen Sie mit "uns" Europäer?

Bender

Zunächst uns Westeuropäer, wobei es überraschend ist, wie groß der Grad an Übereinstimmung mit den osteuropäischen Regierungen in diesem Punkt ist.

Sommer

Ist dies ein Plädoyer für die Teilbarkeit von Spannung?

Bender

Ja, wobei ich das nicht für ein Plädoyer, sondern für eine historische Erfahrung halte. Denn wir haben die Ostpolitik in Europa begonnen, als sich der Vietnamkrieg auf einem Höhepunkt befand. Damals ist Nixon nach Moskau gefahren. Die Teilbarkeit ist für mich keine Frage der Theorie, sondern der Erfahrung.

Sommer

Gibt es hierzu eine präzise Gegenthese?

von zur Gathen

Die Gegenthese wäre: Teilbarkeit kann es nur in den Bereichen geben, in denen die Interessen des anderen nicht betroffen sind, theoretisch gesprochen dort, wo in der Drittwelt die Ost-West-Interessen nicht berührt werden. Aber wo ist das der Fall?

Bender

Ihr Einwand setzt voraus, daß es bei der Auseinandersetzung immer noch um nur zwei Gegner geht. Ich habe aber vorhin gesagt, daß aus zweien inzwischen 20 geworden sind, was nicht ausschließt, daß zehn und zehn auf jeder Seite sehr viel enger miteinander verbunden sind. Es gibt aber nicht mehr den Kampf zweier Systeme und Prinzipien.

Kuntner

Ich halte die Diskussion, ob die Entspannung teilbar oder unteilbar ist, an sich für überflüssig. Entspannung ist für mich ein Stufenprozeß. Wir werden kaum in Europa und gleichzeitig in ganz Afrika Entspannung haben, aber es muß das Ziel sein, dies in einem Stufenprozeß zu erreichen. Nur eines kann man sagen: Entspannung basiert auf gegenseitigem Vertrauen, und Vertrauen ist nicht teilbar.

Sommer

Kann man sich keine Entspannung vorstellen, die auf gegenseitigem Mißtrauen basiert?

Mertes

Die Entspannung ist als Ziel nicht teilbar, weil die Sowjetunion als Weltmacht und weil ihre Politik nicht teilbar ist; das gilt, obwohl die Sowjets selbst den Begriff der Entspannung nur auf ihr Verhältnis zur westlichen Welt anwenden.

Sommer

Zugespitzt gefragt: Soll man, um die Russen in Afghanistan zu bestrafen, in und um Berlin entlang der deutschdeutschen Grenze die Spannung wiederbeleben? Oder liegt hier die Teilbarkeit nicht auch im amerikanischen Interesse?

Smyser

Das ist eine fürchterliche Frage.

Sommer

Aber die Frage ist ja nur interessant, wenn man sie ins Praktische wendet.

Zinner

Ich halte diese Frage für akademisch; sie läßt sich nicht mit Entweder-Oder beantworten. Bei Spannung oder Entspannung besteht ein Zusammenhang zwischen Regionen und auch zwischen Militär-, Wirtschafts- und Menschenrechtspolitik und so weiter. Die eigentliche Frage ist, wie locker und oder wie fest sind diese Zusammenhänge. Da fragt es sich dann, ob nach Afghanistan eine Politik der offenen Entspannung im Interesse der Europäer und der Amerikaner liegt oder nicht.

Sommer

Was ist Ihre Antwort?

Zinner

Man sollte die Entspannungspolitik fortsetzen, aber in geringerem Maße als vor Afghanistan.

Sommer

Warum in geringerem Maße und wie?

Bertram

Vorfrage: Nützt die Entspannung dem Osten mehr als dem Westen?

Bender

Diese Frage wird im Osten genauso negativ beantwortet wie im Westen.

Bertram

Wenn sie dem Osten mehr nützt als dem Westen, hat die Entspannung ohnehin keinen Sinn. Wenn sie dem Westen nützt, stellt sich die weitere Frage, ob die Aufkündigung oder die Reduzierung der Entspannung in Europa zu größerer sowjetischer Zurückhaltung in anderen Gebieten führt. Alle bisherige Erfahrung zeigt, das ist nicht der Fall.

Sommer

Noch einmal, Herr Zinner: Warum Verringerung der Entspannung in Berlin, zum Beispiel wegen Afghanistan, und wie? Wie dosieren Sie diese Verringerung, damit Sie sich nicht ins eigene Fleisch oder in unser Fleisch schneiden?

Zinner

Den wichtigsten Grund sehe ich darin, der Sowjetunion Signale zu geben, daß wir nach Afghanistan nicht business as usual machen werden. Das hat nichts mit Bestrafung zu tun.

Wie läßt sich das Geschehen um Berlin oder in Zentraleuropa mit geringerer Entspannung vereinbaren? Die Beendigung der Entspannung würde sich für die Europäer ungünstig auswirken. Deshalb sollten wir uns zwischen Amerika und Europa abstimmen. Einige Konsultationen und Gespräche im Ost-West-Verhältnis sind sicher nützlich; es ist besser, wenn sie erhalten bleiben; vielleicht auf niedrigerer Ebene - also keine Gipfelgespräche mehr. Auf diese Weise könnten wir die Verbindungen erhalten und brauchten später nach Beendigung dieser Krise nicht ganz von vorne zu beginnen.

In diesem Zusammenhang bin ich der Meinung, daß die Reise von Bundeskanzler Schmidt nach Moskau insgesamt gesehen negative Auswirkungen hatte. Die Sowjetunion hat diese Reise benutzt, um dem Bundeskanzler und allen Europäern zu sagen, daß die Sowjetunion am gegenwärtigen Status quo in Europa festhalte. Sie hat gedroht: "Wenn ihr euch anders verhaltet, werdet ihr das bedauern." So soll Spanien nicht in die NATO aufgenommen werden - "das wird für Westeuropa nicht gut ausgehen, Herr Bundeskanzler", hat Breschnew gesagt. Er hat auch zu verstehen gegeben: "Wir sind zwar bereit, über die Mittelstreckenraketen zu verhandeln, aber laßt von eurem Nachrüstungsbeschluß ab, wie wir euch das schon im vorigen Jahr gesagt haben." Das ist eine Grobheit, mit der die Sowjetunion unmittelbar in westliche Angelegenheiten eingreift. Das darf man ihr nicht erlauben.

Sommer

Sie meinen, Grobheiten soll man Botschaftern sagen, nicht Kanzlern?

Pauls

Beide Supermächte haben an ihren Verbündeten in den letzten sechs Monaten relativ wenig Freude gehabt. Aber eine Entideologisierung der Politik der osteuropäischen Staaten, von der Herr Bender vorhin sprach, hat nur dann einen politisch-praktischen Wert, wenn das eine unabhängigere Politik der osteuropäischen Staaten von der Sowjetunion bedeuten würde, und davon kann doch wohl keine Rede sein.

Bender

Sie sollten diese Aussage etwas differenzieren. Es ist ja einiges passiert in den letzten zehn Jahren.

Pauls

Was diesen Punkt angeht, bin ich im Zweifel.

Zu Afghanistan stelle ich hier nur die Frage: Wie hätte der Westen eigentlich auf die sowjetische Invasion reagiert wenn Afghanistan 5000 Kilometer vom nächsten Tropfen C entfernt liegen würde?

Sommer

Überhaupt nicht.

Pauls

Nun zur Reise des Bundeskanzlers. Die Sowjetunion hat ihren Standpunkt, daß die NATO vom Nachrüstungsbeschluß abrücken sollte, nicht aufgegeben. Sie hat jetzt eine Antwort im Hinblick auf die Eröffnung der Gespräche gegeben; sie hat keine Vorbedingungen, aber Qualifikationen genannt. Die Sowjetunion hätte diese Antwort auf die Entscheidung der NATO vom 12. Dezember genausogut Ende Dezember oder Anfang Januar geben können. Das wäre als ein Eingehen auf das Verhandlungsangebot gewertet worden. Denn selbstverständlich ist jeder Gesprächs- oder Verhandlungspartner frei, Qualifikationen zu benennen, über die man sich dann unterhalten muß.

Wenn es jetzt heißt, als Ergebnis des Moskau-Besuches sei nichts herausgekommen, so ist das im Grunde ein Einwand gegen Rüstungskontrollgespräche überhaupt.

Bertram

Nein.

Pauls

O ja. Denn die Sowjets können diese Qualifikationen einschieben, wann immer sie wollen. Sie hätten das vor sechs Monaten tun können, sie konnten es jetzt tun, und sie können es in Zukunft tun. Man muß sich mit diesen Qualifikationen auseinandersetzen, denen man natürlich von unserer Seite ebenfalls Qualifikationen entgegensetzen kann und wird. Denn es geht ja zunächst einmal um Definitionen, die als Basis für solche Gespräche ausgehandelt werden müssen.

Ritter

Unteilbarkeit der Entspannung - ja oder nein? Ich halte diese Frage für falsch gestellt. Die Forderung nach unteilbarer Entspannung soll der anderen Seite ständig vor Augen halten, daß Politik Güterabwägung ist und man nicht beliebig in einer Richtung Sommer machen und in anderer freie Hand bei der Ausnutzung von Konflikten haben kann. Das erinnert mich stark an die seinerzeitige Diskussion über "linkage or non-linkage"! Marshall Shulman löste das Problem, indem er von "soft linkage" sprach.

Mertes

Auf meine Frage: Wie haltet ihr es mit "linkage"? hat ein Russe mir geantwortet: Everything is linked.

Pauls

Im übrigen halte ich die aktuelle TNF-Problematik nicht für das zentrale Thema der 80er Jahre. Die entscheidenden Themen der 80er Jahre liegen ganz woanders. Ich deutete es bereits an: Sicherung des Westens gegenüber Gefahren aus der Dritten Welt. Damit sollten wir uns stärker beschäftigen.

Sommer

Ich stimme Ihnen durchaus zu, Herr Pauls. Aber die Politik wird uns nicht erlauben, über die Frage der Entspannung mit dem Partner Sowjetunion einfach hinwegzugehen.

Daillet

Entspannung kann nur von der Überlegenheit des Westens ausgehen. Parität hilft uns nichts. Denken Sie an Hitler; er befand sich gegenüber seinen potentiellen Feinden im Nachteil, und doch hat er angegriffen.

Senghaas

Selbst wenn wir die militärische Überlegenheit anstreben wollten, ist sie nicht mehr erreichbar. Auf beiden Seiten sind heute Vernichtungspotentiale angehäuft, die im Grunde gar keine Ziele mehr haben.

Daillet

Wir können die Überlegenheit schaffen.

Senghaas

Ich halte es für absolut illusorisch, daß in dem Maße, in dem es miniaturisierte Nuklearwaffen und all die anderen neuen Technologien gibt, tatsächlich wieder Kriege geführt und auch gewonnen werden könnten.

Zur Entspannung möchte ich folgendes feststellen: Ich halte es für unklug, bei jeder Affäre à la Afghanistan die Entspannungspolitik in Europa sofort in Frage zu stellen.

Mertes

Welche Entspannungspolitik?

Senghaas

Die in Europa zwischen Ost und West betriebene Entspannungspolitik.

Die außenpolitische oder geopolitische Entwicklung der Sowjetunion in den letzten 20 bis 30 Jahren zeigt, daß es für die Sowjetunion erstens ein relativ gesichertes Einflußgebiet gibt. Das ist Osteuropa. Dies ist eine Folge des Zweiten Weltkrieges und wird eigentlich durch niemanden in Frage gestellt.

Natürlich gibt es in dieser Richtung durchaus Interessen früher nannte man das "roll back". Im großen und ganzen spielt eine solche Stoßrichtung in der praktischen Politik aber keine Rolle mehr.

Zweitens gibt es zahlreiche Länder, die einmal im sowjetischen Einflußbereich waren und es heute nicht mehr sind.

Sommer

Welche?

Senghaas

Ich werde Ihnen gleich 16 solcher Länder nennen. Das heißt, die historische Erfahrung zeigt, daß geopolitische Zugewinne der Sowjetunion außerhalb Osteuropas keineswegs automatisch Zugewinne bleiben.

Welches sind die Länder? Zunächst: Albanien, Algerien, China, Ägypten. In diesen Ländern hat es einen bedeutenden sowjetischen Einfluß gegeben.

Schmid

Einfluß ja.

Senghaas

Was China angeht, ein Land mit heute einer Milliarde Menschen, so ist es schon ein gewaltiger Unterschied, ob es wie vor 1959 im sowjetischen Einflußbereich ist oder nicht. In Ägypten gab es mindestens 20 000 sowjetische Berater und eine von der Sowjetunion betriebene militärische Aufrüstung. Die sowjetische Flotte konnte vor Israels Tür ohne weiteres ägyptische Häfen anlaufen und nutzen und so fort. Dort in Ägypten sind die Sowjets im Juli 1972 schlichtweg rausgeflogen.

In die Verlustbilanz gehören auch der Sudan und Indonesien. Über den sowjetischen Einfluß in Indien früher und heute wird es wahrscheinlich kontroverse Ansichten geben. Weiter nenne ich Somalia und Jugoslawien, Bangladesh, Ghana, Guinea, Irak, Mali und in gewisser Hinsicht das sich sehr reserviert verhaltende Nordkorea - Länder, die früher einem starken sowjetischen Einfluß ausgesetzt waren und dies heute nicht mehr sind.

Sommer

Interessanter dürften in diesem Zusammenhang die Länder der Dritten Welt sein, auf die wir den sowjetischen Stoßkeil gerichtet sehen.

Senghaas

Was ich deutlich machen will: Es ist überhaupt nicht sicher, daß die Sowjetunion dort, wo sie aus irgendwelchen Gründen Fuß gefaßt hat, wie zum Beispiel in Angola oder in Moçambique, auch in fünf oder zehn Jahren noch maßgeblichen Einfluß haben wird. Wer sagt uns, daß die Sowjetunion aus Moçambique oder Angola nicht irgendwann herausfliegt, wie sie aus dem Sudan und aus Ägypten herausgeflogen ist?

Bender

Ist die Wahrscheinlichkeit, daß die Sowjetunion in die Rolle einer ehemaligen Kolonialmacht gerät und damit die gleichen Ressentiments auf sich zieht, nicht viel größer?

Senghaas

Wenn Sie sich die Staaten ansehen, in denen die Sowjetunion außerhalb Osteuropas wirklich längerfristig präsent ist, so sind das Afghanistan, Angola, Kambodscha, Kongo, Äthiopien, Laos, Libyen, Moçambique, Syrien, Jemen (Aden) und Vietnam. Das sind, mit Ausnahme Libyens, alles

Länder, in denen das Pro-Kopf-Einkommen extrem niedrig ist. In keinem der industriell fortgeschritteneren Länder der Dritten Welt - in der Weltbanksprache: den sogenannten Schwellenländern - hat die Sowjetunion irgendwo Fuß fassen können. Ich meine, das sagt auch eine ganze Menge aus.

von zur Gathen

Zwei Bemerkungen zu Ihrer Darstellung. Erstens: Noch kein sowjetisches Anrainerland ist von der sowjetischen Macht befreit worden.

Senghaas

Das zielt nicht auf mein Argument.

von zur Gathen

Zweitens: Sämtliche Staaten, die Sie erwähnt haben, standen nicht unter völliger sowjetischer Kontrolle. Unbestreitbar ist, daß der sowjetische Einfluß über die Zeit variierte, einmal größer, einmal kleiner war. Bei der Preisgabe der Substanz in diesen Ländern orientierte sich die Sowjetunion stets am Machbaren. Wenn sie hätte intervenieren können, hätte sie es immer getan.

Senghaas

Meine Überlegung ist die folgende: Ich hielte es in keiner Weise für sinnvoll, den in Europa gegebenen relativ konsolidierten Status quo sofort aufs Spiel zu setzen, sobald irgendwo in der Welt ein politischer Umsturz oder gar eine Invasion stattfindet. Das würde, überspitzt gesagt, bedeuten, ständig die Gefahr von Berlin-Krisen heraufzubeschwören.

Wir erleben jetzt, wenn ich recht sehe, zum ersten Mal seit 1948 eine Weltkrise, die sich nicht in eine Berlin-Krise übersetzte. Es wäre geradezu leichtfertig bei all den Krisen, die ganz unvermeidlich auf uns zukommen und die weder von den Vereinigten Staaten noch von der Sowjetunion angestiftet zu sein brauchen, jedes Mal sofort ein Junktim zur Ost-West-Konstellation zu scharfen und damit den Status quo in Europa zu gefährden.

Ich stelle des weiteren die Frage: Läßt sich überall eine Übereinstimmung zwischen Europa und Amerika herstellen? Im Unterschied zu früher dürfte das heute in bestimmten Bereichen schwieriger, wenn nicht unmöglich sein. Ich denke etwa an den energiepolitischen Sektor. Amerika befindet sich bekanntlich in einer besseren energiepolitischen Situation als Europa, da es über eigene Energieressourcen verfügt.

Ein wesentlicher Unterschied bezüglich der veränderten Lage heute gegenüber der Zeit, in der die Detente-Politik entstanden ist, scheint mir darin zu liegen, daß damals eine klare Bipolarität bestand. Die Situation ist jetzt komplexer geworden. So wurde in der Zwischenzeit China als ein geopolitischer Machtfaktor ins Spiel gebracht. Es gibt zwar keinen offiziellen Vertrag zwischen China und den USA, aber die beiden Mächte verhalten sich so, als ob de facto eine Allianz zwischen ihnen bestünde. Ich bin nicht der Meinung, daß es im europäischen Interesse liegt, wenn die von Kissinger sehr vorsichtig vorangetriebene China-Politik von amerikanischer Seite jetzt aus irgendwelchen Gründen hochgespielt würde. Da sollten wir uns nicht aus Bündnissolidarität der amerikanischen Haltung, die vielleicht Amerikas Interessen entspricht, blind anpassen.

Mertes

Auch Widerspruch gehört zur Bündnissolidarität.

Senghaas

Hier geht es nicht um Widerspruch, sondern um unterschiedliche politische Inhalte. Ich denke an jene Krisen, die in der Dritten Welt autonom vor Ort entstehen - intern wie in Iran oder bilateral in konventionellen militärischen Auseinandersetzungen, wie möglicherweise zwischen Iran und Irak.

Mein letzter Punkt berührt die Eurostrategie. Ich bin nicht der Meinung, daß es notwendigerweise im europäischen Interesse ist, die neueste Waffentechnologie, die heute durch die Miniaturisierung der Nuklearwaffen möglich ist, in Europa zu installieren. Dadurch wird nämlich ein waffentechnologisch erzeugter Anreiz für Präventivschläge geschaffen. Das bedeutet auf militärtechnologischem Gebiet eine Instabilität, die sich in Krisenzeiten in eine sich beschleunigende politische Entstabilisierung übersetzen würde. Die Kunst der Militärstrategie besteht doch gerade in dem Versuch - das haben wir

seit McNamara zu Beginn der 60er Jahre gelernt-, Militärtechnologien so zu inszenieren, daß sie keinen technisch bedingten Anreiz für Präventivschläge erzeugen.

Bezogen auf die neueren strategischen Waffen, wie beispielsweise die SS-20 und entsprechende Entwicklungen auf westlicher Seite, heißt dies: Durch ein solches Verhalten würden wir das, was in den 60er Jahren auf konzeptueller Ebene aber auch auf militärtechnologischer Ebene an relativ konsolidiertem Terrain gewonnen wurde, de facto untergraben, was im Falle X, wenn es irgendwo zu einer Kriseneskalation kommt, eine politische Entstabilisierung zur Folge haben würde.

Bondy

Beginnt die Eskalierung erst mit der westlichen Antwort auf eine sowjetische Waffenescalation oder schon vorher?

Senghaas

Ich spreche von neuen Waffensystemen, die in der Sowjetunion und im Westen gleichermaßen etabliert werden.

Sommer

Wie antworten wir auf die SS-20?

Ritter

Es gibt keine strategische Überlegenheit, und sie ist auch nicht wiederherstellbar. Dem stimme ich zu. Die interessante Frage ist dann aber, wie die in verschiedener Hinsicht wachsende Asymmetrie von Optionen zu bewerten ist, welche Art von Instabilität sie schafft, und wie dem zu begegnen ist.

Ich stimme Ihnen auch zu, Herr Senghaas, daß wir nicht wegen jeder Krise in der Welt die Entspannungspolitik in Europa aufgeben dürfen. Dann fragt sich aber, wie sicherzustellen ist, daß ein Fall wie Afghanistan anderweitig auch im West-Ost-Verhältnis praktische Konsequenzen hat. Was sind hier die Instrumente - oder der Preis für Moskau?

Senghaas

Bei Fällen wie Afghanistan geht es nicht um ein militärstrategisches, sondern um ein entwicklungspolitisches Problem.

Pawelczyk

Das Streben nach militärischer Überlegenheit - ich unterstelle einmal, das sei noch möglich - und eine Politik der Kooperation oder Entspannung schließen sich gegenseitig aus. In diesem Punkt muß eine politische Grundsatzentscheidung getroffen werden. Also selbst wenn die Wiedererlangung der Überlegenheit möglich wäre, wie Herr Daillet offenbar annimmt, hielte ich das für eine falsche politische Grundsatzentscheidung.

Ich bin der Meinung, die Politik der Kooperation muß fortgesetzt werden, solange wir feststellen, daß es gleichgerichtete Interessen gibt. Solche gleichgerichteten Interessen sehe ich zum Beispiel in der Rüstungskontrollpolitik, aber auch im Bereich der Wirtschaftspolitik. Ich kann mir durchaus vorstellen, daß wir den außenpolitischen Ansatz, der sich immer mehr auf militärpolitische Aspekte verengt, nach der wirtschaftspolitischen Seite hin öffnen.

Sommer

Schließt die Verengung auf militärpolitische Aspekte die Ausweitung auf andere Bereiche, beispielsweise auf wirtschaftliche Kooperation, nicht allmählich aus?

Pawelczyk

Ja, das schließt sich immer mehr aus. Wir bewegen uns genau auf diesen Punkt zu.

Sommer

Wo kommt der Punkt, an dem wir uns zwischen Konfrontation und Kooperation entscheiden müssen?

Pawelczyk

Die Frage ist mir zu theoretisch. Nach den Wahlen in den Vereinigten Staaten und bei uns muß man darüber nachdenken, ob es einen Weg gibt, die Beziehungen aus dieser Verengung wieder herauszuführen und für eine breit angelegte wirtschaftspolitische Kooperation zu öffnen. Wir können für den militärischen Bereich noch so geschickte Ansätze wählen, wir werden keine gravierenden Ergebnisse erreichen, wenn wir nicht auch dazu beitragen, daß die großen Asymmetrien im wirtschaftspolitischen Bereich verringert werden.

Sommer

Wir lassen uns ja durch unseren Wahltermin nicht behindern. Der Bundeskanzler hat in Moskau die Implementierung eines Rahmenabkommens unterzeichnen lassen. Die "Washington Post" spricht in dem Zusammenhang von "Verrat an der westlichen Solidarität".

Pawelczyk

Die Allianz handelt im Bereich der Rüstungskontrolle nach einem gemeinsam beschlossenen Konzept. Das müßte sie auch im wirtschaftspolitischen Bereich tun.

Im übrigen hat sich gezeigt, daß die Politik zwischen West und Ost in Europa auch Belastungen aushält. Trotz Erhöhung unserer Streitkräfte nach 1969, trotz TNF-Beschluß und Boykott-Maßnahmen ist das Gespräch zum Osten ja nicht abgerissen. Ich würde also der anderen Seite den Realismus für das Notwendige nicht von vornherein absprechen.

Ich meine, wir müßten vor allem noch über zwei Fragen sprechen. Erstens: Wie halten wir es mit der Politik des Gleichgewichts?

Zweitens: Wie kann im Rahmen einer gemeinsamen Strategie die Arbeitsteilung zwischen Europa und Amerika aussehen unter veränderten internationalen Bedingungen?

Daillet

Mit Diktaturen gibt es kein Gleichgewicht! Da die Demokratien nie angreifen werden, hat die UdSSR die militärische und damit die machtpolitische Überlegenheit. Wir dagegen haben die politische Überlegenheit. Und wenn wir der Meinung sind, die pluralistische Demokratie ist das beste System in der Welt, dann brauchen wir auch eine Weltstrategie, um dieses System weltweit zu verwirklichen. Die UdSSR hat eine Weltstrategie - aber nicht für die Freiheit, sondern für die Erweiterung ihrer Macht.

Eine Weltstrategie der Freiheit schließt ein, daß wir auch eine Wirtschaftspolitik betreiben, die vor allem das Hungerproblem in der Welt löst. Ich halte es für einen Skandal, daß wir über so schnelle Flugzeuge verfügen, es uns aber nicht gelingt, die Nahrungsmittel richtig zu verteilen.

Zweitens: Nichts wird von den Russen mehr gefürchtet als Fortschritte beim Aufbau Europas. Was wir anstreben müssen, ist eine europäische Verfassung und eine europäische Regierung. So weit sind wir allerdings noch nicht.

Sommer

Welche Rolle spielt dieses Europa im Entspannungsprozeß?

Daillet

Im Rahmen der Allianz brauchen wir eine gemeinsame Verteidigungskonzeption. Wir müssen schnell handeln, um eine wirkliche Koordinierung unserer Streitkräfte zu erreichen. Wenn die Europäer sich militärisch zusammentun und ihr Gewicht in der Allianz verstärken würden, wäre das auch politisch wirkungsvoller.

Ritter

Wir diskutieren im Augenblick die Frage, wie man Entspannungspolitik und Teilnahme am globalen Krisenmanagement kompatibel machen kann. Kompatibilität ist eine etwas andere Formulierung für die berühmte Teilbarkeit oder Unteilbarkeit der Entspannung. Offenbar sind wir uns alle hier mehr oder weniger darüber einig, daß es nicht darum gehen kann, das, was in Europa, speziell im geteilten Deutschland, an Entspannungspolitik erreicht wurde, wieder aufzugeben. Ich würde vermuten, daß in dieser Hinsicht auch grundsätzlich kein Dissens mit den Amerikanern besteht. In diesem Falle müssen wir uns aber auch fragen: Wie sieht die spezifisch europäische Teilnahme am globalen Krisenmanagement aus - wenn diese nicht rein verbal bleiben soll?

Daillet

Europa wird dann respektiert, wenn es sich mit einer Stimme zu den globalen Problemen äußert. In der Mittelost-Krise hat es dazu bereits einen Ansatz gegeben. Das gilt aber auch für andere Gebiete. Das wird von den Russen ernst genommen. Europa könnte viel mächtiger sein, als es heute den Anschein hat.

Bertram

Das alles erinnert mich so ein wenig an das Lied von Edith Piaf: "Mon dieu, mon dieu, laisse moi encore un peu mon amoureux." Die alternde Frau, die den lieben Gott bittet, ihr den Liebhaber noch ein bißchen zu erhalten. Vielleicht ein Jahr, sagt sie, oder ein paar Monate; wenn es nicht ein Monat ist, ein paar Wochen, ein paar Tage wenigstens.

Wir reden hier im Grunde nur über die Vergangenheit, statt über die Zukunft zu diskutieren. Welches sind denn die auf uns zukommenden Probleme, die für die Entspannung von Belang sein werden? Lassen Sie mich einige nennen.

Erstens: Herr Pauls hat vielleicht ein wenig überspitzt behauptet, unsere Sicherheit hänge vor allem mit den Ländern der Dritten Welt zusammen. Ich bin aber wie er der Ansicht, daß das, was aus der Dritten Welt auf uns zukommt, unsere Sicherheit in der Tat berührt, um so mehr, als die Neigung der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten besteht, Drittwelt-Konflikte in Ost-West-Konflikte umzumünzen. Herr Senghaas hat ganz richtig gesagt, dies sei kein sinnvolles Mittel des Konfliktmanagements, sondern würde eher eine Konfliktausweitung zur Folge haben.

Zweitens: Wir werden es bei der Sowjetunion in den 80er Jahren mit einer Macht zu tun haben, die nicht weniger, sondern mehr Afghanistans anstrebt, es sei denn, sie scheitert in Afghanistan. Wir wissen noch nicht, wie es dort ausgehen wird.

Denken Sie an die Äußerungen von Herrn Portugalow über die Türkei. Und die Sowjets haben jetzt erstmals zu erkennen gegeben, daß der integrale Bestand von Pakistan nicht mehr unbedingt in ihrem Interesse liegt. Oder führen Sie sich vor Augen, daß die Sowjetunion einen Versuch der Chinesen, in Südostasien erneut eine Strafexpedition vorzunehmen, möglicherweise mit einer sowjetischen Strafexpedition gegen China beantworten wird.

Alle diese Fälle deuten auf Aktionen der Sowjetunion an ihrer eigenen Peripherie hin, bestimmt von der Furcht vor Einkreisung nicht weniger als von der Arroganz der Macht.

Senghaas

Wie ist in dieser Hinsicht beispielsweise der innere Zustand der Türkei zu sehen?

Bertram

Alles in der Dritten Welt hängt stets vom Zustand der jeweiligen Länder ab. Ich habe auch nicht behauptet, daß die Konflikte in der Dritten Welt von der Sowjetunion ausgelöst werden. Meine These ist gerade, Herr Senghaas, daß es sich hier um Krisen handelt, die wegen der Einstellung in der Sowjetunion und wegen der neuerdings in den Vereinigten Staaten sichtbar werdenden Einstellung bedrohlich werden können. Drittwelt-Konflikte werden zum Testfall des Ost-West-Gegensatzes.

Die Sowjetunion wird an ihrer Peripherie weiterhin für Ordnung sorgen wollen, und zwar jeweils auf der anderen Seite ihrer Grenze. Das wird uns berühren, wie uns Afghanistan berührt; nicht deswegen, weil das mehr oder weniger nahe an den Ölquellen ist, sondern weil es Präzedenzfälle sowjetischer Intervention außerhalb der eigenen Grenzen schafft.

Sommer

Stimmt das wirklich? Wenn es in 2000 Kilometer Entfernung kein Öl gäbe, würden wir dann über Afghanistan nicht reden wie Bismarck über Bulgarien: Es ist nicht die Knochen eines preußischen Musketiers wert?

Pauls

Konflikte wird es entweder in der Nähe des Öls oder an den Verbindungsstraßen geben.

Bertram

Angola liegt zwar in der Nähe des Öls von Cabinda. Aber das machte nicht die strategische Bedeutung von Angola aus. Dennoch hat sich Angola auf die amerikanische öffentliche Meinung in puncto Entspannung erheblich ausgewirkt.

Drittens: Die Entspannung in der Zukunft wird wesentlich beeinflusst von der Tatsache, daß wir es in Osteuropa potentiell mit einer explosiven Situation zu tun haben. Damit meine ich keineswegs, daß die Sowjets nun beginnen werden, irgendwelche Divisionen dort aufzufahren, sondern die Kombination von Nationalismus, Zynismus, Materialismus und wirtschaftlicher Unfähigkeit stellt ein explosives Gemisch dar. Und das kann dazu führen, daß dieses Gemisch eines Tages zündet, ohne daß wir heute sagen können, wann und wie. Ich wage deswegen mit einiger Bestimmtheit zu sagen, daß es in den nächsten zehn Jahren in Osteuropa zu einem neuen Aufstand und zu einer neuen sowjetischen Intervention kommen wird - mit Weiterungen.

Viertens: Ob wir es wollen oder nicht, im europäisch-amerikanischen Verhältnis werden die Zweifel über die Verlässlichkeit der amerikanischen Nukleargarantie wachsen. Nicht zuletzt aus den Gründen, die Herr Senghaas genannt hat. Ein amerikanischer Präsident, der nicht mehr sicher ist, daß seine eigenen strategischen Systeme unverwundbar sind, wird noch sehr viel zurückhaltender sein beim Ersteinsatz nuklearer Waffen als ohnehin schon. Strategische Fragen sind zwischen Europa und Amerika politische Fragen. Die SS-20-Diskussion kann ohne die europäischen Zweifel an der Verlässlichkeit der Carter-Administration überhaupt nicht erklärt werden. Das heißt aber, daß es im europäisch-amerikanischen Verhältnis über Entspannung und Rüstungskontrolle zu erheblichen politischen Belastungen kommen wird.

Das scheinen mir die Probleme zu sein, auf die wir uns einstellen müssen. Wenn wir die Frage beantworten wollen, inwieweit die Entspannung teilbar oder unteilbar ist, bis zu welchem Grade unterschiedliche Auffassungen über Entspannung mit dem Bündnis vereinbar sind und andere Dinge mehr, dann müssen wir das nicht an den Maßstäben der Vergangenheit, sondern an den Problemen der Zukunft messen.

Haftendorn

Zwei Probleme, mit denen wir es in Zukunft ebenfalls zu tun bekommen, würde ich ergänzen, Herr Bertram. Erstens: Was bedeutet für uns Europäer das Streben der beiden Supermächte nach Überlegenheit? Wie wirkt sich das auf das Bündnis aus? Darin ist ein enormer Sprengstoff enthalten.

Zweitens: Wie regeln wir unsere Beziehungen im engeren Kreis der Neun? Wie stellen wir die Neunergemeinschaft auf eine solidere Grundlage, so daß wir den Kuhhandel von Dublin und Luxemburg nicht mehr nötig haben und gleichzeitig die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft vollziehen können? Und wie stellt sich dann das Verhältnis der Europäer zu den USA dar?

Hacke

In den 70er Jahren sind in Südostasien, aber auch in anderen Bereichen Entspannunginseln, Krieginseln, Terrorinseln, Armutinseln entstanden, wie wir uns das vor zehn Jahren nicht vorgestellt haben. Das heißt für mich, die Formel von der Unteilbarkeit der Entspannung ist eine Wunschformel, die die Wirklichkeit verschleiert. Analog zur Forderung nach politischem Gleichgewicht wird sie vorwiegend dann verwandt, wenn es gilt, eigene Vorteile sozusagen objektiv und universal abzusichern. Außerdem ist unverkennbar, daß bei der Forderung nach Unteilbarkeit alle regionalen, geopolitisch und historisch spezifischen Konfliktelemente eingegeben werden. So könnte man - fast paradoxerweise - zu der Auffassung gelangen: Je unnachgiebiger die Unteilbarkeit der Entspannung gefordert wird, je mehr ähnelt sie der Kehrseite einer Medaille, die durch sie ja abgelöst werden sollte: der des Kalten Krieges.

Die unterschiedliche Einschätzung der Afghanistan-Krise zwischen den USA und Westeuropa scheint mir darin zu bestehen, daß die westeuropäischen Länder die Afghanistan-Problematik sehr viel stärker unter dem "Teilbarkeitsaspekt" der Entspannung sehen. Anders ausgedrückt: So wie Entspannung durch zusätzliche Teile umfassender werden kann, so müssen politische Spannungen teilbar werden, wenn auch mit der logisch umgekehrten, aber in der Zielsetzung gleichlaufenden Tendenz, daß durch die Teilbarkeit von Spannungen die Entspannung wachsen kann.

Während die USA beim Afghanistan-Konflikt den Unteilbarkeitsaspekt der Entspannung betonten und diesen zum zentralen Punkt in der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion erhoben, sahen die westeuropäischen Länder das Afghanistan-Problem weniger als Ost-West-Konflikt, sondern vorrangig als Nord-Süd-Problem der sowjetischen Außenpolitik, dessen Auswirkungen weniger in Europa, sondern vielmehr in der Dritten und Vierten Welt spürbar werden.

Das eigene Wunschbild der Sowjetmacht vom Helfer der unterdrückten Völker ist durch die Invasion in Afghanistan stark erschüttert worden. Den damit verbundenen Platzvorteil des Westens gilt es nun durch eine kluge Politik und durch wirtschaftliche Maßnahmen auszubauen. Es scheint, als ob für die Entspannungspolitik nach Afghanistan die USA von ihren westeuropäischen Partnern mehr lernen könnten als umgekehrt.

Altmann

So sehr ich Ihre Fragestellung akzeptiere, Herr Bertram: Wir können nicht nur in die Zukunft sehen. Wir dürfen nicht zulassen, daß sich die Allianz immer mehr auf Fragen der Rüstungstechnologie zurückzieht. Hier ist wieder eine Erweiterung nötig, und zwar in der Richtung, in der unsere gemeinsamen Stärken liegen, nämlich im wirtschaftlichen Bereich. Ich wiederhole: Die Vereinigten Staaten müssen ihre Politik gegenüber der Europäischen Gemeinschaft revidieren.

Zweitens ist es für Europa lebenswichtig, am politischen Geschehen im Mittelmeerraum beteiligt zu werden und dort zu einer gemeinsamen Politik mit den Amerikanern zu kommen.

Gegenüber der deutschen Außenpolitik möchte ich kritisch anmerken, daß sie heute in Europa für die Vereinigten Staaten nach mehr Eindeutigkeit verlangt. Wir Deutsche sind in Gefahr, daß wir angesichts der Schwierigkeiten der Amerikaner im Sog der Sowjets zu einer mitteleuropäischen Politik zurückkehren. Davor möchte ich warnen.

Um die substantielle Gemeinsamkeit müssen wir auch in der Wirtschaftspolitik kämpfen. Ein großes Problem in Europa, auch in den Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, liegt darin, daß wir die Weltwirtschaftsordnung von Bretton Woods verlassen haben. Wir haben keine echte Solidarität in den für uns so wichtigen Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung.

Die Gemeinsamkeit der Europäer mit den Amerikanern ist nicht nur eine Frage der Rüstung und des militärischen Schutzes. Sicherheit heißt auch, daß wir eine gemeinsame Kultur bilden und ebenso in der Wirtschaft gemeinsame Ziele haben. Hier zeigte sich in der ersten weltweiten Rezession in den 70er Jahren, als wir uns hart am Rande wirtschaftlicher Konflikte bewegten, daß diese Gemeinsamkeit nahezu zerfallen ist und nur sehr mühsam geflickt werden konnte.

Wir müssen uns klarmachen, daß das, was wir heute brauchen, im Grunde eine Erneuerung der Atlantischen Allianz ist, und zwar in einer vitaleren Form, als wir sie bisher hatten. Es geht nicht um Korrektur und Kritik an der Vergangenheit. Wenn diese Erneuerung gelingt, dann werden auch die Schwächen und Stärken von politischen Persönlichkeiten, sei es des jeweiligen deutschen Bundeskanzlers oder des amerikanischen Präsidenten, eine geringere Rolle spielen als in der jetzigen neurotischen Sensibilisierung unserer Beziehungen, die es dauernd nötig macht, die persönlichen Dinge in den Vordergrund zu stellen.

Erneuerung kann nur heißen, sich über die Zielsetzungen unserer gemeinsamen Politik Klarheit zu verschaffen - so wie Truman damals seine vier Punkte vorgetragen hat. Solche Zielsetzungen, die uns wirklich verbinden, fehlen uns heute. Dazu gehört auch, in der Dritten Welt neu Fuß zu fassen. Die Grundlage auch der Militärpolitik, die sehr viel funktionaler ist, als dies gemeinhin angenommen wird, ist eine Allianz der politischen Kultur, die uns gemeinsam verbindet. Kompromisse, auch mit den Amerikanern, sind erst möglich, wenn wir diese Gemeinsamkeit wiedergefunden haben.

Solange die Amerikaner als Gegner des Gemeinsamen Marktes auftreten, ist es außerordentlich schwer, die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik nach Osten hin einigermaßen unter eine gemeinsame Kontrolle zu bringen.

Sommer

Natürlich sind wir alle für einen neuen Ansatz und für neue Gemeinsamkeiten, Herr Altmann. Aber die Frage ist: Wie läßt sich das konkret erreichen? Mit hehren Forderungen ist es dabei nicht getan.

Ich sehe das entscheidende Problem auch nicht darin, wie die Amerikaner sich gegenüber der EG verhalten, sondern wie wir in der Entspannung, in Sachen Aufrüstung und Abrüstung weiterkommen. Fordern wir die Sowjets wirklich heraus, wenn wir die Pershings oder Cruise Missiles in Europa stationieren? Oder kommen wir gar nicht darum herum, uns so zu verhalten? Während Washington zum NATO-Nachrüstungsbeschluß offenbar die Ansicht vertritt, wir müßten ohnehin aufrüsten, unabhängig davon, was die Verhandlungen mit den Sowjets ergeben, scheint man in Europa anderer Meinung zu sein.

Die weitere Frage ist: In welchem Maße können wir den Prozeß der wirtschaftlichen Kooperation gegenüber dem Osten fortsetzen in einer Phase, wo sich alles auf Konfrontation zubewegt?

Smyser

Ich hatte in meinem Referat gesagt - und nichts von dem, was ich hier gehört habe, hat meine Meinung ändern können;-, daß wir in den 80er Jahren vor sehr schweren Problemen stehen werden, ob nun im Nord-Süd- oder im Ost-West-Verhältnis. Da stehen große Veränderungen bevor, die uns allen Schwierigkeiten bereiten werden.

Nun bin ich der Meinung, daß die Sowjetunion mit dieser sich ständig verändernden Weltlage sehr viel schwerer fertig werden wird als ein einheitlicher Westen. Denn dafür sind nicht nur militärische Mittel geeignet, sondern eine Reihe von ganz anderen Fähigkeiten erforderlich. Aber die Sowjetunion kann natürlich nur die Mittel einsetzen, die sie hat.

Ich komme noch einmal auf die Frage von Herrn Sommer zurück, ob wir aus der Afghanistan-Krise eine Berlin-Krise machen wollen. Das war nie das Ziel der amerikanischen Politik. Die USA wollen mit den Europäern soweit wie möglich in Sachen Afghanistan zusammenarbeiten, um die Sowjets davon zu überzeugen, daß das, was sie dort betreiben, eine falsche und sogar gefährliche Politik darstellt. Ich hatte geglaubt, im Lande Hegels würde man verstehen, daß es gleichzeitig gleiche und verschiedene Interessen gibt, die sich mit Hilfe des dialektischen Denkens auf einer höheren Stufe zusammenbringen lassen. Das ist heute die Aufgabe der Allianz.

Im übrigen: Ich halte die Personalisierung der Politik für falsch. Man hat in Europa viel über Mr. Carter gesprochen. In Amerika spricht man sehr viel über Mr. Schmidt. Man hat sich in Amerika öfter über den Kanzler geärgert, als es vielleicht richtig war. Die Schwierigkeiten, die zwischen Europa und Amerika bestehen, haben aber objektive Gründe, und wir machen uns die Sache zu leicht, wenn wir alles auf persönliche Bedingtheiten zurückführen.

Wir Amerikaner haben in der Diskussion um Afghanistan den Fehler gemacht, daß wir das Konzept der Arbeitsteilung nicht akzeptiert haben. Es hätte die ganze Angelegenheit wesentlich erleichtert und uns vor einer Reihe von Mißverständnissen bewahrt, wenn wir von vornherein gesagt hätten: Gewisse Dinge können nur wir als Globalmacht tun, während sich die Europäer in anderer Weise engagieren. Das ist leider nicht geschehen. Ich hoffe, man hat daraus auf beiden Seiten für die Zukunft die Lehre gezogen.

Ich habe im Referat ausgeführt, was ich von der Détente halte. Die Détente war ein geschichtlicher Abschnitt, und ich wende mich dagegen, daß man dieses Wort häufig für die normale Diplomatie überhaupt verwendet. Es ist eine Art Schlagwort geworden. Man sollte aber doch nicht glauben, wann immer ein Diplomat einen Fuß in ein Auswärtiges Amt setzt, habe man es mit Détente zu tun.

Es ist völlig falsch zu meinen, die amerikanische Regierung - diese oder eine mögliche andere - werde ihr Hauptziel nicht darin sehen, die Konfrontationen mit der Sowjetunion auszuräumen. SALT wurde der Tagesordnung des amerikanischen Senats entzogen aus dem einfachen Grund: um es zu retten. Wer das nicht sieht, versteht nicht, was in der amerikanischen öffentlichen Meinung geschieht. Wenn der Präsident es beim Senat belassen hätte, wäre SALT gestorben.

Pawelczyk

Das ist aber auch bei uns immer so gesehen worden.

Smyser

Das freut mich, aber ich habe es nicht oft von Europäern gehört.

Das Problem wird sein, die Verhandlungen über Rüstungskontrolle, in die die Amerikaner hineingehen, und diejenigen, an denen sich die Europäer beteiligen, so zu koordinieren, daß dabei keine Diskrepanzen auftreten. Beispielsweise hat sich im Bündnis eine Gruppe etabliert, die die westlichen Positionen für die TNF-Verhandlungen ausgearbeitet hat. Das wird fortgesetzt. Wenn die Verhandlungen mit den Sowjets beginnen, steht das Bündnis nicht entblößt und uneinig da. Wir haben inzwischen gewisse Vorstellungen entwickelt. Ob sie gut sind, werden wir sehen, und was die Sowjets dazu sagen werden, wissen wir noch nicht. Wahrscheinlich werden die Sowjets zunächst alles ablehnen; aber das ist die übliche Vorgehensweise. Darüber sollten wir uns nicht ärgern und auch nicht enttäuscht fühlen. Es kann sich ändern.

Sommer

Darf ich Sie gleichwohl fragen, ob es hier eine Differenz zwischen Amerika und Europa gibt? Ist es nicht die Hoffnung der Europäer, daß die Russen dem Westen entgegenkommen, wir also die TNF-Modernisierung möglichst auf Null reduzieren können, während die Amerikaner sagen: Gleichgültig,

wie weit uns die Sowjets entgegenkommen, wir müssen unser Modernisierungsprogramm zu 100 Prozent durchziehen.

Smyser

Ich meine, das große Problem ist die Koordinierung, nicht die Frage der politischen Richtung.

Das gilt auch für die Wirtschaftspolitik, wo es darum geht, eine bessere Koordinierung oder zumindest ein besseres gegenseitiges Verständnis zu erreichen. Die Westeuropäer sehen in der Wirtschaftspolitik ein wichtiges Instrument, um die Sowjetunion zu beeinflussen. Wir haben es anders gesehen. Gegenwärtig beginnt die COCOM-Diskussion, und ich habe den Eindruck, daß in der Zusammenarbeit in den wirtschaftlichen Fragen gegenüber dem Osten die schlechteste Zeit hinter uns liegt.

Sommer

Können Sie noch etwas zu der These von Herrn Altmann sagen, die Amerikaner nähmen die EG nicht ernst?

Smyser

Das höre ich heute zum ersten Mal.

Altmann

Sehr spät.

Smyser

Ich hatte immer den Eindruck, daß die Amerikaner mit der EG in verschiedenen Bereichen recht eng zusammenarbeiten. Natürlich gibt es hin und wieder Auseinandersetzungen. Aber Handelskriege hat es seit dem Anfang der Welt gegeben.

Altmann

Es geht mir hier nicht primär um die Wirtschaftsgemeinschaft, Herr Smyser, sondern um die Frage der politischen Rekonstruktion Europas. Und dazu nehmen die Amerikaner eine desinteressierte, wenn nicht sogar negative Haltung ein.

Smyser

Die politische Zusammenarbeit zwischen der EG und den Amerikanern im Rahmen der EPZ, so wie sie 1974 in der sogenannten Gymnich-Formel zwischen Vertretern der EG und der USA festgelegt wurde, läuft weit besser, als viele Leute erwartet haben. Ich war in Bonn sehr beeindruckt, wie gut die Gymnich-Formel funktioniert.

Nun heißt es, im Nahen Osten solle eine Linie gezogen werden. Wer soll sie ziehen? Natürlich geht das, was dort geschieht, vordringlich die Staaten des Nahen Ostens selbst an. Sollten irgendwelche militärischen Maßnahmen notwendig werden, so ist klar, daß die Amerikaner dafür die Hauptverantwortung übernehmen werden. Ich glaube nicht, daß in Amerika politische Absichten bestehen, das NATO-Gebiet auf den Nahen Osten auszudehnen.

Dann zur Frage der Konsultationen. Da sehe ich das große Problem, daß wir uns nur zusammensetzen, wenn wir konkrete Dinge zu besprechen haben. Ich meine, wir müßten öfters miteinander reden, auch wenn keine aktuellen Themen anstehen, um generell unsere Ansichten zur allgemeinen Weltlage auszutauschen. Ich denke dabei nicht nur an die Gipfelgespräche. Es ist einfach besser, wenn man häufiger miteinander spricht.

Im Falle von Afghanistan hätten die USA die Europäer allerdings noch weit mehr in Verlegenheit bringen können. Wir hätten ihnen nur zu sagen brauchen: "Hier sind fünf Vorschläge; bitte wählen sie aus, welche ihnen davon gefallen, oder machen sie Gegenvorschläge. Anschließend werden wir das dann gemeinsam bekanntgeben." So hätten wir auch mit der Bundesrepublik verfahren können. Ein solches Vorgehen wäre für die Europäer viel folgenschwerer gewesen, als das so der Fall war. Damit will ich aber nicht sagen, daß wir die Koordinierung der Afghanistan-Politik richtig gemacht haben.

Bei gewissen Schritten ist es notwendig, daß die Amerikaner die Verantwortung übernehmen, wobei die Europäer sie unterstützen oder auch nicht. Bestimmte Dinge gegenüber der Sowjetunion können

nur wir tun, andere Dinge waren nur durch die Europäer möglich. Insofern halte ich das Konzept der Arbeitsteilung in der Tat für eine gute Idee.

Sommer

Nun lese ich in der "New York Times" immer wieder, Arbeitsteilung hieße, die Amerikaner machten die Arbeit und die Europäer die Teilung.

Smyser

Es gibt da so mehrere Formeln. Kissinger hat gesagt, die Europäer machen Frieden und wir Konfrontation.

Pauls

Ist das nicht etwas zu billig?

Smyser

Natürlich. Aber es entsprach weitgehend dem Eindruck, den die amerikanische öffentliche Meinung von dem europäischen Vorgehen hatte. Die Europäer haben in den Wochen nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan oft den Eindruck erweckt, es sei ihnen viel wichtiger, die Détente zu retten, als Mittel zu finden, um die Sowjets davon zu überzeugen, daß ihr Vorgehen nicht die richtige Politik darstelle. Inzwischen denken die Amerikaner wieder besser von den Europäern, obwohl wir die Folgen der Mißverständnisse noch nicht ganz überwunden haben.

Sommer

In puncto Iran sind die Amerikaner heute offensichtlich froh, daß sich die Europäer quergelegt haben, weil sie inzwischen einsehen, daß wir recht hatten. Ist es da so falsch zu fragen, ob wir möglicherweise nicht auch in puncto Afghanistan recht haben? Vielleicht ist es unsere Aufgabe, die Amerikaner in ihren Reaktionen zu bremsen.

Smyser

Man hat in Europa nicht verstanden, wie sehr die amerikanische öffentliche Meinung von Iran gereizt war.

Sommer

Das war für Sie eine Schleyer-Situation.

Smyser

Ja. Es wäre gut gewesen, wenn man sich das in Europa klargemacht hätte; denn dies ist für Amerika eine sehr schwere Zeit gewesen, und sie ist es noch. Das hat eine ganze Reihe von Auswirkungen gehabt.

Sommer

Zumindest in der Iran-Krise haben die Europäer das ruhigere Blut bewahrt. Vielleicht nähern sich ja die Amerikaner der Einsicht, daß die Europäer auch mit Afghanistan recht haben könnten.

Smyser

Das glaube ich nicht. Die Krisen sind verschiedener Natur.

Ich möchte dazu nur soviel sagen: Wenn die Amerikaner in Afghanistan nicht reagiert hätten, wäre zum Beispiel die Lage um Berlin sicher mehr gefährdet als jetzt, wo wir reagiert haben. Das aus dem einfachen Grund: Was Berlin letztlich verteidigt, ist die sowjetische Gewißheit, daß die Amerikaner reagieren werden.

Altmann

Das ist völlig richtig.

Smyser

Wenn wir nichts getan hätten, wären gewisse Angstgefühle in Europa sicher berechtigter, als sie es heute sind.

Afheldt

Meines Erachtens wurde zu Recht beklagt, daß es bisher keinen Versuch gab, Rüstung, Rüstungskontrolle und Entspannungspolitik in einem umfassenden Ansatz zu koordinieren. Immer wieder wird versucht, auftauchende Einzelprobleme einzeln zu lösen. Wir wundern uns dann, wenn dabei nichts herauskommt. Dieses Vorgehen führt in Sackgassen. Herr Smyser erwähnt die Gruppe, die über TNF gearbeitet hat. Ich erinnere auch an die Gruppe, die über Neutronenwaffen gearbeitet hat. Wenn die Ergebnisse solcher Detaildiskussionen im Bündnis dann mit der politischen Realität konfrontiert werden, platzt alles auf, und das Bündnis gerät in Gefahr.

Der wichtigste Gefahrenpunkt dieser Art ist heute: Wir haben festgestellt, daß die Diskussion auf der strategischen Ebene über die SALT-Gespräche zwei Dimensionen hatte. Auf der einen Seite hat man - vom europäischen Standpunkt aus - die Bemühungen um Stabilität begrüßt. Auf der anderen Seite haben eben diese Bemühungen um Stabilität auch Angst ausgelöst, weil sich dann nämlich die Frage nach der amerikanischen Nukleargarantie stellt. Der Interessengegensatz im Bündnis wurde schließlich unübersehbar.

Wieder setzte ein typisches Ressortdenken ein, indem man sagte: Wenn es auf der strategischen Ebene nicht funktioniert, behandeln wir das Thema auf der nächstniederen technischen Ebene, sprechen also über Balance auf der eurostrategischen Ebene. Denn darüber können wir uns ja einigen. Hat man dann aber einen Nachrüstungsbeschluß erreicht, so zeigt das Büchlein des Bundesverteidigungsministers zu diesem Beschluß, was von der "Einigung" übriggeblieben ist.

In der Beschreibung des Beschlusses und seiner Gründe steht, die eurostrategische Unterlegenheit, die selbst bei Anschaffung der neuen 572 Systeme gegenüber den vorhandenen Systemen der Sowjetunion bestehenbleibt, beweise, daß die eurostrategischen Waffen keine selbständige Ebene bilden sollen. Die eurostrategische Unterlegenheit ist demnach ein konstituierendes Element der Fortdauer der Verkuppelung der Triade.

Doch der Nachrüstungsbeschluß, der Doppelbeschluß, hat in seinem Rüstungskontrollangebot zum Ziel: Gleichheit, nicht Unterlegenheit der NATO, das bedeutet, wir reflektieren das gleiche Bündnisproblem, das wir immer gehabt haben, wieder auf der Ebene der eurostrategischen Waffen. Wir werden uns sehr wundern, daß es auch dort unlösbar ist.

Gleichzeitig haben wir eine andere Gruppe beauftragt, über Schlachtfeldwaffen zu diskutieren. Die Vorschläge, die diese Gruppe uns unterbreiten wird, dürfte die Lösung des Problems nur wieder auf dieser Ebene suchen. Denn das ist ihre Aufgabe. Dort gibt es dann Vorschläge für so etwas Ähnliches wie Balance in Schlachtfeldwaffen. Doch weil Balance bei taktischen Nuklearwaffen die Option eines erfolgreich zu führenden Nuklearkrieges mitbeinhaltet, ist der politische Kontext erst recht zerrissen; denn das ist die letzte Option, die irgendeine deutsche Regierung in irgendeiner Krise dazu veranlassen könnte, zu ihren Verbündeten, den Vereinigten Staaten, zu stehen.

Fazit: Wenn wir die Sicherheitspolitik des Bündnisses nicht als Gesamtproblem anfassen, akzentuieren wir die Bündnisprobleme. Wenn wir aber nie den Versuch machen, eine koordinierte Politik durchzuführen, ist es unzulässig, zu argumentieren, es gehe halt nicht mit Rüstungskontrolle.

Alle ressortmäßigen "Lösungen" funktionieren also nicht. Nehmen wir ein weiteres Beispiel: das Problem, wie man die Bevölkerung schützen soll. Da wir wissen, daß Abschreckung nicht hundertprozentig verlässlich ist, heißt es folgerichtig, wir müßten Zivilschutz aufbauen. Dazu sagen Ihnen "Zivilschützer", daß sich das leider nicht machen läßt. Mit anderen Worten: Für das, was in einem Krieg auf uns zukommen kann, haben wir keinen Zivilschutz. Bleibt also doch wieder nur die Abschreckung, die aber, siehe oben, nicht verlässlich ist.

Dieser Kreis ist nur aufzulösen, wenn man fragt: Warum ist denn kein Zivilschutz möglich? Antwort: Weil die gewählte Form der Verteidigung schier unlösbare Probleme nicht nur für die Verteidigung selbst, sondern auch für den Schutz der Zivilbevölkerung hervorbringt, sollte sie im schlimmsten Falle tatsächlich angewandt werden müssen.

Detaillösungen verschärfen diese Kalamität: Wenn wir tatsächlich auf der eurostrategischen Ebene mit Pershing II eine Balance schaffen und so first-strike-Kapazitäten gegen diese landgestützten eigenen Systeme entstehen, werden mit weit höherer Wahrscheinlichkeit viel mehr Menschen in die Katastrophe hineingezogen, als wir durch Berge von Beton zu sichern vermöchten.

Da heute alle Fragen in unserem System immer in Ressorts auftauchen und gelöst werden, ist das sehr viel schwierigere Problem, wie man diesen Ansatz überwinden kann. Wir müßten uns also die Frage stellen, wie man im deutsch-amerikanischen, beziehungsweise im europäisch-amerikanischen Kontext auf dem Gebiet Rüstungskontrolle, Verteidigung und Entspannung ein Gesamtkonzept entwickelt.

Ich breche hier ab. Ich wollte nur zeigen: Die Unlösbarkeit, Ressort für Ressort und Problem für Problem vorzunehmen, bedeutet nicht, daß das Problem im ganzen unlösbar sein muß. Natürlich garantiert auch ein integraler Ansatz keine Lösungserfolge. Aber wollen wir es denn nicht wenigstens einmal probieren, hier ein bißchen weiterzukommen?

Ritter

Ich will nur zwei Stichworte zu den kritischen Bemerkungen von Herrn Afheldt aufgreifen. Gewiß: Selektivität, die bei Rüstungskontrollverhandlungen ein kaum vermeidbares Vorgehensprinzip ist, muß mehr oder weniger ebenso unvermeidbar den dichten Wirkungszusammenhang aller Waffensysteme verfehlen und insoweit Fehlleistungen zeitigen. Analoges gilt für die rüstungskontrollpolitisch kaum entbehrliche Kategorie der Parität, wenn man sie gesondert auf bestimmte Ebenen im Rüstungsvergleich anwendet und nicht auf das komplexe Visavis von Optionen bezieht.

Auch bei dem sogenannten Nachrüstungsbeschluß der NATO geht es ja - in beiden Teilen - nicht eigentlich um Parität auf der TNF-Ebene.

Wenn aber so das bezeichnete Dilemma der Rüstungskontrollpolitik nicht wirklich auflösbar, arms control jedoch ein integrierender Bestandteil von Ost-West-Politik bleiben muß, so wäre umgekehrt zu fragen, wie Rüstungskontrollverhandlungen gleichwohl zur Stabilisierung des Rüstungsverhaltens und des jeweiligen Risikokalküls beitragen können. Ich bezweifle, daß ein "integraler Ansatz" die Paradoxien überwinden kann, die für den Zusammenhang von Verteidigung und nuklearer Abschreckung kennzeichnend sind.

Bindschedler

Wie soll die zukünftige Ost-West-Politik aussehen? Ich bin der Überzeugung, daß es zu dem, was wir Entspannungspolitik nennen, keine Alternative gibt. Der Westen ist weder fähig noch gewillt, eine roll-back-Politik zu betreiben oder zu einer offensiven Haltung überzugehen. Es liegt aber im Bereich des Möglichen, das Gleichgewicht aufrechtzuerhalten beziehungsweise durch entsprechende militärische Maßnahmen wiederherzustellen. In diesen Zusammenhang gehört auch der Zivilschutz, den Herr Afheldt eben ansprach.

Herr Bertram hat eine Frage aufgeworfen, die die Lage in den Satellitenstaaten im Osten betrifft. Wenn es dort je wieder zu einem Aufstand kommen würde - glauben Sie, daß der Westen auch nur den kleinsten Finger rühren würde, um den Polen oder den Ungarn oder den Rumänien zu helfen? Wir haben doch die Erfahrung gemacht. Wir werden stillschweigend zuschauen, wie die Hegemonialmacht Moskau die Ordnung wiederherstellt. Das ist die Realität; damit müssen wir uns leider abfinden.

Das Problem des Mittleren Ostens kann nur durch die Stärke der nicht direkt interessierten Mächte gelöst werden. Die Amerikaner haben den Versuch mit der Camp-David-Politik gemacht. Wie immer man diese Politik auch beurteilen mag: Daß die Europäer den Amerikanern mit einer eigenen Mittelost-Politik in den Rücken fallen, darin sehe ich einen der schwersten Schläge gegen die westliche Einheit. Die Konsequenz dieser europäischen Politik kann sein, daß man Israel auf lange Sicht auf dem Altar des stinkenden Petroleums opfern wird und wir eine zweite jüdische Holocaust-Katastrophe erleben werden. Ob es dazu kommen wird, lasse ich offen; aber hier liegt ein Gefahrenherd.

Dann zur Rüstungskontrolle. Dies ist ein sekundäres Problem. Das Wettrüsten beruht auf den ursprünglichen politischen Gegensätzen. Wenn wir diese Gegensätze mildern könnten, würden sich automatisch auch die Rüstungen verringern. Wie schon in den 20er Jahren Nicola Politis feststellte: Zuerst Arbitrage, verstanden im weiteren Sinne der Konfliktlösung; dann Sécurité, und erst zuletzt kommt Désarmement. Diese Reihenfolge ist nach wie vor gültig.

Natürlich sollte man über bestimmte Maßnahmen der Rüstungskontrolle weiterverhandeln. Dadurch gewinnt man etwas mehr Transparenz und eine gewisse Sicherheit vor Überraschungsangriffen. Hier liegt der Sinn der vertrauensbildenden Maßnahmen, die an sich ohne große Bedeutung sind.

Herr Bertram hat bei anderer Gelegenheit vorgeschlagen, man solle in Verhandlungen von zahlenmäßigen Vergleichen abgehen zugunsten qualitativer Maßnahmen. Er zog den ABM-Verbotsvertrag als ein Beispiel heran. Ich teile diese Auffassung; denn das erscheint mir sinnvoller als die fruchtlosen Streitigkeiten etwa über die Anzahl der Soldaten, wobei man schließlich wie 1932 bei der Abrüstungskonferenz zu der Frage kommt, wie man überhaupt einen Soldaten definiert. Darüber hat man sich damals monatelang gestritten.

Wenn eine gemeinsame Strategie zustande kommen soll, dann muß irgend jemand die Initiative ergreifen. Aufgrund der Machtverhältnisse können das nur die Vereinigten Staaten sein. Wenn sie nicht ihre Rolle als Führungsmacht zurückgewinnen, dann wird es bei der gegenwärtigen Zerrissenheit und Zersplitterung bleiben. Kein europäischer Staat ist in der Lage, diese Führungsrolle zu übernehmen. Vielleicht ein europäischer Bundesstaat, aber davon sind wir weiter entfernt denn je. Alle Reisen der Herren Giscard und Schmidt nach Warschau oder Moskau werden daran nichts ändern. Der Wettlauf der europäischen Staaten nach Moskau führt nur zu einer weiteren Aufweichung der westlichen Gemeinschaft.

Die Entspannung ist auf die Dauer gesehen sicher unteilbar. Natürlich sollte man versuchen, Probleme der Reihe nach zu lösen; man kann schließlich nicht alles auf einmal tun. Aber man darf den Gesamtzusammenhang nicht außer acht lassen. Wenn zwischen Ost und West eine Spannung besteht, dann geht es ja nicht um Berlin oder um Iran. Wenn das so wäre, ließen sich auch irgendwelche Regelungen finden; denn Interessen, bei denen es um konkrete Objekte geht, lassen sich durch irgendeinen Kompromiß immer ausgleichen. Aber die Spannung zwischen den beiden Seiten reicht viel tiefer; sie beruht auf dem fundamentalen Gegensatz zwischen den beiden Mächtegruppierungen.

Pauls

Ich muß etwas zu Ihrer These sagen, Herr Bindschedler, die Europäer würden den Amerikanern in der Nahost-Frage in den Rücken fallen. Für Israel einzutreten, bedeutet nicht, mit der Politik der gegenwärtigen israelischen Regierung konform zu gehen. Ich glaube auch nicht, daß die Haltung der europäischen Staaten zur Nahost-Lösung im Gegensatz zum Camp-David-Approach steht. Ich würde darin eher eine flankierende Maßnahme sehen. Ein völliges Stillschweigen der Europäer wäre sehr viel schädlicher gewesen. Wenn man das in Israel als "Ölpolitik" attackiert, dann verkennt man dort, daß die europäischen Staaten Israel nur dann weiter unterstützen können, wenn sie wirtschaftlich und politisch valid bleiben. Man sollte also die Dinge nicht so schwarz-weiß sehen, Herr Bindschedler.

Dann noch eine grundsätzliche Überlegung. Die Sowjetunion wird in ihrem Verhältnis zu Europa stets gleichermaßen auf Zusammenarbeit und Einschüchterung aufbauen. Sie hat aus dieser Konzeption nie einen Hehl gemacht. Das ist schließlich eine Frage der Machtverhältnisse - wo gibt es in der Geschichte ein Beispiel, daß es einmal anders gewesen wäre? Die entscheidende Frage, die wir uns stellen müssen, ist: Wie sind wir dafür gerüstet? Sehen wir uns doch die Realitäten an. Das Verhältnis zwischen Amerika und Europa orientiert sich an den gegenseitigen Machtpotentialen. Wenn Europa kein Machtpotential mehr darstellt, werden sich die Amerikaner nicht mehr für uns interessieren. Wenn die Amerikaner an Macht einbüßen würden, könnte niemand den Europäern verwehren, sich in anderer Richtung zu orientieren. Jeder will doch überleben!

In dem Zusammenhang noch ein kurzes Wort zur amerikanischen Präsenz in Europa. Für die Vereinigten Staaten bedeutet die Präsenz in Westeuropa die Aufrechterhaltung ihrer Weltmachtstellung. Denn in dem Moment, wo sie Westeuropa aufgeben, ist ihre Weltmachtstellung zu Ende. Dann sind sie nur noch ein vergrößertes Kanada, wenn ich so sagen darf. Darin besteht die grundlegende Identität der Interessen, und darauf beruht unsere gemeinsame Sicherheit.

Brinkhorst

Wenn wir hier über die Probleme der 80er Jahre sprechen, dann dürfen wir an der Dritten Welt nicht vorbeigehen. Die Probleme, die sich dort stellen, halte ich für gravierender als die ganze TNF-Frage. In Indien, Brasilien, Nigeria oder wo auch immer in der Dritten Welt, interessiert sich niemand für TNF, sondern nur für die Frage, ob der Westen ebenso wie die Sowjetunion nur im eigenen Interesse Machtpolitik betreibt, um Einfluß zu gewinnen, Rohstoffe zu sichern und so weiter. Deshalb ist die Frage legitim: Sollte der Westen nicht doch eine qualitativ andere Politik betreiben als eine Machtpolitik wie die Sowjetunion?

Wenn man die Entwicklung in Moçambique oder in Angola analysiert, muß man einräumen, daß in der Vergangenheit auch seitens des Westens große Fehler gemacht worden sind. "Gelegenheit macht Diebe" - das haben die Russen und zeitweise auch die Chinesen ausgenutzt. Ich bin der Meinung,

daß Europa eine viel profiliertere Politik betreiben sollte, die sich von der der Amerikaner in mancher Hinsicht unterscheidet. Die politische Position Westeuropas gegenüber der Dritten Welt ist heute von einer größeren Abhängigkeit gekennzeichnet als die der Amerikaner, obwohl diese Problematik in Zukunft auch für die Amerikaner an Bedeutung gewinnen wird.

Wie könnte eine erfolgversprechende westliche Politik aussehen? Hier halte ich den Einsatz unseres Wirtschaftspotentials für entscheidend, um den sowjetischen beziehungsweise den kommunistischen Einfluß in der Dritten Welt einzudämmen. Eine solche Politik ist genauso wichtig wie die Machtpolitik der Großmächte, die sich hier oder dort um Militärpräsenz bemühen. Es geht doch letztlich um die Menschen und darum, ihnen den Glauben an eine fortschrittliche Entwicklung zu vermitteln.

Sommer

Heißt das auch, daß wir an die Sowjets keine Technologie liefern sollten?

Brinkhorst

Ich sehe da einen ganz anderen Zusammenhang, Herr Sommer. Sie kennen die Ansicht von Experten, daß es innerhalb von fünf Jahren auch in der Sowjetunion eine Energiekrise geben wird. Da frage ich Sie: Ist es klug, den Sowjets die Technologie zu verweigern, damit kein sibirisches Gas oder Erdöl exploriert und gefördert werden kann? Auf diese Weise würde die autarke Energieversorgung der Russen gefährdet, so daß sie dann in den nächsten Jahren versuchen werden, näher an den Mittleren Osten heranzukommen. Ich würde es aus diesem Grunde für eine völlig unsinnige Politik halten, die Wirtschaftskooperation mit der Sowjetunion zu stoppen. Das liegt nicht in unserem Interesse.

Ritter

Die Frage der Wirtschaftssanktionen sollten wir vor allem auch unter langfristigen konzeptionellen Gesichtspunkten ansehen. Es ist zwar legitim, aber nicht ausreichend, nur zu erwägen, inwieweit wir uns mit solchen Sanktionen kommerziell auch ins eigene Fleisch schneiden.

Wirtschaftliche Instrumente kommen im Zusammenhang westlicher Ostpolitik nur dann zu konstruktiver Wirkung, wenn sie kontinuierlich eingesetzt und nicht kurzfristig als taktische Mittel verbraucht werden. Ich sehe hier neben der Energieproblematik ein Problem, daß gar nicht ernst genug genommen werden kann: Wie weit können und sollten wir durch eine kontinuierliche Politik der ökonomischen Kooperation dazu beitragen, den wirtschaftlichen Zusammenbruch Osteuropas zu verhindern? Denn eine solche Entwicklung hätte auch für uns katastrophale Folgen. Wie ist also die Kontinuität der Wirtschaftspolitik im Rahmen der Detente-Aufgaben angesichts einer solchen Gefahr zu bewerten?

Der derzeitige Zustand des sowjetischen Systems ist charakterisiert durch zwei Phänomene, die in ihrer Kombination außerordentlich beunruhigend sind. Zum einen läßt sich ein bedenkliches Maß an Machtbewußtsein nicht übersehen, das sich zunehmend einseitig auf das militärische Machtpotential stützt und mit ihm wächst. Zum anderen wächst aber gleichzeitig die Verlegenheit, mit der man der abnehmenden Leistungsfähigkeit des eigenen Systems insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht gegenübersteht. Die große Unsicherheit darüber, was man dem politischen System an Veränderung zumuten darf, ohne es seiner tragenden Stützen zu berauben und damit einen Bruch zu riskieren, läßt vor fälligen Reformen zurückscheuen. An dieser Haltung wird sich kurzfristig kaum etwas ändern. Dieser Sachverhalt ist im ganzen prekär und birgt erhebliche Gefahren.

Deshalb bin ich der Meinung, daß wir die vorhandene wirtschaftliche Kooperation nicht abreißen lassen dürfen. Man kann notfalls die Zugfolge auf den schon ausgelegten Schienen etwas ändern. Aber konzeptionell und langfristig ist die Kontinuität der wirtschaftlichen Beziehungen ein außerordentlich wichtiges Detente-Erfordernis.

In der Beurteilung der Nahost-Frage stimme ich Ihnen zu, Herr Pauls. Ich möchte hinzufügen, daß Camp David aus einer Reihe von Gründen wahrscheinlich nicht zu einer hinreichend umfassenden Lösung führen wird. Immerhin hat es eine sehr wichtige Funktion: Solange die Sache hält, gibt es keinen neuen großen Krieg in Nahost, der von arabischer Seite ohne Ägypten nicht zu führen ist.

Fortschritte im Nahen Osten sind meiner Meinung nach nur in dosierter Form möglich. Aus diesem Grunde halte ich auch die Art, wie Bundeskanzler Kreisky in den Dialog eingegriffen hat, eher für kontraproduktiv. Die europäische Erklärung ist da sehr viel vorsichtiger und umsichtiger. Der Zustand der israelischen Regierung ist schlecht, um nicht zu sagen katastrophal. Das ist ein arges Hemmnis.

Aber die Situation in der PLO und der widerspruchsvolle Sachstand ihrer Einlassungen spricht auch nicht dafür, daß eine Lösung möglich wird.

Einen entscheidenden Punkt in diesem Zusammenhang sehe ich deshalb in folgendem: So sehr es notwendig war und ist, zunächst nach partiellen Lösungen zu suchen, im Endeffekt wird eine umfassende Friedensregelung im Nahen Osten nicht ohne einen entsprechenden Beitrag Moskaus möglich sein. Es ist indessen sehr fraglich, ob die Sowjetunion in den nächsten Jahren bereit sein wird, in eine konstruktive Lösung einzutreten und der Aufschaukelung von Maximalforderungen wirksam genug zu widersprechen. Mir scheint dies insbesondere auch wegen des akuten Zusammenhangs fraglich, in dem das sowjetische Vorgehen in Afghanistan und die Palästinenserfrage zu sehen sind. Die Sowjetunion hat zur Zeit für eine politische Lösung in Afghanistan praktisch kaum Bewegungsspielraum. Dafür fehlt es an einer Reihe von Voraussetzungen, auf die ich jetzt nicht eingehen kann. Solange aber die Sowjetunion keine Möglichkeit hat, sich in diesem Teil der islamischen Welt auf eine politische Lösung einzulassen, wird sie eher versuchen, das Gepäck der ungelösten Palästinenserfrage dem Westen weiterhin aufzulasten. Es wäre ein lohnendes Thema, wie im Blick auf diesen Zusammenhang die Arbeitsteilung zwischen Europa und den USA aussehen könnte.

Bender

"Wir werden mit der Sowjetunion in Europa kooperieren und in der Dritten Welt mit ihr konkurrieren."
Autor dieses Satzes aus dem Jahre 1968 ist Zbigniew Brzezinski.

Herr Symser sagte, die Haltung der Amerikaner in Afghanistan habe auch bewiesen, daß die Vereinigten Staaten im Notfall in Berlin etwas tun würden.

Smyser

Ich habe gemeint: Die Sicherheit Berlins beruht auf der sowjetischen Gewißheit, daß die Amerikaner in bestimmten Fällen reagieren werden. Diese Auffassung haben wir hoffentlich in Afghanistan bestärkt. Das bedeutet nicht, daß die Lage in Afghanistan mit der in Berlin zu vergleichen ist.

Bender

Nein, natürlich nicht.

Das Problem für uns ist indes, daß wir die Sicherheit Berlins den Amerikanern verdanken und für die Ruhe Berlins auf die Russen angewiesen sind. Ich brauche nicht zu erklären, daß die Sicherheit qualitativ eine Stufe höher liegt, aber die Ruhe Berlins ist politisch und vor allem psychologisch eine wichtige Sache.

Sommer

... die wegen Afghanistan nicht aufs Spiel gesetzt werden sollte.

Bender

Richtig.

Wieweit ist es eigentlich möglich, mit Washington heute über Interessenabstimmung und Arbeitsteilung zu sprechen? Mein Eindruck ist, daß wir in diesem Punkt noch nicht sehr weit gekommen sind.

Zweifellos wäre es sehr viel besser gewesen, wenn nicht Giscard oder Schmidt, sondern wenn Carter nach Moskau gefahren wäre; denn die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen sind in jedem Falle wichtiger als die Beziehungen irgendeines westeuropäischen Landes - welches auch immer - zur Sowjetunion. Je mehr die Vereinigten Staaten ihr Verhältnis zur Sowjetunion in Ordnung bringen, um so weniger ist es wichtig, daß die Europäer hier eine Rolle spielen. Nur wenn die beiden Großmächte nicht in der Lage sind, ein relativ erträgliches Verhältnis zueinander zu schaffen, müssen die Europäer einspringen.

Diese Rangordnung sollte klar sein, weil nämlich sonst der Eindruck entstehen könnte - auch in dieser Diskussion hatte es mitunter den Anschein;- , die Europäer wollten die Entspannung alleine machen und die Amerikaner draußen lassen. Dies ist keineswegs der Fall. Im Gegenteil - wir sind in der Entspannung am besten vorangekommen, wenn die Amerikaner ebenfalls Entspannung betrieben

haben. Was wir tun, ist nur ein Notbehelf in einer schlechten Lage. Uns ist es lieber, wenn die Amerikaner vorangehen.

Zum Thema Wirtschaftspolitik möchte ich zunächst anmerken, daß die Länder, die den Boykott empfohlen haben, die geringsten Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion haben. Gerade bei unseren Partnern ist nun im Zusammenhang mit Afghanistan offenbar der Eindruck entstanden, als seien die Westeuropäer so eine Art von Pfeffersäcken, denen es nur darauf ankomme, Geschäfte zu machen. Was dabei völlig außer acht gelassen wird ist, daß hinter den Wirtschaftsbeziehungen von beiden Seiten politische Überlegungen standen, nämlich so etwas wie eine wechselseitige Abhängigkeit zu schaffen. Diese wechselseitige Abhängigkeit ist die einzige Alternative zum militärischen Prinzip der Abschreckung. Es geht hier also keineswegs nur um die kommerziellen Interessen irgendwelcher Geschäftsleute und Firmen, sondern darum, die Abschreckung schrittweise politisch und wirtschaftlich zu ergänzen.

Dabei ist der Grad der wechselseitigen Abhängigkeit in den 70er Jahren erheblich weitergediehen, als mancher sich das überhaupt vorgestellt hat. Wie weit das reicht, ist erst in der Krise so richtig deutlich geworden. Der Grad der Abhängigkeit, den osteuropäische Staaten von der Bundesrepublik und vom Westen überhaupt erreicht haben, ist ein Gegenstand, der sich öffentlicher Erörterung entziehen sollte. Er geht aber nach osteuropäischen Erklärungen erheblich weiter als die Umstände, die 1968 zur Invasion in die Tschechoslowakei geführt haben. Wir sollten also diese Dinge nicht so einfach abtun.

Senghaas

Es könnte sein, daß uns in 10 oder 15 Jahren vieles von dem, was wir hier diskutieren, als völlig irrelevant erscheinen wird. TNF und sonstige Dinge haben ihre Bedeutung, die ich nicht gering veranschlage. Aber es könnte sein, daß sich in der Zukunft andere Entwicklungen in den Vordergrund schieben, die sich ja bereits seit 10, 15, 20 Jahren deutlich abzeichnen.

Das ist einmal die soziologische Veränderung der Weltgesellschaft. Das läßt sich mit wenigen Indikatoren messen. Erstens: Wir befinden uns gegenwärtig an der Schwelle, an der die Mehrheit der Menschen auf dieser Welt keine Bauern mehr sind. Zweitens erreichen wir den Punkt, daß 50 Prozent der Menschheit keine Analphabeten mehr sind, und drittens werden im Jahre 2000 50 Prozent der Menschen urbanisiert sein, also nicht mehr in dörflichen Gemeinschaften, sondern in großen Ballungszentren leben. In der Dritten Welt leben heute bereits mehr Menschen in großstädtischen Agglomerationen, als es in den OECD-Gesellschaften Menschen gibt.

Mit diesen Entwicklungen - ich könnte weitere Indikatoren anführen - ist die Grundlage für einen durchschlagenden Nationalismus gegeben, der eine echte politische Kraft darstellt. Menschen, die keine Bauern mehr sind, die lesen und schreiben können und in städtischen Ballungszentren zusammengepfert leben, werden politisch selbstbewußt und organisieren sich entsprechend. Sie wollen sich nicht mehr herumschubsen lassen. Das wird in den nächsten 30, 40, 50 Jahren weltpolitisch ein Datum setzen, das von grundlegender Bedeutung ist. Das, was wir gegenwärtig in einem strategisch wichtigen Bereich, in Iran, erleben, wird sich auch in anderen Regionen vollziehen, weil die soziologische Grundlage von Abhängigkeitsstrukturen, von Penetrationsmöglichkeiten und kultureller Überfremdung in den nächsten 50 Jahren beseitigt werden wird.

Eines der politisch brisantesten Probleme, für das ich auch noch keine Lösung weiß, sehe ich in der Frage: Welche Legitimität gibt es eigentlich für die Großmächte, Einflußzonen zu bestimmen, die sie sich dann gegenseitig streitig machen?

Bender

Ganz einfach: Macht.

Senghaas

Das bezweifele ich. Meine Vermutung ist, daß - im Unterschied zu den letzten 20 Jahren der Entkolonisierungsperiode, im Unterschied auch zu den letzten 100 Jahren der Kolonisierungsperiode - die angedeuteten Veränderungen in den soziologischen Grundlagen in diesen Ländern dazu führen werden, daß die Legitimität immer mehr erodiert. Im Jahre 2000 wird es nicht mehr möglich sein, mit den Argumenten von heute, schon gar nicht mit den Argumenten von 1930 oder von 1880, Einflußzonen zu errichten und zu rechtfertigen, auch nicht unter geopolitischen Gesichtspunkten.

Was ich voraussehe ist, daß es faktisch eine Abkoppelung weiter Bereiche von denjenigen Konfliktfronten geben wird, die wir in den letzten 20,30 Jahren zwischen Ost und West in Europa

gehegt und gepflegt haben. Es wird auch ganz neue Machtzentren geben, deren Folgewirkungen durchaus unerfreulich sein können. Denken Sie etwa an Südamerika. Dort wird es lokale Rivalitäten und Rüstungswettläufe zum Beispiel zwischen Brasilien und Argentinien geben. Ähnliche Entwicklungen sind auch in anderen Regionen, beispielsweise im Nahen Osten, möglich.

Das bedeutet: Vieles von dem, was wir heute unter dem Gesichtspunkt der geopolitischen Rivalität zwischen den beiden Großmächten diskutieren, wird in den nächsten 20, 30 Jahren an Boden verlieren. Wir werden dieser Entwicklung relativ machtlos gegenüberstehen. So werden wir Unabhängigkeitsbestrebungen vor Ort anerkennen müssen, nicht aus ideologischen oder sonstigen politischen Gründen, sondern weil keine Alternative dazu gegeben ist.

Hacke

Das alles ist so abstrakt und so weit weg - da kann ich nur mit Gottfried Benn antworten: Es gilt in Form zu bleiben.

Senghaas

Das ist "so weit weg", wie wir es jetzt im Falle Iran ganz hautnah erlebt haben.

Mertes

Angesichts der Fülle von Gedanken, die hier auf den Tisch gekommen sind, suche ich nach dem archimedischen Punkt, der uns zu einer Antwort auf die Frage unseres Themas führt: „Europas Sicherheit - Probleme der westlichen Welt in den 80er Jahren.“ Um mir dazu lange Ausführungen zu ersparen, zitiere ich einige Sätze aus einem Aufsatz von Stanley Sloan, den er im letzten "Europa Archiv" veröffentlicht hat: "Die Tagesordnung für eine neue Abstimmung in der NATO könnte drei grundsätzliche Aspekte enthalten. Erstens könnte sie ausdrücklich die Bedrohungen der Sicherheit der Verbündeten anerkennen, die außerhalb des NATO-Gebiets entstehen, und Wege aufzeigen, auf denen sich das Bündnis mit den Bedrohungen auseinandersetzen könnte. Zweitens könnte sie die Bündnisverpflichtung zu Verbesserungen der Verteidigung und erhöhten Verteidigungsausgaben erneuern, die ausreichend sind, um ein stabiles militärisches Gleichgewicht mit dem Warschauer Pakt aufrechtzuerhalten. Drittens könnte sie das gemeinsame Engagement des Bündnisses erneuern, Rüstungssteuerung und andere kooperative Unternehmungen mit dem Osten anzustreben unter Bedingungen, die die Sicherheit des Westens erhöhen und nicht vermindern."

Sommer

Herr Mertes, wie steht die CDU zu der Frage, das Bündnis auszudehnen? Würden Sie eine Ausweitung des NATO-Gebietes für sinnvoll halten?

Mertes

Meine Antwort darauf ist eindeutig: nein. Auf der anderen Seite wäre es Vogel-Strauß-Politik, so zu tun, als ob es keine globale Bedrohung des Bündnisses gäbe. Deshalb muß in der NATO darüber gesprochen werden. Einer globalen Strategie darf man nicht mit einer regionalen Froschperspektive begegnen.

von zur Gathen

Sloan empfiehlt nicht etwa die Ausweitung des NATO-Gebietes als Lösung, sondern er knüpft an den Beschluß des Regierungschefs von 1974 an, der eine Konsultation über Fragen außerhalb des NATO-Gebietes vorsah. Sloan meint, dieser Konsultationsprozeß müsse jetzt verstärkt werden.

Sommer

Ist diese Entwicklung im NATO-Rat schon sichtbar, Herr Pauls?

Pauls

Es besteht in der NATO die übereinstimmende Auffassung, daß eine Änderung des NATO-Vertrages - und das würde ja die Ausdehnung des NATO-Gebietes bedeuten - eine Katastrophe wäre. Dadurch würde die Beistandsverpflichtung in einer Weise ausgedehnt, daß der originäre Rahmen der Allianz in Frage gestellt werden könnte.

Sommer

Schließt das Ad-hoc-Vereinbarungen über ein gemeinsames Vorgehen in Fällen, wie sie sich in der Dritten Welt ergeben, aus?

Mertes

Natürlich nicht.

Sommer

Dafür würden Sie plädieren?

Mertes

Ja, wobei allerdings der Einsatz deutscher Soldaten auszuschließen ist; denn unsere Verfassung ist aus guten politischen Gründen dagegen. Das gilt auch für den Einsatz deutscher Soldaten im Rahmen von peace-keeping-forces der Vereinten Nationen.

Sommer

Warum eigentlich? Können wir Deutschen uns auf die Dauer dem entziehen, was wir international für notwendig halten?

Mertes

Dafür gibt es verfassungsrechtliche, politische, sogar deutschlandpolitische Gründe. Aber das ist eine Frage, die ich zur Zeit für irrelevant halte.

Zum Thema der Sicherheit möchte ich noch einmal betonen: Wir werden nicht primär bedroht durch die russischen Soldaten und durch russische Waffen als solche, sondern durch den politischen Willen, der hinter der sowjetischen Zielsetzung und Machtentfaltung steht. Es geht der sowjetischen Politik nicht nur um militärische Faktoren, sondern die Sowjetunion erstrebt eine Überlegenheit der politischen Optionen, unter denen die militärische Überlegenheit nur ein Aspekt, ein Instrument ist.

Deshalb wiederhole ich meine These: Ohne eine Bewertung der klar erkennbaren politischen Zielvorstellungen der Sowjetunion ist eine vernünftige, das heißt politisch basierte und nicht blind technisch-militärisch ausgerichtete Sicherheitspolitik des Bündnisses nicht möglich.

Bender

Meinen Sie, daß da eine Einigung zu erzielen ist?

Mertes

Ich halte jedenfalls einen höheren Grad von Koordination für möglich, als er in den letzten Jahren zutage getreten ist.

Sommer

Halten Sie Koordination dort für möglich, wo die Interessen auseinandergehen?

Pauls

Da ist sie ja gerade besonders nötig.

Mertes

In jeder Gemeinschaft gibt es selbstverständlich differierende Interessen der verschiedenen Bündnispartner. Deshalb ist Koordination dieser Interessen das eigentliche Element der politischen Ordnung eines Bündnisses.

Ich möchte weiter darauf aufmerksam machen, daß die politischen Systeme in Ost und West von den Bevölkerungen unterschiedlich akzeptiert werden. Ich fand folgenden Ausspruch eines Berliners sehr bezeichnend: "In Westberlin betet man sozusagen jeden Abend, daß die Amerikaner solange wie möglich bleiben; in Ostberlin betet man, daß die Russen so bald wie möglich gehen." Der unterschiedliche Grad der Akzeptanz macht in Europa das eigentliche Plus des Westens aus. Dieses Plus der USA in Europa wird von der Sowjetunion als Bedrohung empfunden.

Aus diesem Grunde sucht die Sowjetunion politischen Einfluß vor allem auf den Staat, der die Endgültigkeit der sowjetischen Herrschaft in Frage stellt. Das ist die Bundesrepublik Deutschland, die mit den westlichen Alliierten darauf beharrt, daß die deutsche Frage rechtlich offenbleibt, daß die Durchsetzung des nationalen Selbstbestimmungsrechts und der personalen Menschenrechte wesentliche Faktoren unserer Politik sind.

Was die Reise des Bundeskanzlers nach Moskau angeht, so möchte ich zunächst einige Pluspunkte nennen. Erstens: Es ist eine absolut klare westliche Sprache in Sachen Afghanistan gesprochen worden. Zweitens hat Schmidt seine mehrdeutige Hamburger Formulierung in Sachen Moratorium nicht wiederholt, sondern ist bei der Interpretation geblieben, die er im Auswärtigen Ausschuß und dann in Düsseldorf gegeben hat. Das Dritte ist das eindeutige Bekenntnis der Zugehörigkeit zum westlichen Bündnis.

Nun kommen meine "Aber".

Die Sowjetunion wird in der deutschen Frage und auch bei arms control und Sicherheit sehr langsam vorangehen. In dem Zusammenhang richte ich auch ein kritisches Wort an unsere amerikanischen Freunde. Auch in meiner Fraktion bestehe ich darauf, daß die Beschlüsse der NATO über die Nachrüstung und über das Angebot von Verhandlungen als gleichrangig zu werten sind. Ich habe den Eindruck, daß die Vereinigten Staaten, die die Bedeutung von arms control lange Zeit hervorgehoben haben, jetzt die politische Bedeutung des Angebots über Verhandlungen unterschätzen, was eine ungünstige psychologische Wirkung in Europa hat.

Die Sowjetunion hat schon beim Schmidt-Besuch versucht, und sie wird es in Zukunft noch stärker tun, in Westeuropa psychologisch darauf hinzuwirken, daß die Rüstungskontrolle gegenüber den objektiven Sicherheitsnotwendigkeiten Vorrang hat. Mit seiner Reise hat der Bundeskanzler vor allem eines bewirkt, was für die Sowjetunion von größter Bedeutung ist, nämlich ihr den Ausbruch aus der moralischen Isolierung zu ermöglichen. Das ist für sie bündnisintern und weltweit ein großer Gewinn.

Zweitens hat die Sowjetunion gegenüber dem Westen den Eindruck erweckt, daß sie jetzt wieder zu einer Kooperation in der Rüstungskontrolle bereit ist. Das trifft partiell zu. Die politisch-psychologische Absicht, die ich jedoch dahinter vermute, ist: daß nun im Westen auf offenem Markte über die komplizierte Problematik der force-forward-based-systems diskutiert wird, ohne viel Sachverstand, mit sehr viel Emotionen - siehe damals Neutronenwaffe;- , damit bei uns ein Klima der Abrüstungsbereitschaft geschaffen wird, obwohl die sicherheitspolitischen Voraussetzungen noch gar nicht gegeben sind. In dieses Klima kann die Sowjetunion in den nächsten Jahren mit konkreten Verhandlungsvorschlägen vorstoßen. Das führt dann dazu, daß sie immer wieder mit neuen Pressionen kommt, um die NATO-Nachrüstung stets weiter hinauszuschieben. Die Sowjetunion geht in dieser Frage sehr langsam und sorgfältig vor.

Zum Wohlverhalten der Sowjetunion in Berlin hat Herr van Well kürzlich ausgeführt, die sowjetischen Leistungen im Berlin-Abkommen seien ein Quidproquo für den Moskauer-Vertrag. Wenn jetzt die Sorge, daß es in Berlin wieder zu Krisen kommen könnte, zu einem präventiven Wohlverhalten der Europäer in Fragen der Sicherheitspolitik führt, dann würde aus der Entspannung, dann würde aus Berlin ein Instrument, mit dem die Sowjetunion auf die sicherheitspolitische Bewußtseinsbildung in Europa einwirkt.

Manchmal glaube ich, daß im Westen viel mehr in militärischen, machtpolitischen Kategorien gedacht wird, während der Osten viel psychologischer, willensorientierter denkt. Das Schlüsselwort der sowjetischen Politik heißt "Kampf" im Sinne des Bewußtseins, daß die Sowjetunion "im Frieden einen Sieg" erringen will, während der Westen einen "Frieden ohne Sieg" erhofft. Dies ist das eigentliche, das gefährlichste Ungleichgewicht zwischen Ost und West.

Pawelczyk

Sie sagten, Herr Mertes, die Sowjetunion habe durch den Schmidt-Besuch die Gelegenheit bekommen, aus der moralischen Isolierung auszubrechen. Spielen hier nicht aber auch andere Kriterien eine Rolle, etwa die Gefahr einer gegenseitigen Eskalation, die durch Passivität und durch Schweigen entstehen kann?

Die Reise des Bundeskanzlers hat zweifellos dazu beigetragen, der Sowjetunion die Illusion zu nehmen, sie könne uns in rüstungskontrollpolitische Entwicklungen hineinziehen, bei denen wir die militärische Sicherheit einseitig vernachlässigen.

Das eigentliche Bündnisproblem liegt, wie Herr Mertes richtig gesagt hat, in der Koordinierung und nicht in der politischen Richtungsentscheidung. Deswegen bedaure ich, daß wir bisher keine

gemeinsame politische Strategie erreicht haben, aus der eine Aufgabenteilung zwangsläufig hervorgeht. Dazu ist in Europa militärisch und politisch sehr viel mehr an Bereitschaft vorhanden, als es den Anschein hat.

Noch eine persönliche Bemerkung an die Adresse der USA. Durch den Doppelschlag "Geiselnahme in Iran" und kurz danach "Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan" sind in den USA verständlicherweise starke Emotionen ausgelöst worden. Die Amerikaner weisen mit Recht darauf hin, daß sie den westeuropäischen Staaten, insbesondere der Bundesrepublik, in der Vergangenheit stets auch emotionalen Beistand gegeben haben. Denken Sie etwa an Kennedys Besuch in Berlin. Ich habe Verständnis dafür, daß die Amerikaner Ende Dezember, Anfang Januar von uns erwartet haben, daß wir ihnen auch emotional zur Seite stehen. Damals hielt ich das nicht für richtig. Heute neige ich eher dazu, daß wir dieser Erwartung hätten folgen sollen. Dann wäre sicher auch der Konsultationsprozeß leichter gewesen.

Kuntner

Ich fürchte, daß wir bei Abrüstung und Entspannung in eine Phase eintreten, wo es uns nicht mehr um konkrete Schritte, sondern nur noch um Rhetorik geht, während der Osten genau weiß, was er unter Entspannung versteht. Dazu gehört auch die Frage: Abrüstung - ohne Alternative? Natürlich weiß niemand darauf eine Antwort. Zeitweise hatte ich hier den Eindruck, daß wir uns fast einig wären, Entspannung um jeden Preis oder um fast jeden Preis zu wünschen. Das kann's wohl nicht sein. Diese Konfusion ist für mich ein bedenkliches Symptom der Allianz.

Warum sollte die Sowjetunion ihre hoffentlich vorübergehende Überrüstung und Vormacht freiwillig aufgeben? Dafür hat doch die gesamte Bevölkerung Konsumverzicht leisten müssen. Erwarten wir wirklich, daß sie jetzt die SS-20 abbaut, bevor klar ist, ob die NATO bereit ist, ihren Beschluß vom 12. Dezember 1979 zu stornieren? Das ist Wunschdenken.

Die Wirtschaftsbeziehungen, von denen vorhin gesprochen wurde, können sicher zur Kooperation führen. Man muß nur aufpassen, daß dadurch nicht einseitige Abhängigkeiten entstehen; denn sonst könnte eines Tages der Fall eintreten, daß man nicht ökonomische Gegenleistungen, sondern politische Valuta dafür verlangt. Auch die Kreditfähigkeit des Westens nimmt allmählich ab. Ich habe unlängst gelesen, daß die Verschuldungen sozialistischer Länder an private und staatliche westliche Organisationen eine Höhe von 65 Milliarden Dollar erreicht haben. Eine gebremste westliche Wirtschaft ist dazu möglicherweise nicht mehr in der Lage.

Wirtschaftssanktionen können ein geeignetes Mittel sein, wenn sie effektiv sind. Aber ich warne davor: Ich komme aus einer Generation, in der Brot noch ein Begriff war. Ich muß meinen amerikanischen Freunden sagen: Getreide ist das falsche Mittel für Sanktionen. Sanktionen dürfen nicht den unmittelbaren Lebensbedarf ganzer Völker treffen. Das kann man mit Technologie machen, aber nicht mit Getreide.

Die Sowjetunion hat in den letzten fünf Jahren in drei Fällen hysterisch reagiert. Einmal bei der Neutronenwaffe. Zweitens Ende 1978 bei der Ankündigung diplomatischer Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China. Die dritte hysterische Reaktion betrifft den Nachrüstungsbeschluß.

Ich frage mich, wieso gerade in diesen drei Punkten eine Überreaktion? Ist es nur Angst? Ist es nur Sicherheitsbedürfnis? Oder stehen langfristige ideologische Absichten dahinter?

von Schubert

Ich sehe Handlungsnotwendigkeiten auf drei Ebenen. Erstens, wenn es, wie Herr Mertes sagt, einen derart konsistenten politischen Willen der Sowjetunion gibt, dann müßte es die Aufgabe des transatlantischen Dialogs sein, unseren Willen ebenfalls zu formulieren. Das Ziel dieses Bemühens könnte Selbstbewußtsein sein; denn wir brauchen nicht eine Politik der Stärke, sondern eine Politik des Selbstbewußtseins, die uns in die Lage versetzt, politisch zu handeln.

Zweitens: Wenn wir das Verhalten der Sowjetunion als unserem hauptsächlichen Konfliktgegner beeinflussen wollen, müssen wir in der Tat psychologisch denken, wie die Russen es auch tun. Dabei scheidet Strafe aus. Das funktioniert schon im Kindergarten nicht, noch viel weniger in der Politik. Worauf es ankommt ist, beim Konfliktgegner erwünschtes Verhalten zu begünstigen und befürchtetes Verhalten zu erschweren. Wenn man Kooperation will, dann sollte man entsprechende Anreize setzen. Wenn man Furcht vor einer Flut hat, sollte man sie gerade dadurch eindämmen. Beides zusammen ergibt das, was ich kriegsverhindernde Kommunikation nennen würde.

Drittens, im Anschluß an das, was Herr Senghaas ausgeführt hat. Aus der Südperspektive befinden wir uns ja nicht in einem Ost-West-, sondern in einem Nord-Nord-Konflikt. Dies sollten wir uns bewußtmachen und entsprechend unsere politischen Energien verlagern. Dadurch würden wir zugleich den Ost-West-Konflikt in unserem Bewußtsein relativieren, ihn sozusagen tiefer hängen und damit eher handhabbar machen.

Viertens: Sowohl in bezug auf die Rüstungspolitik als auch hinsichtlich der Rüstungskontrollpolitik werden wir in den 80er Jahren eine Legitimationskrise erleben. Denken Sie nur an den öffentlichen Sturm, der aufgrund der Nachrüstungentscheidung der NATO losbrach. Und was wird umgekehrt an Ängsten ausgelöst, wenn man in einer schwierigen politischen Situation wieder in einen Rüstungskontrolldialog eintreten will. Bei beiden Vorgängen ist die öffentliche Legitimation gefährdet. Deshalb führt kein Weg daran vorbei, die politischen Strategien für das sicherheitspolitische Handeln der 80er Jahre so lange zu formulieren und in der Öffentlichkeit zu diskutieren, bis sie wirklich plausibel sind.

Bondy

Lassen Sie mich einige Eindrücke von diesem Gespräch wiedergeben. Schon ganz am Anfang hieß es hier, wir lebten in einer Zeit des Übergangs. Bekanntlich sagte schon Adam zu Eva beim Verlassen des Gartens Eden: "Dies ist eine Zeit des Übergangs." Und so ist es bis heute geblieben.

Der Übergang, den wir hier bei manchem erlebt haben, besteht darin, daß man ein rein sozialökonomisch-monokausales Denken offenbar für profunder und weitsichtiger hält als das traditionelle politisch-ideologische Denken, das Imponderabilien wie zum Beispiel nationale Eigenständigkeit, religiöse Selbstbehauptung und so weiter berücksichtigt. Speziell in der Bundesrepublik scheint man zu glauben, daß sich der Nord-Süd-Konflikt, der aus tausend verschiedenen Konflikten besteht, von den Ost-West-Spannungen abkoppelt, während man ebensogut die These vertreten kann, daß er sie eher anheizt und von ihr angeheizt wird.

Ernst Jünger hat einmal gesagt: "Die wahren Machtverhältnisse zeigen sich daran, daß man einer Macht nicht mehr die volle Wahrheit ins Gesicht sagt." Es ist nicht so, daß sich bestimmte Staaten von der Sowjetunion gelöst haben, sondern es war, wie man in der Medizin sagt, eher ein Abstoßungseffekt. Deshalb haben sich China und Ägypten westlicher verhalten als die USA und Westeuropa, indem sie die Politik der Westmächte als zu kompromißlerisch und konziliant kritisierten. Wenn die Afghanen nicht nur mit Waffen, sondern auch mit Stimmen ausdrücken könnten, was sie gegenüber der Sowjetunion empfinden, würde sich ebenso eine virulente Abstoßung alles Sowjetischen zeigen.

Diese ungeheure Polarisierung, die tief in die Dritte Welt hineinreicht, ist nicht ein einfacher Prozeß der Loslösung, sondern der haßerfüllten, emotionalisierten Abstoßung. Da kommt man mit monokausalen Erklärungen nicht weiter. Die komplexen Vorgänge um die Tschechoslowakei 1968 beispielsweise, als sich ein ideologisch-politisches Einparteimonopol in der Sowjetunion durch den Freiheitsdrang dieses Landes bedroht fühlte, nur auf wirtschaftliche Gründe zurückführen zu wollen, ist ein Vulgärmarxismus, den Marx nicht geschätzt hätte. Wir sollten ihn auch nicht schätzen.

Wenn ich mir angesehene bundesdeutsche Zeitschriften betrachte, so habe ich den Eindruck, daß man nicht den Mut hat zuzugeben, wie sehr man sich vor der Sowjetunion fürchtet, die heute in Europa entschieden stärker ist, als wir Westeuropäer und die Amerikaner zusammen. Es wäre staatsmännische Weisheit, diese Angst zuzugeben. Wenn Günther Grass sagt: "Ich fürchte mich nicht vor der Sowjetunion", dann bewundere ich ihn um so mehr, als ich mich fürchte. Wie viele andere Journalisten habe ich Budapest und auch Prag erlebt - und ich habe eher Angst. Man sollte nicht so tun, als ob man das alles von überlegener Warte aus sähe und diese verrückten Amerikaner nun endlich zur Vernunft gerufen werden müßten.

Zinner

Bei meinen Reisen durch Europa ist es mir immer klarer geworden, wie gering die Kenntnisse sind, die Amerikaner und Europäer im allgemeinen voneinander haben. Wir sind durch zahlreiche gegenseitige Mißverständnisse getrennt. Das ist eine Tatsache, die uns viel schadet.

Offensichtlich haben wir uns um einen wirklichen Dialog miteinander nie richtig bemüht. Vor 20, 30 Jahren war das überflüssig, weil die Grundzüge des amerikanisch-europäischen Verhältnisses nicht in Frage gestellt waren. Jetzt aber haben sich die transatlantischen Beziehungen wesentlich geändert, und wir stellen plötzlich erstaunt fest, daß wir so wenig voneinander wissen.

Was in der Vergangenheit versäumt wurde, muß in der Gegenwart gutgemacht werden. Ich glaube nicht an spektakuläre Aktionen und Durchbrüche. Daß wir aber den Dialog auf allen Ebenen im Rahmen verschiedener Gremien fördern müssen, sollte allen vernünftigen Menschen klar sein. Ohne ein besseres Verständnis zwischen den Bündnispartnern kann es keinen Zusammenhalt innerhalb des Bündnisses geben, und wir laufen Gefahr, daß wir das Bündnis von innen zerstören. Durch einen intensiven Dialog könnten wir uns besser als früher auf die Zukunft vorbereiten. Das wäre ein großer Erfolg. Es lohnt sich, in so ein Unternehmen etwas zu investieren.

Bertram

Erstaunlicherweise haben wir uns in dieser Diskussion, die das künftige Verhältnis Europas zu den Vereinigten Staaten zum Inhalt haben sollte, weitgehend auf Europa konzentriert und nur sehr wenig über die Zukunft der Vereinigten Staaten gesprochen. Dick Smyser und ich hatten eingangs die These vertreten, daß sich bei den Vereinigten Staaten eine wesentliche Veränderung abzeichnet. Offenbar beschäftigen wir uns in Europa alle vornehmlich mit unseren eigenen Problemen und unseren eigenen Zeithorizonten und nehmen eine Entwicklung, die einige tausend Kilometer entfernt von hier stattfindet, in ihrem Bezug auf das, was uns betrifft, nicht so ernst.

Wenn ich die Anregung aussprechen darf, Herr Körber: Dies sollte nicht die letzte Tagung zu diesem Thema gewesen sein. Es wird nötig werden, etwas tiefer auszuloten, was in den Vereinigten Staaten auch an Emotionen vorhanden ist. Paul Zinner und Dick Smyser haben hier geradezu heldenhaft ein Volk von 220 Millionen repräsentiert. So hoch wir das schätzen, so sehr sind sie in mancher Hinsicht wahrscheinlich schon europäisch "korrumpiert", weil sie für die europäischen Bedürfnisse zu viel Verständnis aufbringen. Mir fällt in Begegnungen mit Amerikanern immer wieder auf, daß es gerade an diesem Verständnis mangelt, nicht weil man nicht Willens wäre, sondern weil es an der Fähigkeit fehlt, sich in europäische Probleme einzufühlen.

Dann ein Wort zum Thema Entspannung. Entspannung steht nach dem Zusammenhalt des Bündnisses erst an zweiter Stelle. Das heißt, wenn Entspannung das Bündnis selbst gefährden sollte, scheint sie mir nicht mehr im Interesse unserer Sicherheit zu liegen. An diese Grenze sind wir noch nicht gekommen, und es ist im europäischen Interesse, daß diese Grenze auch nicht erreicht wird.

Zu dem Besuch des Bundeskanzlers in Moskau haben wir verschiedene bedenkenswerte Äußerungen gehört. Ich selbst stand diesem Besuch, wie auch dem von Giscard d'Estaing in Warschau, sehr skeptisch gegenüber, weil hier die Rechnung ein wenig ohne den sowjetischen Wirt gemacht worden ist. Es gibt allerdings einen strategischen Grund - ich unterstreiche "strategisch";-, warum derartige Besuche dennoch wichtig sein können in dieser Zeit. Wenn es nämlich dadurch gelingt, den Zeitpunkt hinauszuzögern, wo die Sowjets in Osteuropa die Daumenschrauben anziehen, ist das schon ein politischer und strategischer Wert an sich. Wir müssen uns in Europa fragen: Wie können wir dem Konfliktstoff, der sich in Osteuropa zusammenbraut, begegnen? Vielleicht müssen wir Entspannung in dieser Hinsicht überprüfen und weiterentwickeln.

Entspannung - teilbar oder unteilbar? Entspannung ist für mich ein politischer Begriff, den man mit verschiedenen Inhalten füllen kann. Deshalb ist die Frage: Wie erhalten wir das an Entspannung, was aus unserem eigenen Interesse nützlich ist, ohne uns die Hände zu binden in dem, was notwendig ist, um einer sowjetischen Expansion in der Dritten Welt zu begegnen?

Wir haben mit der Unteilbarkeit der Entspannung operiert - Kissinger in Angola, Giscard in Afghanistan;- , um die Sowjets an ihrem Vorgehen zu hindern. Das hat nicht geklappt. Wir dürfen uns aber nicht die Hände binden, um dem zu begegnen, was langfristig der internationalen Sicherheit abträglich ist. Aus diesem Grunde stehe ich dem sowjetischen Begriff der getrennten Entspannung nicht so negativ gegenüber. Denn für die Entspannung wäre es gerade nützlich, wenn wir den afghanischen Rebellen in ihrem Widerstandskampf gegen die Sowjetunion helfen wenn es auf diese Weise gelänge, die Sowjetunion von künftigen Afghanistans abzuhalten.

Natürlich würden Bundeskanzler Schmidt und Staatspräsident Giscard, wenn sie unser heutiges Gespräch miterlebt hätten, enttäuscht gewesen sein; denn dieser Kreis spiegelt den Stand der westlichen Diskussion recht repräsentativ wider. Wir stehen am Anfang der Formulierung von Konzepten und nicht am Ende. Wir wissen alle nicht, wie wir der Sowjetunion begegnen und beispielsweise Rüstungskontrolle betreiben wollen - es sei denn mit den Formeln der letzten zehn Jahre. Wir wissen alle nicht, wie wir den Instabilitäten der Dritten Welt begegnen sollen, noch nicht einmal in den Formeln der letzten zehn Jahre. Wir stehen also ganz am Anfang der Diskussion.

Eine abschließende Bemerkung: Die Frage, inwieweit das Bündnis noch einen Sinn hat, stand heute nicht zur Diskussion. Das wird aber in fünf Jahren der Fall sein, wenn die gegenwärtigen Trends

anhalten. Dies geschieht nicht aus Böswilligkeit, sondern weil sich Amerikaner und Europäer nach ihren eigenen Interessen richten. Gerade deshalb ist es so wichtig zu versuchen, in die atlantischen Beziehungen ein Netz von Kommunikationen und Kontakten einzuziehen, das bisher nicht existiert. Wenn es uns nicht gelingt, die alte Vertrautheit zwischen uns wiederherzustellen, werden wir über den komplizierten Fragen der 80er Jahre in Mißverständnissen enden und nicht in gemeinsamem Handeln.

Smyser

Es ist keine Frage, daß die Sicherheit der Amerikaner und die Sicherheit der Europäer gleichermaßen erheblich gefährdet wäre, wenn die Allianz nicht weitergeführt wird. Trotz der psychologischen Schwierigkeiten, von denen Paul Zinner und ich gesprochen haben, weiß man in Amerika nach wie vor um diese einfache Wahrheit, Herr Botschafter Pauls.

Ich bleibe auch nach dieser Diskussion ein Optimist entsprechend der Definition von Herrn Ritter. Ich verkenne durchaus nicht die Schwierigkeiten, aber ich glaube, daß es nur einen gemeinsamen Weg geben kann. Vielleicht sind es gerade die Schwierigkeiten, die mich optimistisch sein lassen; denn die Stärke des westlichen Bündnisses liegt eben darin, daß wir unterschiedliche Meinungen haben und nicht versuchen, sie zu unterdrücken. Worauf es ankommt ist, diese Schwierigkeiten ehrlich miteinander zu besprechen.

Ein weiterer Punkt ist, das wir es bisher offenbar immer für wichtiger angesehen haben, mit dem Gegner zu sprechen als mit den Freunden. Wenn ich bedenke, wie sorgfältig wir uns auf Gespräche mit den Sowjets vorbereiten und wie leicht wir Gespräche mit unseren Alliierten nehmen, dann ist schon verständlich, warum manchmal Schwierigkeiten entstehen. Deshalb müssen wir uns in den 80er Jahren wieder stärker um die Allianz bemühen.

Ich habe eingangs gesagt, es stehen uns schwierige Jahre bevor. Nichts von dem, was ich hier gehört habe, hat mich eines Besseren belehrt. Im Gegenteil, ich hätte die Schwierigkeiten vielleicht eher noch deutlicher beim Namen nennen sollen. Ich meine, wir müssen sehr hart daran arbeiten, daß unsere Beziehungen weiter aufrechterhalten bleiben.

Abschließend noch eine persönliche Bemerkung: Ich sah gestern im deutschen Fernsehen, wie Präsident Giscard d'Estaing ein Haus des deutsch-französischen Jugendwerkes besuchte, in dem französische Studenten wohnten. Warum gibt es so etwas nicht auch für amerikanische Studenten, die in Deutschland leben?

Wir haben es in der Zukunft im europäisch-amerikanischen Verhältnis mit zwei Problemen zu tun. Über das eine, gewissermaßen das "objektive", haben wir heute lange diskutiert. Das andere, das "subjektive", betrifft die Generationenfrage. Viele junge Leute in Amerika und in Europa wissen nicht, auf welchen Grundlagen die Allianz beruht. Deshalb würde ich einen europäisch-amerikanischen Austausch junger Leute sehr befürworten. Damit meine ich nicht nur Studenten, sondern auch junge Manager, junge Politiker und so weiter, die Karriere machen werden und die einen umfassenderen Eindruck voneinander gewinnen sollten. Mit Tourismus lassen sich Klischees nicht überwinden.

Pauls

Warum sollten wir als Initiative aus diesem Kreis nicht ein deutsch-amerikanisches Jugendwerk, parallel zum deutsch-französischen Jugendwerk, der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag vorschlagen?

Körber

Ich knüpfe gleich bei Ihrer letzten Bemerkung an, Herr Smyser: Verstärkung des europäisch-amerikanischen Erfahrungsaustausches nicht nur auf der Ebene der Diplomaten und Wissenschaftler, sondern vor allem auch auf der Ebene der jungen Manager und, füge ich hinzu, der jungen Arbeitnehmer generell. Ich werde diesen Gedanken im Hinblick auf praktische Umsetzung aufgreifen, damit das Verständnis für die Grundlagen unserer Allianz wächst und, wie Herr Bertram sagte, das Einfühlen in die Probleme diesseits und jenseits des Atlantiks gefördert wird.*

Zum anderen versichere ich Ihnen, Herr Bertram, daß unser heutiges Gespräch gewiß nicht die letzte Tagung zum Thema der europäisch-amerikanischen Verständigung über die Sicherheitsprobleme, die in den 80er Jahren auf uns zukommen werden, gewesen ist. Es ist wichtig, über Loyalität und Solidarität in unserem Verteidigungsbündnis zu sprechen, das für das internationale Gleichgewicht von kardinaler Bedeutung und für uns Deutsche lebenswichtig ist.

Ich wies zu Beginn unserer Diskussion darauf hin, daß der Gesprächskreis bisher seine Absicht, eine Tagung in Amerika durchzuführen, nicht realisieren konnte. Ich sehe dafür nunmehr für 1981, nach den Wahlen in der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten, gute Aussichten. Kein Zweifel, daß in einem solchen Gesprächskreis in Washington die amerikanische Repräsentanz sehr viel stärker sein wird, als das hier in Hamburg der Fall sein konnte.

Ich betone in diesem Zusammenhang, daß die aktuellen Probleme der amerikanischen Weltpolitik und die Perspektiven Europas und der Bundesrepublik zweifellos den Kern unserer Gespräche ausmachen. Dennoch sollten wir uns bewußt bleiben, daß alle diese sicherheitspolitischen Notwendigkeiten letztlich Ausdruck einer tieferen menschlichen Verbindung sein müssen, nämlich der Gemeinsamkeit unserer Kultur und Zivilisation. Diese Gemeinsamkeit der Alten und der Neuen Welt bildet die Basis für die Lebensbedingungen von morgen. An dieser gemeinsamen Basis sollten wir mehr als bisher arbeiten - auch der Gesprächskreis wird seinen Beitrag dazu leisten.